

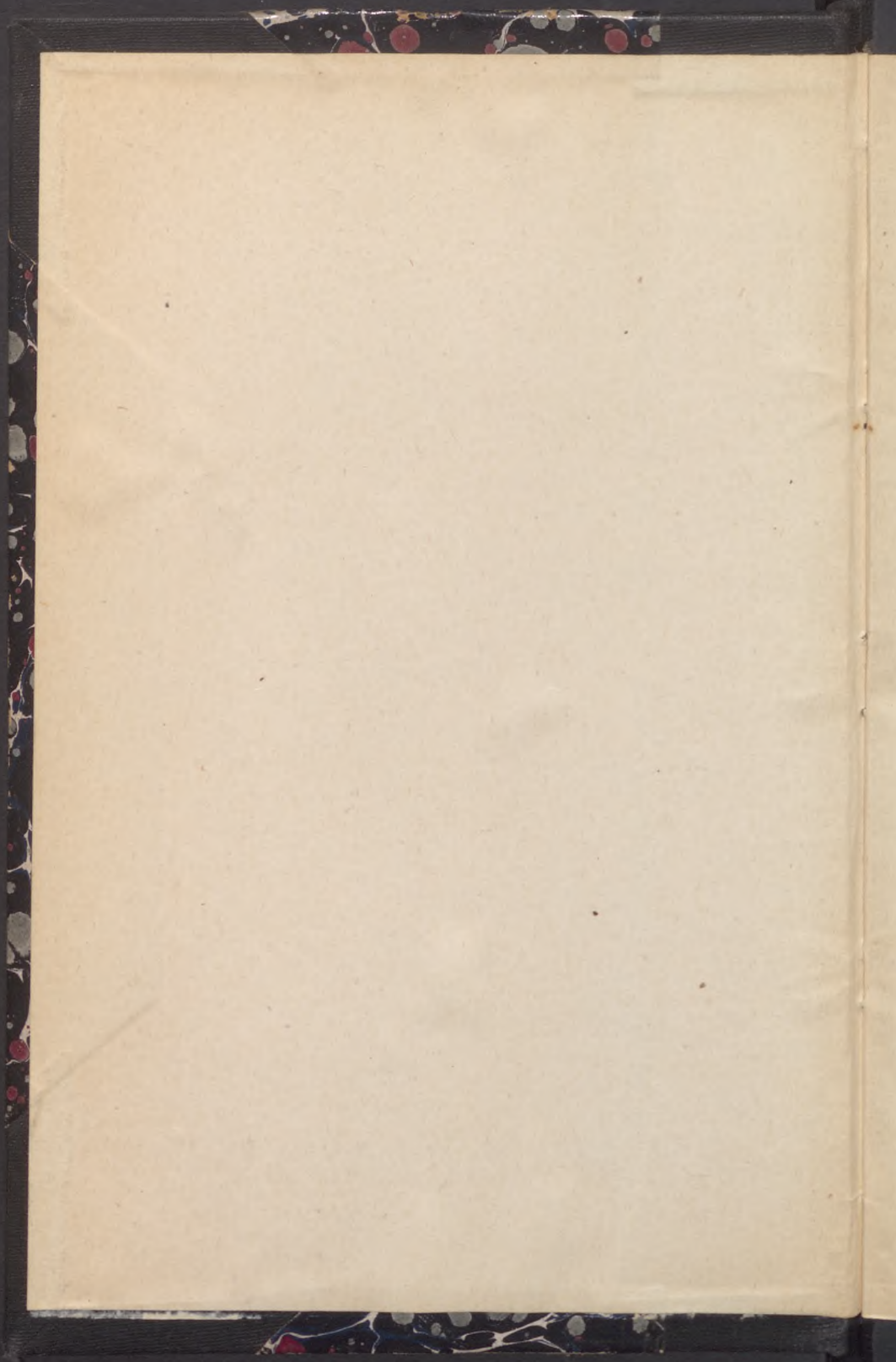
....M....

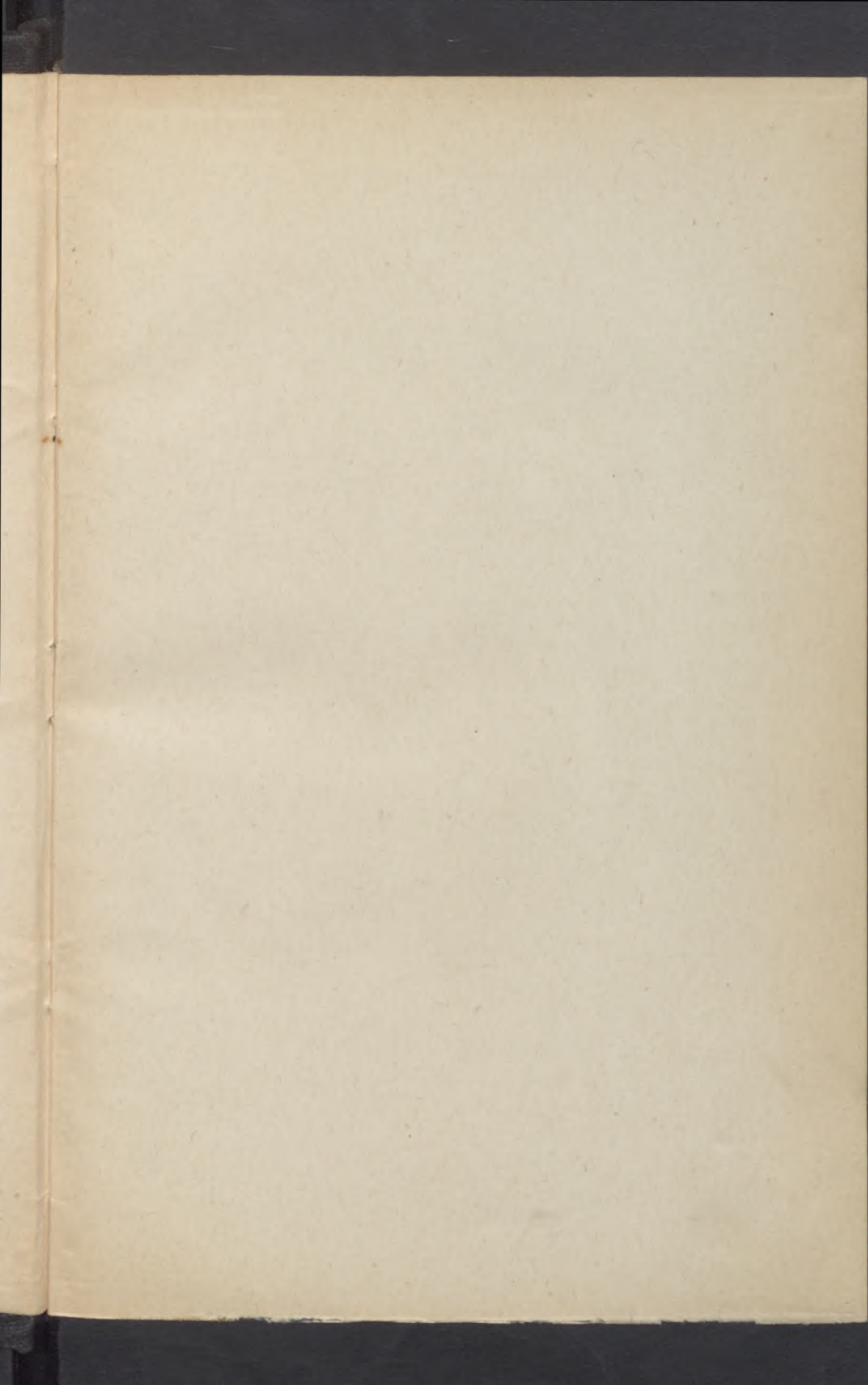
15.084

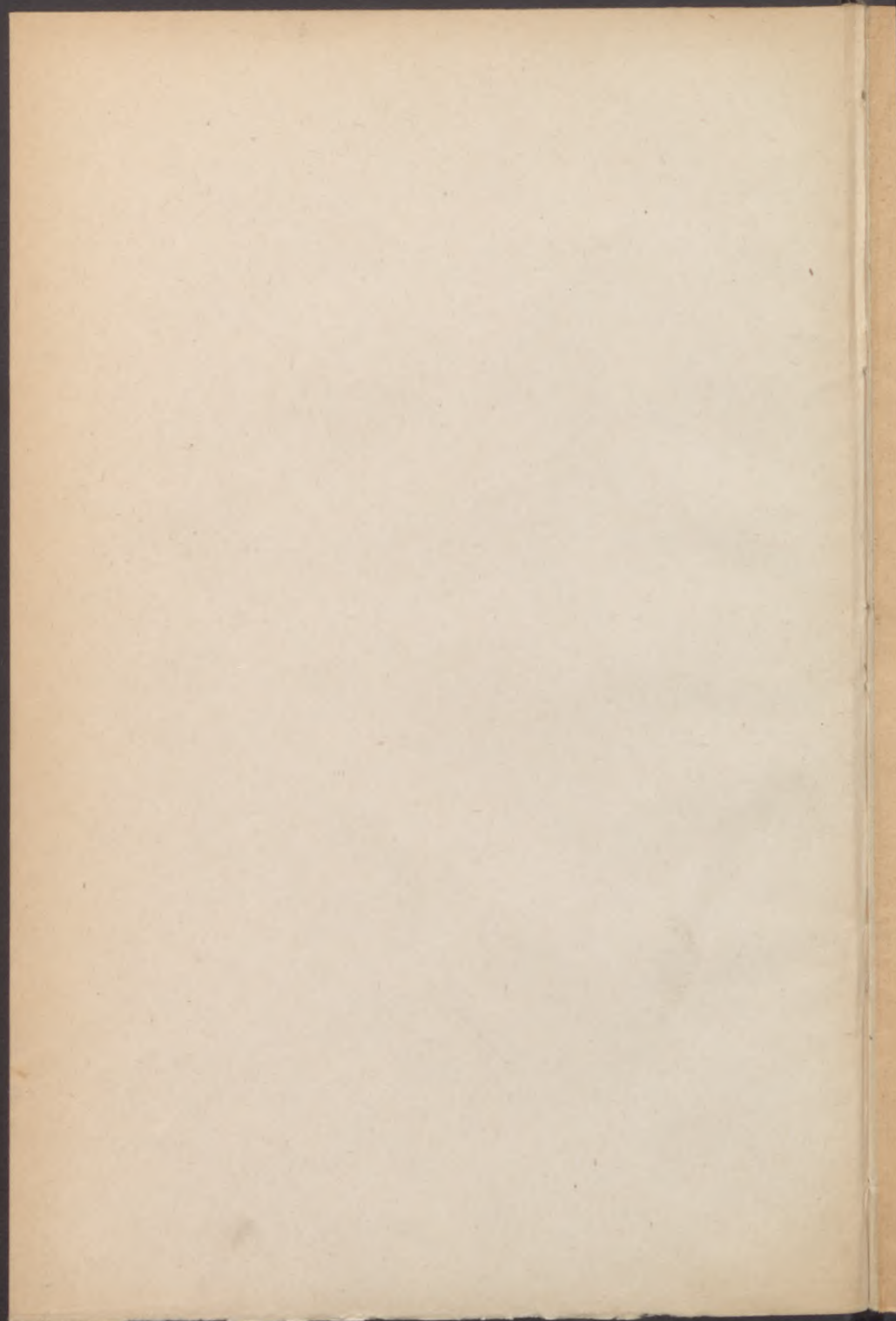
I. 2

OSZK









ms 27

VERÖFFENTLICHUNGEN
DES INSTITUTS FÜR MINDERHEITENRECHT AN DER BUDAPESTER
KGL. UNGARISCHEN PÉTER PÁZMÁNY-UNIVERSITÄT
UNTER LEITUNG VON PROF. Dr. BÉLA KENÉZ

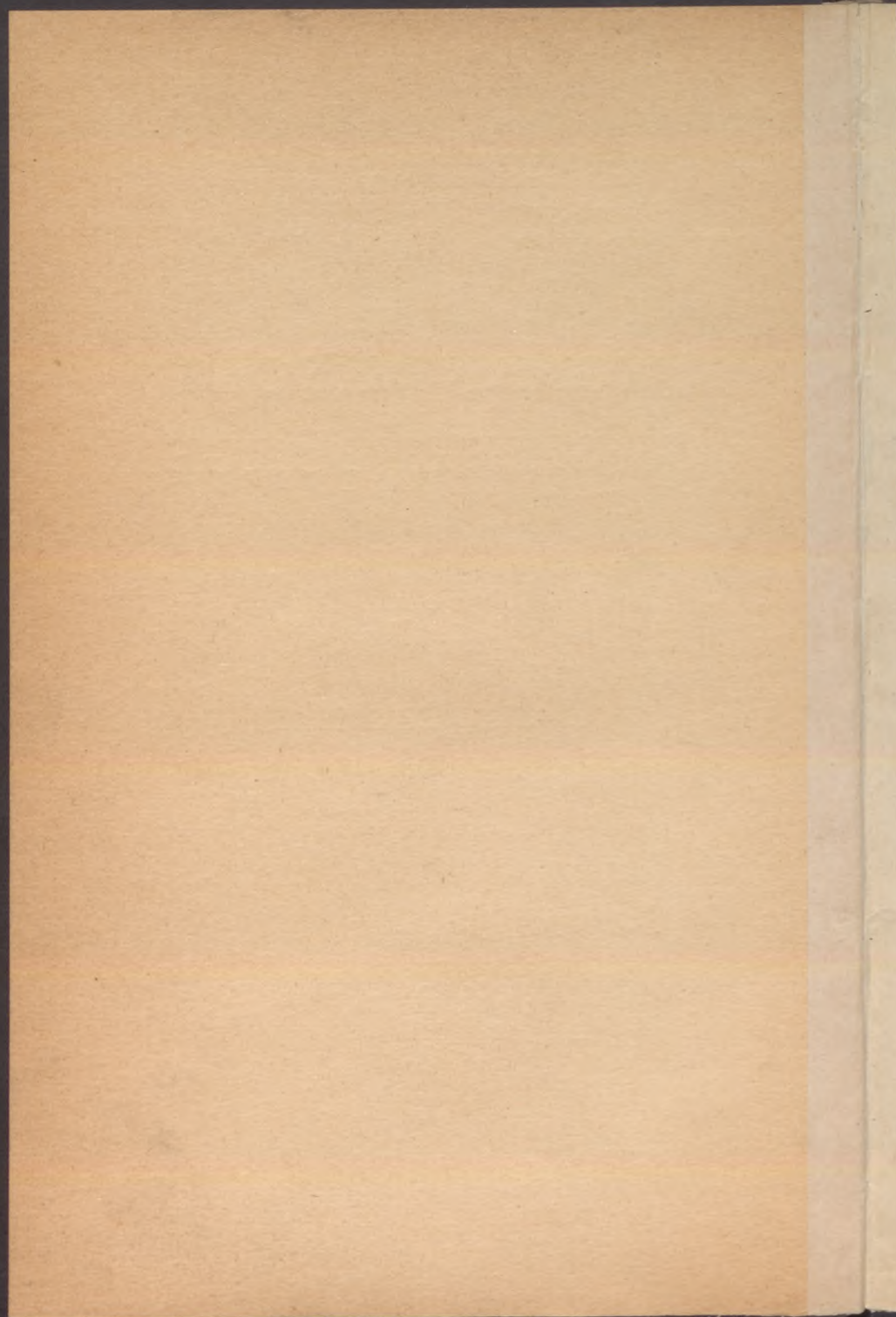
REIHE 1. ZAHL 2.

UNGARNS RECHT AUF SIEBENBÜRGEN

VON

Dr. ANDREAS FALL

BUDAPEST 1940



UNGARNS RECHT AUF SIEBENBÜRGEN

VON

Dr. ANDREAS FALL

BUDAPEST 1940



M
~~Id. 1208~~

(R
2)

M 15.084/I.2

~~05534~~

~~15.084/I.2~~

ORSZ. SZÉCHENYI-KÖNYVTÁR
Növedéknapló
1940. év. 19582 sz.

Verantw. Herausg.: Dr. Andreas Fall.

Sárkány-nyomda r.-t. Budapest, VI., Horn Ede-utca 9
Igazgatók: Wessely Antal és Wessely József. 16547

INHALTSVERZEICHNIS.

Vorwort.	— — — — —	5
Einleitung.	— — — — —	8
I. Die geschichtliche Entwicklung Siebenbürgens.	— — —	10
1. Das ungarische Siebenbürgen bis zur Niederlage bei Mohács.	— — — — —	10
2. Das Fürstentum Siebenbürgen ist die Grenzfeste des Ungartums.	— — — — —	13
3. Der Zeitabschnitt der Umgestaltung und der Freiheit.		17
4. Wie steht es mit der Umgestaltung Rumäniens.	— —	20
II. Die geopolitischen Gesetze im Karpathenbecken	— —	24
III. Die defensiv-strategische Bedeutung der Karpathen.	—	31
IV. Ungarn bildet eine unzerreißbare wirtschaftliche Einheit.		37
1. Die gewaltsame Herabsetzung des Lebensstandards der nationalen Minderheiten.	— — — — —	37
2. Die minderheitenfeindliche Bodenreform und Siedlungspolitik.	— — — — —	39
3. Kampf gegen die wirtschaftliche Selbstbehauptung der nationalen Minderheiten.	— — — — —	42
V. Ungarische Kultur — rumänische Kultur.	— — —	48
1. Wie charakterisieren die Ausländer die Rumänen?	—	48
2. Was haben die Ungarn den Rumänen gegeben?	—	52
3. Was haben die Rumänen den Ungarn gegeben?	—	61
4. Die rumänische Korruption.	— — — — —	73
Schlußwort.	— — — — —	75
Bibliographie.	— — — — —	79

May 1900

1. The first of the month was a fine day.
2. The second day was also very pleasant.
3. On the third day we went for a walk in the park.
4. The fourth day was a day of rest.
5. On the fifth day we went to the beach.
6. The sixth day was a day of rest.
7. On the seventh day we went to the market.
8. The eighth day was a day of rest.
9. On the ninth day we went to the church.
10. The tenth day was a day of rest.
11. On the eleventh day we went to the school.
12. The twelfth day was a day of rest.
13. On the thirteenth day we went to the office.
14. The fourteenth day was a day of rest.
15. On the fifteenth day we went to the bank.
16. The sixteenth day was a day of rest.
17. On the seventeenth day we went to the hospital.
18. The eighteenth day was a day of rest.
19. On the nineteenth day we went to the court.
20. The twentieth day was a day of rest.
21. On the twenty-first day we went to the library.
22. The twenty-second day was a day of rest.
23. On the twenty-third day we went to the museum.
24. The twenty-fourth day was a day of rest.
25. On the twenty-fifth day we went to the theatre.

Vorwort.

Der Weltkrieg von 1914—1918 und die hierauf folgenden Friedensverträge haben nicht nur Länder und die dort lebenden Völker zugrunde gerichtet, sondern auch die europäische Zusammenarbeit, den Zusammenschluß, den Aufschwung und das Gedeihen der Völker aufs äußerste gefährdet. In Europa wurde die Gehässigkeit, die Feindseligkeit unter den Völkern, die wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung der besiegten Völker geradezu zum System. Im Laufe von Jahrhunderten entstandene wirtschaftliche Systeme und hochentwickelte Kulturen wurden zerstört, von geschichtlichem und geographischem Gesichtspunkte einheitliche, gesunde und entwicklungsfähige Staaten wurden zerstückelt und auf deren Trümmern künstliche, lebensunfähige, kranke Staaten geschaffen, die nicht für einen Augenblick Ruhe fanden, weil sie ihren Zerfall, ihren Untergang befürchteten und deshalb die unter ihre Herrschaft geratenen Kulturvölker rücksichtslos unterdrückten, sich bis an die Zähne bewaffneten und die besiegten Völker mit einem wahren Netz von Bündnissen umringten. Vom Finnischen Meerbusen bis zum Mittelmeer knechteten sie über 40 Millionen Minderheitszugehöriger und hielten ein förmliches Kolonialsystem aufrecht. Die Pariser Vorortsverträge dienten nicht dem Frieden, sie führten das Elend herbei, weil sie ungerecht waren und weil sie von Rachgier und Furcht eingegeben waren und den Verrat und die Habsucht belohnten.

Mit der größten Ungerechtigkeit wurde Ungarn behandelt, die ungarische Tragödie war die blutigste Wirklichkeit. Die ungarische Nation wurde furchtbar verstümmelt, über vierthab Millionen Ungarn wurden vom Mutterland abgetrennt, der nationale Gedanke wurde zutiefst erschüttert, die Geographie, deren Ge-

setze die Interessengemeinschaft der hier lebenden Völker bewirkten, wurde zuschanden gemacht, zugleich wurde aber auch die Geschichte verspottet und die Einheit einer tausendjährigen Nation zerstört.

Ungarn bedeutete tausend Jahre hindurch das Gleichgewicht, die Ordnung, die Ruhe und den Schutz Europas, wogegen die neuen Staaten zum Brandherd Europas geworden sind, Sturmzonen bildeten und dabei Europa beständig um Schutz und Hilfe anflehten.

Besonders zwei Staaten haben die europäische Ordnung, Zivilisation und Kultur gefährdet: die Tschecho-Slowakei, von wo der zweite Weltkrieg seinen Ausgang nahm, und Großrumänien, das seine sämtlichen Nachbarn beraubte und aus dem Staatskörper Ungarns das größte und wertvollste Gebiet herausgerissen hat. Es wollte das grüne und malerische Siebenbürgen rumänisieren, das den Rumänen ein Heim geboten hat, die dann nach einigen Jahrhunderten eben jenes Siebenbürgen aus dem Reiche St. Stefans herausrissen, wo ihre Vorfahren einst Zuflucht und Schutz gefunden hatten. Man kann wohl Nagyvárad (Großwardein) derzeit Oradea, Kolozsvár (Klausenburg) Cluj nennen: die uralten Namen können abgeändert werden, doch vermag niemand die Geschichte für immer zu fälschen. Man kann ebenso wenig die Geschichte mit einem Federstrich zunichte machen, wie man auch die Seele eines Volkes mit Verordnungen nicht umgestalten kann.

Ungarn hat seit 20 Jahren würdevoll und diszipliniert auf den kommenden Tag der Freiheit und Gerechtigkeit gewartet, denn ungerechter wurde seit Menschengedenken noch kein Land behandelt, als gerade Ungarn, das Jahrhunderte hindurch die europäische Kultur gegen den Osten und den Balkan verteidigte. Es enthielt sich der Drohungen und störte nicht den Frieden, sondern verkündete unentwegt die Gerechtigkeit und forderte die friedliche Revision. Seine Nachbarn, die Nutznießer der ihnen widerrechtlich zugeteilten ungarischen Gebiete, und unter diesen in erster Reihe Großrumänien lehnten jedoch selbst die Zumutung einer friedlichen Vereinbarung und einer gerechten Regelung schroff ab und wollten sich nicht einmal mit dem Gedanken befreunden, den ungarischen Minderheiten ein menschliches Los zu bereiten.

Vergeblich verkündeten die ungarischen Regierungen und die ungarische Gesellschaft, daß die Revision die aufbauende Politik bedeute, im Gegensatz zu der am Status quo festhaltenden Politik, die über kurz oder lang zum Krieg führen muß, — die rumänischen Regierungen verschlossen sich vor jedem ehrlichen Annäherungsversuch, stellten ihr Land unter den Schutz ihrer Verbündeten, betrieben nebstbei eine Schaukelpolitik und trachteten die Welt mit vollkommen falschen geschichtlichen Theorien hinters Licht zu führen. Die Welt ließ sich aber durch das unvernünftige und gleiserische Spiel Großrumäniens nicht irreführen und die bevorstehende Neuordnung der europäischen Ordnung wird unabweislich auch die Liquidierung Großrumäniens herbeiführen. Nach dem Verlust Bessarabiens und der Nordbukowina wird es auch die Süddobrudscha den Bulgaren und Siebenbürgen den Ungarn zurückgeben müssen.

Nunmehr erkennt es bereits die ganze Welt an, daß Ungarn allein ein Recht auf Siebenbürgen hat und daß im neuen Europa das Ungartum den ihm gebührenden Platz einnehmen muß. Ungarn kann jedoch nur dann den seiner harrenden Aufgaben gerecht werden, wenn es wieder mit Siebenbürgen vereinigt wird, mit dem es die Geschichte, seine geographische Lage, wie auch die beiderseitigen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse verbinden. Auch von militärisch-strategischem Gesichtspunkt bietet nur das ungarische Siebenbürgen die unerläßliche Garantie dafür, daß Ungarn und Europa gegen jede von Osten drohende Gefahr gefeit sein werden.

Obwohl das Recht Ungarns auf Siebenbürgen unbestreitbar ist, so haben wir es dennoch für notwendig erachtet, das Recht Ungarns auf Siebenbürgen in großen Zügen der europäischen öffentlichen Meinung darzulegen.

Budapest, im Juli 1940.

Dr. Andreas Fall.

Unter welchen Rechtstiteln verlangt Ungarn Siebenbürgen zurück?

Einleitung.

Der im Herbst 1939 ausgebrochene neue große Krieg hat auch die blutenden Wunden Europas wieder aufgerissen, die die den Weltkrieg abschließenden Pariser Vororteverträge an dem Körper Europas geschlagen hatten. Eine solche eiternde Wunde war auch die rumänische Frage. Rumänien hat mittels der Pariser Vororteverträge seine sämtlichen Nachbarn beraubt. Rußland hatte es Bessarabien, Bulgarien die Süddobrudscha und Ungarn Siebenbürgen, einen Teil des Banats und das Randgebiet der ungarischen Tiefebene weggenommen. Zu alledem erhielt es von Österreich noch das Buchenland (die Bukowina). Sein Vorkriegsgebiet von 137.903 Geviertkilometern vergrößerte es mit den ihm durch die Friedensverträge zugeurteilten Gebieten auf 295.049 Geviertkilometer, was eine Zunahme von 157.146 Geviertkilometern (114⁰%) bedeutet. Seine Vorkriegsbevölkerung von 6.966.000 Seelen erhielt durch die ihm angegliederten Gebiete nach den Erhebungen der Volkszählung vom Jahre 1910 einen Zuwachs von 8.738.000 Seelen, darunter über 5.000.000 Ungarn, Deutsche, Russen, Ruthenen, Bulgaren, Türken, Tataren und andere Nationalitäten. Diese riesige Zunahme seines Gebietes und seiner Bevölkerung stellte die Dynastie und die jeweiligen Regierungen Rumäniens vor fast übermenschliche Aufgaben. Was seine neuerworbenen Provinzen betrifft so haben die daran interessierten Nachbarstaaten auf die drei wichtigsten Gebiete, nämlich auf Siebenbürgen und die Randgebiete der ungarischen Tiefebene, Bessarabien und die Süddobrudscha niemals Verzicht geleistet.

Rumänien hat im Laufe der verflossenen zwanzig Jahre krampfhaft an der Politik des Status quo festgehalten und war nicht geneigt, auf Grund der Gerechtigkeit und Billigkeit mit seinen Nachbarn ein Abkommen zu treffen. Seine Lage wurde den Nachbarländern gegenüber auch dadurch unhaltbar, daß es die unter seine Herrschaft geratenen nationalen Minderheiten rücksichtslos verfolgte. Gerade deshalb herrschte während der letzten zwei Jahrzehnte zwischen Rumänien und seinen Nachbarstaaten stets ein gespanntes Verhältnis, das sich im jetzigen Kriege noch verschärfte. Infolge der großen deutschen Siege und der bedeutenden italienischen Erfolge begann die Neuordnung Europas und es kam die eiserne Logik der geschichtlichen Gerechtigkeit zur Geltung, als auch die Liquidierung Großrumäniens einsetzte. Als erster Staat meldete sich Sowjetrußland bei der Liquidierung Großrumäniens. Am 26. Juni überreichte der Bukarester Gesandte der Sowjets der rumänischen Regierung eine die russischen Forderungen enthaltende Note, in welcher Rußland die unverzügliche Räumung Bessarabiens und des Buchenlandes verlangte. Die rumänische Regierung nahm das Ultimatum an, worauf die russischen Truppen Bessarabien und die Nordbukowina innerhalb einiger Tage besetzten. Damit ist aber die rumänische Frage noch keineswegs erledigt, da auch Ungarn und Bulgarien ihre territorialen Forderungen sogleich anmeldeten.

Bei der Liquidierung Großrumäniens ist Ungarn die am meisten interessierte Partei. Rumänien hat auf Grund der Friedensdiktate ein Gebiet von 103.000 Geviertkilometern mit einer Bevölkerung von 5.200.000 Seelen von Ungarn losgerissen. Rumänien allein hat 31.7% des Gebietes des tausendjährigen Ungarn einverleibt, demnach ein größeres Gebiet, als das Friedensdiktat von Trianon dem Ungartum beließ. Das abgetrennte Gebiet hat tausend Jahre hindurch Ungarn gehört und hat dieses Land von geschichtlichem, geographischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gesichtspunkt vollkommen ergänzt, weshalb die öffentliche Meinung der ganzen Welt es für natürlich hält, daß die ungarische Nation nun auf Grund dieser Rechtstitel wieder Anspruch auf diese ihm rechtswidrig entrissenen Gebiete erhebt.

I.

Die geschichtliche Entwicklung Siebenbürgens.

1. *Das ungarische Siebenbürgen bis zur Niederlage bei Mohács.*

Das geschichtliche Recht der ungarischen Nation auf Siebenbürgen ist unbestreitbar. Die Ungarn kamen im IX. Jahrhundert nach Europa und besetzten allmählich das ganze Gebiet Vorkriegsungarns. Siebenbürgen hatten die Ungarn bereits zur Zeit der Landnahme ganz in ihren Besitz genommen und in erster Reihe die Täler der Flüsse besetzt. Die Bevölkerung Siebenbürgens bestand zur Zeit der Landnahme mit Ausnahme der Székler aus an Zahl geringen, verschiedenen slawischen Völkerschaften. Die Székler sind ein den Ungarn verwandtes, jedoch ursprünglich selbständig organisiertes und unzweifelhaft dem turanischen Kulturkreis angehörendes Volk türkischer Rasse, das schon vor der ungarischen Landnahme sich in seinem jetzigen Wohnsitz niedergelassen hatte, indem es sowohl die westlichen, als auch die östlichen Abhänge der Karpathen besetzte. Zur Zeit der Landnahme schlossen sich die Székler den Heerscharen Árpáds an und beteiligten sich an ihren Kämpfen. Die von den Székler besetzte Linie der Karpathen bezeichnete ganz genau, wie weit die Interessensphäre der Landnahme ostwärts reichte, und wenn es auch in jener Zeit unbewohnte Gebiete in Siebenbürgen gab, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß ganz Siebenbürgen unter ungarischer Herrschaft stand. Das beweisen u. a. auch die archäologischen Forschungen. Am Ende des vorigen und am Anfang dieses Jahrhunderts wurden aus den siebenbürgischen Gräbern, den Reiter-Grabstätten aus der Zeit der Landnahme sehr viel ungarische Waffen: Säbel, Steig-

bügel, Pfeile und Bogen usw. zu Tage gefördert. Die Kontinuität des Besitzes von Siebenbürgen kann auch im XI. und XII. Jahrhundert nachgewiesen werden.

Die Besiedlung der unbewohnten Gebiete wird vom König Géza II. um die Mitte des XII. Jahrhundert in Angriff genommenen, der aus Flandern und aus den am Unterlauf des Rheins gelegenen Gebieten die erste Gruppe der Sachsen im Gebiet zwischen der Stadt Broos und dem Burzenland und dann eine zweite Gruppe in der Gegend um Beszterce (Bistritz) ansiedelte. Diese Sachsen erhielten — wie dies auch der vom König Andreas II. im Jahre 1224 erlassene Freibrief (Andreanum) bezeugt — eine ausgedehnte Autonomie sowohl in administrativen und kulturellen, als auch in kirchlichen Belangen.

Im XI.—XII. Jahrhundert erfolgten die großangelegten Ansiedlungen der Petschenegen in mehreren Landesteilen, u. a. auch in Siebenbürgen und im nördlichen Gebiete des Persányer Gebirges und sporadisch auch im Széklerlande.

Seit der Mitte des XII. Jahrhunderts wurde demnach Siebenbürgen von drei Völkern bewohnt. Aus den von Ungarn bewohnten Gebieten wurden Komitate gebildet, die sich in administrativer Beziehung zusammen mit den übrigen ungarischen Komitaten entwickelten unter der Leitung des an ihre Spitze gestellten und „Wojwode“ genannten königlichen Gespans, der als königlicher Beamter das ihm unterstellte Gebiet verwaltete. Die Székler erfreuten sich einer weitgehenden Autonomie, die Székler-Stühle bildeten Nationalitätensiedlungen und betreuten ihre inneren Angelegenheiten selbständig. Der Gespan der Székler (Comes Siculorum) war ein dem König unterstellter Beamter. Eine Autonomie besaßen auch die später angesiedelten Sachsen unter der Leitung ihres eigenen Gespans (Comes Saxorum), der ebenfalls königlicher Beamter war.

Die Erklärung und den Grund dieser Verwaltungseinrichtungen finden wir in den zeitgenössischen Verhältnissen und in dem damaligen Wehrsystem. Den Grenzen zu, von wo Fremde die Sicherheit des betreffenden Landesteiles gefährdeten, wurden der Zentralregierung mehr Rechte und der Bevölkerung mehr Vorrechte eingeräumt. So wurde auch die Stammesverfas-

sung der Székler unberührt gelassen; mit Rücksicht auf die Grenzverteidigung wurden auch den später angesiedelten Sachsen verschiedene Vorrechte gewährt. Es wäre jedoch verfehlt, aus diesem Verwaltungssystem die Schlußfolgerung zu ziehen, daß irgendeine Nation einen Sonderstaat im Staate gebildet hätte, da die ungarische Verfassung innerhalb der Grenzen des ungarischen Staates nur eine einzige, die Oberheit des ungarischen Staates kannte.

Um die Mitte des XIII. Jahrhunderts, nach dem Tatarenzug, erheischten der Wiederaufbau des Landes und der Schutz der Ostgrenzen die Erweiterung der Befugnisse des Gespans; damals bildete sich die amtliche Rechtssphäre des Wojwoden aus, der solcherart durch königliches Mandat allmählich in ganz Siebenbürgen Vertreter der königlichen Macht wurde. Das bedeutete indes ausschließlich eine Verwaltungsmaßnahme und konnte auch nichts anderes bedeuten, da Siebenbürgen keine staatsrechtliche Sonderstellung besaß.

Von den Walachen-Rumänen fehlte vor der Landnahme und auch nachher bis zum Anfang des XII. Jahrhunderts auf dem Gebiete Ungarns jede Spur. Ebenso ist aber auch in den südlich und östlich der Karpathen gelegenen Gebieten, in der Walachei und in der Moldau, keine Spur von ihnen zu entdecken, wo im X. Jahrhundert bis Mitte des XI. Jahrhunderts die Petschenegen und nachher die Kumanier sich niedergelassen hatten. Die Rumänen erscheinen erst zu Beginn des XIII. Jahrhunderts in Siebenbürgen, als ein nomadisches Hirtenvolk, das am Balkan, an den südlichen und östlichen Abhängen der Karpathen herumziehend seine Herden weidete und in den Sommermonaten die Alpenweiden der Gebirge Siebenbürgens aufsuchte. Vom Jahre 1210 bis 1294 gab es unter vielen tausend Urkunden bloß 16, in denen von Rumänen-Valachen (Olahi, Valachi, blacchi) die Rede ist und auch einige rumänische Siedlungen erwähnt werden. Die wichtigste Urkunde ist jene Verfügung des Königs Andreas III. vom Jahre 1283, laut der sämtliche rumänischen Einwanderer (Universos olachos) auf einem einzigen königlichen Grundbesitz zu versammeln sind. Das bedeutet also mit anderen Worten, daß es noch am Ende des XIII. Jahrhunderts in Siebenbürgen bloß so viele rumänische Einwanderer

gab, daß sie allesamt auf einem einzigen Gut untergebracht werden konnten.

Die in Siebenbürgen eingesickerten Rumänen wohnten zunächst auf den königlichen Gütern, zahlten dem König Steuer und erst König Ladislaus IV. (1272—1290) gestattete es, daß Kirchen und private Grundbesitzer ohne Entrichtung von Steuern und Gebühren, also das gesamte Einkommen für sich behaltend auf ihren Gütern Rumänen ansiedeln durften. Auch diese Rumänen waren nicht frei, sondern den Gutsherren untertan.

Jedoch nicht alle Rumänen verblieben im Zustande der Unterordnung. Vom XIV. Jahrhundert an hatten König Ludwig der Große und König Siegmund, insbesondere aber Johann Hunyadi zur Belohnung militärischer und sonstiger Dienste und Leistungen viele Rumänen in den Adelsstand erhoben.

Im XIV. Jahrhundert wurde Siebenbürgen, dessen Bevölkerung durch die Verwüstungen der Kumanier und der Tataren stark dezimiert worden war, von einer Siedlungswelle überflutet, was in erster Reihe auf das Vordringen der Türken auf dem Balkan zurückgeführt werden kann. Der türkischen Gefahr ist es noch zuzuschreiben, daß die drei siebenbürgischen Nationen: die Ungarn, Székler und Sachsen im Jahre 1437 zum Schutze gegen die von außen drohende Gefahr sich zu einer Union zusammenschlossen. (*Unio trium nationum*). Diese Union wurde in den Jahren 1438, 1459, 1506, 1541, 1567, 1605, 1607, 1613, 1630, 1649, 1691, 1744 und 1791 erneuert, so daß sie die Grundlage des öffentlichen Lebens in Siebenbürgen bildete.

2. *Das Fürstentum Siebenbürgen ist die Grenzfestung des Ungarums.*

Die Union der drei Nationen erwies sich besonders nach der Niederlage bei Mohács (1526) als vorteilhaft, als die Türken einen Teil Ungarns besetzt hatten und das ungarische Reich in drei Teile zerfiel. In diesem in drei Teile zerrissenen Lande spielte — von ungarischem Gesichtspunkt — unzweifelhaft Siebenbürgen die bedeutendste Rolle. Das selbständige siebenbürgische Fürstentum entstand unter türkischer Schutzherrschaft, konnte

jedoch seine inneren Angelegenheiten frei erledigen. Die siebenbürgischen Stände wählten frei den Landesfürsten, den der Sultan in seiner Würde bestätigte. Die Verfassung Siebenbürgens war eine ständische. Drei Stände, die sogenannten drei Nationen: die ungarische (adelige), die széklerische und die sächsische waren die Teilhaber der Staatsgewalt. Die Rumänen waren daran nicht beteiligt, was in der öffentlich-rechtlichen Lage der vier Völker seine Erklärung findet. Die Ungarn und die Székler, die Eroberer des Landes, waren das staatsgründende, regierende Element, der Adelsstand; ihnen schlossen sich die Sachsen an, die das städtische Bürgertum bildeten. Diese drei Völker bildeten die Grundlage der politischen Organisation Siebenbürgens, diese drei Völker waren die drei freien Nationen, deren jede eine auf weitgehender Autonomie beruhende eigene Verfassung, eine eigene Verwaltung und ein eigenes Gerichtswesen besaß. In der ersten Zeit unter den ungarischen Königen und später unter den siebenbürgischen Fürsten verbanden sie sich zu einer staatsrechtlichen Einheit: der Union der drei Nationen.

Eine ähnliche Richtung nahm auch die Entwicklung der Kirchen.

Der Protestantismus hatte sich in Siebenbürgen schnell verbreitet und unter den Fürsten wurde fast das ganze Land protestantisch. Bereits der Landtag vom Jahre 1557 gewährleistete die Glaubensfreiheit und der Landtag vom Jahre 1571 beschloß die Rezipierung der reformierten, lutheranischen, römisch katholischen und unitarischen Glaubensbekenntnisse. Diese Konfessionen lebten friedlich nebeneinander und als in ganz Europa Religionskriege wüteten, war in Siebenbürgen fast keine Spur von religiöser Unduldsamkeit und Verfolgung zu finden.

Siebenbürgen wurde das klassische Land der Glaubensfreiheit.

An dieser politischen und kirchlichen Entwicklung hatten die Rumänen gar keinen Anteil. Als später eingewanderte Nomaden verblieben sie im Hörigkeitszustande, hatten keine politische Organisation, gehörten nicht der Union der Nationen an, und auch ihre Religion war noch nicht rezipiert. Der rumänische Bauer befand sich jedoch nicht in einer anderen Lage als der ungari-

sche Bauer. Auch von den rumänischen Bauern konnten jene, die sich Verdienste erworben hatten und dessen würdig waren, in den Adelsstand erhoben werden. Ihre Lage beruhte nicht auf völkischer Unterscheidung, sondern auf Standesunterschied. Sie waren nicht rechtlos, weil sie Rumänen, sondern weil sie Leibeigene waren. Diese geschichtliche Entwicklung war der Grund, warum sie keine politischen Rechte hatten, und die Folge ihrer politischen Rechtlosigkeit war, daß auch ihre Kirche nicht anerkannt wurde.

Das siebenbürgische Fürstentum bedeutete für sämtliche Völker nicht die Politik der Unterdrückung, sondern die der Freiheit und des Aufschwungs. Dieses kleine Land erfüllte in so mancher Hinsicht die Sendung, die vorher das mittelalterliche mächtige ungarische Reich auf politischem und kulturellem Gebiet erfüllt hatte.

Die Siebenbürger konnten sich innerlich niemals mit der türkischen Oberhoheit abfinden und boten alles auf, um sie abzuschütteln. Zwischen den beiden einander gegenüberstehenden Weltmächten: der deutschen und der türkischen, unterstand das kleine Siebenbürgen westwärts staatsrechtlich dem auf den ungarischen Königsthron gelangten Herrscher aus dem Hause Habsburg, ostwärts hingegen stattete es der Hohen Pforte Tribut ab. Ungeachtet dieses Doppelspiels vermochte Siebenbürgen seine Selbständigkeit zu erhalten und zugleich auch die gemeinsamen Interessen des Ungartums zu wahren. Im Gegensatz zu dem unter die Herrschaft der Habsburger und der Türken geratenen unterdrückten und verfolgten Ungartum konnten die siebenbürgischen Nationen ein freies Leben führen, ihre Kultur entwickeln und ihre wirtschaftliche Organisation stärken. Während der hundertfünfzigjährigen Türkenherrschaft hat Siebenbürgen die Unabhängigkeit des ungarischen Volkes und die ungarische Staatsidee in die Zukunft gerettet und die Geschichte des siebenbürgischen Fürstentums enthält die glorreichsten Abschnitte der ungarischen Geschichte.

Die Fürsten Siebenbürgens verfolgten eine Donau- und zugleich europäische Politik, wobei sie jedoch niemals die Einheit des ungarischen Staates aus den Augen verloren. Der erste siebenbürgische Fürst, Johann Sieg-

mund bestieg als ungarischer König und Nachfolger Johann Szapolyai's den siebenbürgischen Fürstenthron. Das siebenbürgische Fürstentum bestand aus drei Teilen: aus dem von den Flüssen Maros, Tisza, und der Donau umgrenzten Gebiet, aus den jenseits der Tisza (Theiß) gelegenen Komitaten, die später den Namen „Partium“ erhielten, und dem eigentlichen Siebenbürgen.

Von den Fürsten und Staatsmännern Siebenbürgens waren die Bathori's, Rákóczi's, Gabriel Bethlen und Michael Teleki Adelige von jenseits der Tisza, was auch ein Beweis dafür ist, daß das siebenbürgische Fürstentum gleichbedeutend war mit dem Widerstand der Ungarn gegen die Türken und Habsburger, wie auch mit der großen Vereinigung aller Ungarn zur Wiederherstellung des in drei Teile zerrissenen ungarischen Staates. Die ganze Geschichte des siebenbürgischen Fürstentums bezeugt den Dienst an diesem höheren Ziel. Wie es eben das Interesse des Ungarums erforderte, führte es bald gegen die Türken, bald gegen die Unterdrückungspolitik der Habsburger Krieg.

Die siebenbürgischen Fürsten erwiesen ihre Größe sowohl in der Organisation des Staates, als auch in der Kunst der Außenpolitik. Gabriel Bethlen festigte die Grundlagen des siebenbürgischen Fürstentums und verschaffte mit seiner Außenpolitik sich und seinem Vaterlande auf der ganzen Welt Anerkennung und Ruhm. Er schloß ein Bündnis mit den Feinden des Hauses Habsburg und erntete während des dreißigjährigen Krieges in drei Feldzügen glänzende Erfolge. Im zweiten und dritten Feldzug waren England, Holland, Venedig, Dänemark und Brandenburg seine Verbündeten. In den Friedensverträgen von Nikolsburg, Wien und Pozsony (Preßburg) vermochte er auch die Verfassung des unter die Herrschaft der Habsburger geratenen Ungarn und die Glaubensfreiheit der ungarländischen Protestanten zu sichern. Seine religiöse Politik wurde in jeder Beziehung vom Geiste der Duldsamkeit bestimmt.

Sowohl Gabriel Bethlen, als auch die späteren Fürsten hatten Verständnis für die kulturelle Entwicklung der Rumänen, die sie in allen Belangen weitgehend unterstützten. Sie versuchten auch, die Rumänen zum Protestantismus zu bekehren, was ihnen jedoch nicht gelang.

Die lange Reihe der großen siebenbürgischen Fürsten schloß Georg Rákóczi II. ab, der auf der Walstatt den Heldentod starb. Die Schwäche der ihm nachfolgenden Fürsten brachte großes Unheil über Siebenbürgen, das bald von den habsburgischen, bald von den türkischen Truppen verwüstet wurde. Eine große Veränderung bewirkte im Leben des siebenbürgischen Fürstentums auch der Umstand, daß die türkische Macht allmählich verfiel und die christliche Welt sich gegen das türkische Reich verbündete. Die von Karl von Lothringen und dem bayerischen Kurfürsten Max befehligten christlichen Heere erstürmten am 2. September 1686 die von den Türken seit 150 Jahren besetzte Festung Buda (Ofen), was alsbald auch die Befreiung ganz Ungarns und Siebenbürgens nach sich zog.

3. *Der Zeitabschnitt der Umgestaltung und der Freiheit.*

Der letzte Fürst Siebenbürgens war Michael Apafy (1663—1690), der sowohl als Staatsmann, wie als Herrscher ein Schwächling war, weshalb an seiner statt sein Kanzler Michael Teleki mit fast unbeschränkten Machtbefugnissen die Staatsangelegenheiten leitete. Michael Teleki hatte rechtzeitig erkannt, daß in dem seit anderthalb Jahrhunderten wütenden Kampf des Hauses Habsburg und der Türken eine entscheidende Wendung zugunsten des Hauses Habsburg eingetreten war. Als Realpolitiker trat er ohne Bedenken auf die Seite der Habsburger Dynastie. Nach der Rückeroberung Ofens ließ er um den Preis der Bestätigung und Sicherung der Ständerechte die Besetzung der siebenbürgischen Festungen durch habsburgische Truppen zu.

Von einem selbständigen siebenbürgischen Fürstentum wollten die Habsburger zwar nichts wissen, als Inhaber der Macht beließen sie jedoch im Rahmen des Reiches die innere Zivilverwaltung in den Händen der Siebenbürger. Im „Diploma Leopoldinum“ (1691) aber erkannten sie auch die Tatsache an, daß Siebenbürgen nicht durch Eroberung, sondern als Besitzbestand der Heiligen Krone unter ihre Herrschaft gelangte. Sie ließen auch die alte Ständeversammlung bestehen, die auch weiterhin auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung der drei Nationen: der ungarischen, der szeklerischen und der sächsischen, wie auch der vier rezipierten Religionen: der

römisch-katholischen, der lutheranischen, der reformierten und der unitarischen beruhte. Als oberstes Organ der Zivilverwaltung wurde der Regierungsstuhl (Gubernium) errichtet. An der Spitze des Regierungstuhles stand der Gouverneur (Gubernator). Den Gouverneur und die Regierungstuhlräte ernannte auf Vorschlag des Landtages der Herrscher aus der Reihe der Mitglieder der drei Nationen und der vier Religionen. Auf dem Gebiete der Rechtspflege war die höchste richterliche Instanz in Siebenbürgen die königliche Tafel zu Marosvásárhely. Als oberster Leiter der Militärverwaltung fungierte das siebenbürgische Militärkommando. Die Zusammensetzung des Landtages blieb die alte. Die Zahl der königlichen Oberbeamten (Regalisten) und der Mitglieder von Amts wegen (Landesoberbeamten) übertraf erheblich die Zahl der gewählten Abgeordneten der Komitate, Stühle und Städte.

Siebenbürgen machte nun weitgehende Wandlungen durch. Mit dem Gleichgewicht und der Zusammenfassung der inneren Kräfte, wie sie zur Zeit Bocskay's Bethlen's und der Rákóczi's bestanden hatten, war es vorüber. Das Haus Habsburg legte die Regierung in erster Reihe in die Hände der röm. katholischen Kirche, die gegen das Übergewicht der kalvinistischen Kirche bislang vergeblich ihre Beschwerden erhoben hatte. Die Habsburger Kaiser hatten auch versucht, die Siebenbürger Rumänen zum römisch-katholischen Glauben zu bekehren. Ihr diesbezügliches Bestreben war insofern erfolgreich, als es ihnen gelang, am Ende des XVII. Jahrhunderts die Entstehung der rumänischen griechisch-katholischen Kirche, dieser siebenbürgischen Sonderkirche zu erreichen, wodurch ein Teil der Rumänen in Verbindung zu Rom trat, zu Buda (Ofen) und Wien aber engere politische Beziehungen, in beiden Belangen also zum Westen unterhielt. Die Konstituierung der griechisch-katholischen Kirche war von entscheidender Bedeutung für die politische und kulturelle Entwicklung des in Siebenbürgen ansässigen Rumänentums. Der griechisch-katholische Bischof wurde Mitglied des siebenbürgischen Landtages und konnte dort im Interesse der griechisch-katholischen Geistlichkeit und des rumänischen Volkes das Wort ergreifen. Die kulturelle Entwicklung des Rumänentums in Siebenbürgen setzte be-

reits unter den siebenbürgischen Fürsten ein und nahm von der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts an einen großen Aufschwung. Das Ungartum hat die kulturelle Entwicklung des rumänischen Volkes in jeder Beziehung gefördert.

Eine tiefgehende Änderung in dem gegenseitigen Verhältnis der siebenbürgischen Völker trat erst im XIX. Jahrhundert ein. Vom Gesichtspunkte des ungarischen Staates wurde das Verhältnis zwischen der herrschenden Klasse und den Hörigen, was eigentlich auch das Verhältnis der herrschenden ungarischen Rasse und der Nationalitäten zueinander bedeutete, durch die im Jahre 1848 erfolgte Befreiung der Leibeigenen gelöst, bzw. neugeregelt. Im weiteren Verfolg dieser Reformpolitik hat das ungarische Parlament im Jahre 1867 die Nationalitäten und die beiden rumänischen Kirchen anerkannt und ihre Rechte inartikulierte. Das ungarische Nationalitätengesetz (1868 : G. A. XLIV.) war und bleibt ein wahres Muster einer billigen und gerechten Lösung der Nationalitätenfrage.

Der ungarische Freiheitskampf von 1848/49 wurde mithin nicht nur für die Freiheit und Unabhängigkeit des ungarischen Volkes, sondern auch für die Rechtssicherheit und das Gedeihen der Nationalitäten geführt. Die Nationalitäten haben in der Folge ihre Freiheit und Rechtsgleichheit auch erreicht und Ungarn hat durch diesen heroischen Kampf zugleich die Zukunft seiner Freiheit und Unabhängigkeit gesichert. Bereits im Jahre 1867 kam die Union zwischen Siebenbürgen und Ungarn und der Ausgleich zwischen Ungarn und der Habsburger Dynastie zustande der die feste Grundlage zur freien Entwicklung des ungarischen Staates gelegt hat.

Wir haben in großen Zügen die geschichtliche und staatsrechtliche Entwicklung Siebenbürgens dargelegt. Selbst aus dieser kurzen Zusammenfassung geht aber die Tatsache hervor, daß Siebenbürgen tausend Jahre hindurch ein integrierender Bestandteil des ungarischen Staates war und daß die rechtliche Lage der einzelnen Völker in Siebenbürgen ausschliesslich die Folge der geschichtlichen Entwicklung und der lokalen Verhältnisse gewesen ist. Die Zugehörigkeit Siebenbürgens zu Ungarn, bzw. der geschichtlich fundierte Rechtsanspruch des ungarischen Volkes kann um so weniger angefochten

werden, da — wie dies übrigens die vorliegende schematische geschichtliche Darstellung bezeugt — Siebenbürgen selbst in der schwersten Zeit des ungarischen Staates, u. a. auch während der 150-jährigen Türkenherrschaft, die Hochburg der gemeinsamen ungarischen Bestrebungen war und das siebenbürgische Fürstentum das ungarische Leben, die Freiheit und die Unabhängigkeit des ungarischen Volkes zur Zeit der türkischen Unterdrückung und der Vergewaltigung durch die Habsburger vor dem endgültigen Verfall gerettet hat.

4. *Wie steht es mit der Umgestaltung Rumäniens?*

Der geschichtliche Rechtsanspruch des rumänischen Volkes auf Siebenbürgen kann überhaupt nicht erwiesen werden. Insbesondere geht jegliche geschichtliche Beweiskraft der nebeligen dako-rumänischen Theorie ab, laut der Siebenbürgen vor der Landnahme durch die Ungarn von Rumänen bewohnt war, die als direkte Abkömmlinge (?) der römischen Soldaten und Siedler des Kaisers Trajan nach der kurzen römischen Herrschaft in Siebenbürgen zurückgeblieben wären und sich mit den dakischen Ureinwohnern vermischt hätten.

Tausend Jahre lang im Hochgebirge umherziehend, hatten sie alle Verwüstungen der Völkerwanderung überstanden, sämtliche Nomadenvölker überlebt, die spurlos vom Boden Siebenbürgens verschwanden. Nur sie sind übriggeblieben und nach der ungarischen Landnahme, im XII. und XIII. Jahrhundert stiegen sie in die Niederungen herab, als dakorumänische Rasse, die so viele Jahrhunderte hindurch die Sprache und die Überlieferungen der römischen Vorfahren bewahrt hatte und Siebenbürgen nun gegenüber den Ungarn für sich beanspruchen könne.

Das ist die Theorie der sogenannten „dakorumänischen Kontinuität“, die im Jahre 1800 vom Siebenbürger Peter Major erfunden wurde und seither von den meisten rumänischen Historikern gutgeheißen und verkündet wird. Auf dieser nebelhaften Theorie beruht der geschichtliche Anspruch der Rumänen auf Siebenbürgen. Demgegenüber steht die geschichtliche Tatsache, dass die ersten Spuren Rumäniens, beziehungsweise des rumänischen Volkes sich ganz verwischt haben. Gewiß

ist jedoch, daß die ersten Siedlungen der Altvordern des jetzigen rumänischen Volkes sich auf der Balkanhalbinsel, an der serbisch-albanischen Küste befanden. Von hier zogen sie in die von Griechen bewohnten Gebiete und ließen sich in Thessalien und Mazedonien nieder. Von den Griechen erhielten sie auch den Namen „blacchos, vlacchos“, was „Hirte“ bedeutet. Die Griechen zwangen das unverlässliche Hirtenvolk: die Wlachen, zur Weiterwanderung, worauf diese sich in den von den Bulgaren bewohnten Gebieten niederließen. Die Bulgaren erhoben sich mit Hilfe der Wlachen gegen Byzanz und gründeten im Jahre 1186 das bulgarisch-wlachische Kaisertum. Das bulgarisch-wlachische Zusammenleben war jedoch nur von kurzer Dauer, die Wlachen zogen weiter gegen Norden und ließen sich allmählich am Fuße der südöstlichen Karpathen, also südlich von Siebenbürgen nieder. Später zogen sie bis an die Ufer der Flüsse Pruth und Seret hinauf. Die Wlachen lebten in diesen Gebieten anfänglich mit den Petschenegen und später mit den Kumaniern zusammen, zumeist unter der Oberhoheit dieser Völker. Die Wlachen hatten demnach als endgültiges Siedlungsgebiet die südlich und östlich der Karpathen gelegenen Gebiete gewählt. Dort wohnte ein den Ungarn verwandtes Volk: die Petschenegen, deren Herrschaft von jener der Kumanier abgelöst wurden, die das kumanische Reich: Kumanien gründeten. Die Kumanier der Walachei hatten im Jahre 1227 den ungarischen König als Lehnsherrn anerkannt und Béla IV. nahm auch den Titel „König von Kumanien“ an. Die ersten, den sogenannten Kenéz (Knez — Fürst, Richter) unterstellten wlachischen Gaue entstanden im Lande der Kumanier, also in den unter der Oberhoheit des ungarischen Königs stehenden Gebieten.

Aus diesen unter die Oberheit des ungarischen Königs gehörenden Gauen entstand um 1290 die walachische Wojwodschaft in der Walachei (Muntenien).

Nach den rumänischen Geschichtschreibern bestand östlich der Karpathen in der Gegend der Flüsse Pruth und Seret ein walachischer Gau, aus dem sich unter ganz unklaren Verhältnissen die Moldauer Wojwodschaft entwickelte, wie einige rumänische Historiker behaupten, im Jahre 1349, nach anderen aber im Jahre 1360.

Gewiß ist hingegen nur das eine, daß sowohl die „Walachei“ (Muntenien) genannte Wojwodschaft, als auch die Moldauer Wojwodschaft von ungarischen Königen als Militärgrenze errichtet, beziehungsweise, daß deren Gründung von den ungarischen Königen zugelassen wurde. Beide wlachische Wojwodschaften bildeten daher Lehensfürstentümer der ungarischen Könige, mit kleineren Unterbrechungen bis zur Zeit des Vordringens der Türken. In der Schlacht bei Mohács (1526) unterliegt Ungarn den Türken gegenüber und diese Katastrophe besiegelt auch endgültig das Geschick der beiden wlachischen Wojwodschaften. Von der türkischen Oberhoheit wurden diese rumänischen Wojwodschaften erst im Jahre 1878 durch den Berliner Kongreß befreit.

Im Jahre 1861, also noch unter türkischer Herrschaft, vereinigten sich die beiden rumänischen Fürstentümer, und so entstand der einheitliche rumänische Staat, dessen Selbständigkeit der Berliner Kongreß anerkannt hatte und aus dem im Jahre 1881 das Königreich Rumänien geworden ist. Diese Daten beweisen es, daß die Walachen-Rumänen unter der Oberhoheit der ungarischen Könige ihre Wojwodschaften errichtet haben, die mehrere Jahrhunderte hindurch Lehensprovinzen der ungarischen Könige waren. Demzufolge können keineswegs die Rumänen geschichtlichen Anspruch auf Siebenbürgen erheben, denn dieses Recht steht lediglich Ungarn zu. „Wir müssen die ungarische Geschichte in Ehren halten“ — sagte im Jahre 1924 der rumänische Abgeordnete Ghibanescu im Abgeordnetenhaus, — „an der auch unser Volk Anteil hat, wie auch die ungarischen Könige, denen wir unsere politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung verdanken können.“

Seit der Errichtung des rumänischen Königreiches hat indes die rumänische Irredenta sowohl in Ungarn, als auch in Rumänien immer mehr zugenommen: in Ungarn insgeheim, in Rumänien hinwieder mit unverhüllter Offenheit. Diejenige der ungarländischen Rumänen war allerdings nicht ganz eindeutig. Bis zum letzten Augenblick, im Oktober 1918 in Arad, und im Dezember desselben Jahres in Gyulafehérvár (Karlsburg) zögerten sie, ob sie sich bedingungslos mit dem rumänischen Königreich vereinigen sollen, oder nicht. Das zufällige

Glück und die Hoffart der Sieger haben Siebenbürgen dem tausendjährigen ungarischen Staat entrissen und dem auf einer tieferen Kulturstufe stehenden rumänischen Volk ohne jeden geschichtlichen Rechtstitel zugesprochen. Die Habgier Rumäniens konnte jedoch damit nicht befriedigt werden und außer Siebenbürgen nahm es Österreich das Buchenland (die Bukowina), Rußland Bessarabien und Bulgarien die Dobrudscha weg. Bessarabien und die Nordbukowina mußte es bereits zurückgeben und es wird demnächst bemüsst sein, auch Siebenbürgen abzutreten, denn auf dieses Gebiet hat nebst dem geschichtlichen Rechtstitel auch von geographischem, defensivstrategischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gesichtspunkte einzig und allein die ungarische Nation vollberechtigten Anspruch.

II.

Die geopolitischen Gesetze im Karpathenbecken.

Der geographische Rechtstitel Ungarns auf Siebenbürgen ist ebenso stichhaltig, wie sein geschichtlicher Rechtstitel. Das ungarische, richtiger: das Karpathenbecken bildet die Grundlage des mitteleuropäischen politischen Gleichgewichtes. Das Karpathenbecken wird westlich von den Ausläufern der Ostalpen, dann im Nordwesten, Norden, Nordosten, Osten und Südosten im Halbkreise ganz bis Orsova, wo die Donau das Gebiet Vorkriegsungarns verläßt, und im Südwesten von den Bergen des nördlichen Gebietes der Balkanhalbinsel umsäumt. Betrachtet man die orographische Karte Europas, so kann man sofort die charakteristische elliptische geographische Einheit des Karpathenbeckens feststellen, die durch den Gebirgszug der Karpathen plastisch hervorgehoben wird. Vor dem Weltkrieg gab es in Europa keinen anderen Staat, dessen natürliche Grenzen dermaßen mit den politischen Grenzen zusammengefallen wären, wie dies betrifft Ungarns der Fall war. Ein ebenso einheitliches Bild weist aber auch die hydrographische Karte des Karpathenbeckens auf. Die Wasserscheiden werden größtenteils durch die Grenzgebirge des mittleren Donaubeckens gebildet. Innerhalb der natürlichen Grenzen liegt das einem Mittelpunkt zustrebende, gut entwickelte, einheitliche Wassernetz. Von den Randgebieten ergießen sich sämtliche Flüsse (mit bloss einer einzigen Ausnahme) in die das ungarische Becken durchquerende Donau und Tisza (Theiß), doch auch die letztere mündet in die Donau, bevor dieser mächtige Strom Europas das ungarische Becken verläßt. Diese geographische Gegebenheit hat das wirtschaftliche Leben und die Entwicklung der im Karpathenbecken lebenden Völker bestimmt. Den Mittelpunkt des Karpathenbeckens bildet das ungarische Tiefland

mit seinem fruchtbaren Boden, der eine dichte Bevölkerung mit Lebensmitteln versieht. Den wirtschaftlichen Schwerpunkt des ganzen Beckens bildet dieses überaus fruchtbare und reiche Gebiet. Diesem Gebiet gliedern sich organisch an den Peripherien die hügeligen und gebirgigen Landschaften an, wo lediglich der Bergbau und die Industrie stellenweise eine dichtere Bevölkerung zu erhalten vermögen, wobei die billigere Versorgung auch dieser Bevölkerung dem im Mittelpunkt des Beckens gelegenen Tieflande obliegt. Als Gegenwert der Lebensmittel versahen die hügeligen und gebirgigen Gegenden die Bevölkerung des Tieflandes mit Holz, Salz, Bergbauerzeugnissen und Industrieprodukten. Von wirtschaftlichem Gesichtspunkt hatten sich demnach die Erzeugnisse des Tieflandes und der Gebirgsgegend ergänzt und diese glückliche Harmonie des Wirtschaftslebens ermöglichte es, daß vor dem Weltkrieg im Karpathenbecken eine ruhige und gedeihliche bürgerliche Entwicklung im Zuge war. Das Trianoner Friedensdiktat hat jedoch diese ideale Einheit zerstört.

Aus diesem geographisch einheitlichen Karpathenbecken hat das Trianoner Friedensdiktat ein 103.000 Geviertkilometer umfassendes Gebiet herausgerissen und Rumänien angegliedert. Die große Nachkriegsregelung hat die größte Sünde gegenüber den geographischen Gegebenheiten begangen. Das bezeugt am besten die Schwäche der geographischen Struktur des nach dem Weltkrieg entstandenen Großrumänien. Großrumänien wurde aus vier durchaus nicht einheitlichen Stücken zusammengekleistert, u. z. aus den alten rumänischen Gebieten: dem Regat, ferner aus den neuen Gebieten: dem Buchenland (der Bukowina), Bessarabien und aus den von Ungarn abgetrennten Gebieten. Das alte Rumänien selbst besteht aus zwei Landschaftseinheiten, deren eine zwischen den Südkarpathen und der Donau liegt, das ist die fruchtbare Walachei mit ihren von den Südkarpathen sich ergießenden Flüssen, die andere Einheit aber ist die Moldau, die sich von den Ostkarpathen bis zum Flusse Pruth erstreckt. Diese zwei verschiedenen Einheiten, die zugleich auch eine verschiedene geschichtliche Vergangenheit haben, wurden ausschließlich durch die rassische Einheit ihrer Bevölkerung zusammengefügt.

Die Moldau trennt der Fluß Pruth von der den

Russen entrissenen Provinz Bessarabien, die sich bis zum Dnyester hinzieht. Seiner geschichtlichen Vergangenheit nach gehört Bessarabien zu Rußland, seiner geographischen Struktur nach aber zum südrussischen Erdrücken. In Bessarabien erreichte die rumänische Einwohnerschaft nach der Volkszählung vom Jahre 1910 bloß 47.6 v. H. Diese Provinz wurde inzwischen wieder an Rußland abgetreten, das auch die Nordbukowina besetzte. Das Buchenland hat Großrumänien von Österreich abgetrennt. Der Flächeninhalt dieser Provinz beträgt 10.442 Geviertkilometer mit 800.000 Einwohnern, von welchen die Ruthenen und Rumänen sich so ziemlich die Wage halten, während der Hundertsatz der Andersnationalen ungefähr 30 v. H. ausmacht.

Die Bulgarien entrissene Dobrudscha wird durch die untere Krümmung der Donau von Rumänien getrennt. Diese Provinz gehört sowohl durch ihre geschichtliche Entwicklung, wie auch ihrer geographischen Struktur und ihren wirtschaftlichen Gegebenheiten nach zu Bulgarien. Den südlichen Teil dieser Provinz hat Rumänien im Jahre 1913 Bulgarien entrissen und von der Bevölkerung dieses Gebietes waren selbst nach den Ergebnissen der rumänischen Volkszählung vom Jahre 1930 bloß 41.7 v. H. Rumänen.

Die gründliche Änderung der geographischen Struktur Rumäniens wurde durch die von Ungarn abgetrennten Gebiete bewirkt. Die Ungarn entrissenen und Rumänien angegliederten Gebiete bestehen aus drei Teilen: aus dem historischen Siebenbürgen, dem Banat und dem Randgebiet des ungarischen Tieflandes. Die von Ungarn abgetrennten Gebiete werden im Osten durch die mehrreihigen bewaldeten Gebirgsketten der Karpathen, im Süden durch die einreihige, doch in ihrem Ausmaß mächtigste Bergkette desselben Gebirges von Rumänien getrennt. Diese hohen Berge sind größtenteils unbewohnt und nur in den Gebirgspässen passierbar, deren es nicht viele gibt. Die mächtigen Gebirgszüge der Karpathen verbinden also keineswegs das von Ungarn losgerissene Siebenbürgen mit dem alten rumänischen Königreich, sondern trennen die beiden Gebiete voneinander. Das geschichtliche Siebenbürgen begrenzen die Ostkarpathen, die Südostkarpathen und im Westen das Biharergebirge. Das Biharergebirge erhebt sich am Westrande

des siebenbürgischen Beckens, schließt dieses jedoch nicht ab, da es im Norden und Süden einen Ausgang durch die Täler der Flüsse Szamos und Maros dem ungarischen Tieflande zu offen läßt. Im historischen Siebenbürgen wird der mittlere Teil des von Bergen umschlossenen Gebietes von einem Hochplateau ausgefüllt. Daß das geschichtliche Siebenbürgen von geographischem Gesichtspunkt ein vollkommener Bestandteil des Karpathenbeckens ist, bezeugt nicht nur die mächtige Wasserscheide der Karpathen, die Siebenbürgen zur Gänze von Rumänien trennt, sondern auch das hydrographische Bild Siebenbürgens. Mit Ausnahme von zwei kleineren Flüssen fließen nämlich sämtliche größeren Flüsse Siebenbürgens in der Richtung nach dem ungarischen Tieflande und ergießen sich in die Tisza (Theiß). Auch die Verteilung der Bevölkerung weist dieses Gebiet auf das Karpathenbecken an. Die Flußtäler und die städtischen Mittelpunkte des siebenbürgischen Beckens werden überwiegend von Ungarn bewohnt. In den meisten Gegenden leben die einzelnen Nationalitäten in buntem Gemisch mit- und nebeneinander, im östlichen und südöstlichen Teil Siebenbürgens hingegen lebt als geschlossene Volksgruppe das Széklerum. Das Széklerland umfaßt ein 18.768 km² großes Gebiet, was annähernd ein Drittel des 62.229 km² großen Gebietes des geschichtlichen Siebenbürgen ausmacht. In diesem Gebiet lebten im Jahre 1910 rund 807.000 Einwohner, darunter 547.000 Székler, gleich 67,8 v. H. Hier betrug die Zahl der Rumänen kaum ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Außer dem historischen Siebenbürgen wurde auch das Randgebiet des ungarischen Tieflandes Rumänien angegliedert, ferner auch ein erheblicher Teil des Banats. Dieses Gebiet bildet vom Bihar Gebirge westwärts in nordsüdlicher Richtung einen ungefähr 400 Kilometer langen Streifen und ist ein ganz flaches Land, das einen Bestandteil der großen ungarischen Tiefebene bildet. Dieses Flachland bildet zugleich unzweifelhaft die schlechteste Grenze Rumäniens. Nicht ein einziger natürlicher Faktor festigt hier die Linie der politischen Grenze, die Flüsse und Bäche durchziehen in rechtem Winkel dieses Gebiet und nur die auf den Ackerfeldern aufgestellten Marksteine verra-

ten die politische Grenzlinie. Dieser Landesteil ist dicht bevölkert. Die hier ansässigen Einwohner vermittelten den Güterverkehr zwischen der Bevölkerung des ungarischen Tieflandes und der siebenbürgischen Gebirgsgegend. Durch die neue politische Grenze wurde jedoch dieser Güterverkehr fast ganz lahmgelegt, was sowohl für die Bewohner der Tiefebene, als auch für jene der Gebirgsgegend höchst nachteilig ist. Die Bewohner dieses Flachlandes sind überwiegend Ungarn und nur in den südlichen Gegenden, im sogenannten Banat, das nach den durch die türkische Herrschaft angerichteten Verwüstungen besiedelt werden mußte, ist eine gemischte Bevölkerung anzutreffen.

Wenn wir die Bevölkerungsverhältnisse des von Ungarn abgetrennten und Rumänien angegliederten Gebietes untersuchen, so können wir feststellen, daß die Ungarn in geschlossenen Gruppen den östlichen Teil Siebenbürgens, das sogenannte Széklerland, ferner das mittlere Gebiet Siebenbürgens und die Randgebiete des ungarischen Tieflandes bewohnen. Die Sachsen siedeln als geschlossene Volksgruppe in der südöstlichen Ecke Siebenbürgens, weiters im Burzenland und im östlichen Teil Siebenbürgens in der Umgegend von Beszterce (Bistritz), während die Schwaben im Banat sesshaft sind. Die aus dem Regat einsickernden Rumänen haben sich vornehmlich in den an Altrumänien angrenzenden Gebirgen niedergelassen. In größerer Dichte wohnen sie im östlichen Teil Siebenbürgens, in den Komitaten Fogaras, Hunyad, und Krassó-Szörény, ferner im anderen, nördlichen Siedlungsgebiet der Rumänen, im Komitate Máramaros. Doch ist auch in diesen Komitaten die Einwohnerschaft keineswegs rein rumänisch, sondern mit anderen Volkselementen, insbesondere mit Ungarn untermischt. Auch in den anderen Gebieten, besonders in den Flußtälern, leben die Ungarn überall gemischt mit Rumänen zusammen.

Die zahlenmäßige Verteilung der Nationalitäten beleuchtet indeß nicht die Rolle, welche das Ungartum in Siebenbürgen spielt. Die Überlegenheit der ungarischen Kultur in Siebenbürgen wird durch die völkische Verteilung der Stadtbevölkerung erwiesen. Die diesbezüglichen zahlenmäßigen Daten bezeigen einwandfrei den ungarischen Charakter der Kultur Siebenbürgens. Die

Rumänen leben zwar in großer Zahl in den Bergen und auf dem Lande, die Einwohnerschaft der Städte, der Mittelpunkte des geistigen Lebens, weist dennoch, sogar im rumänischen Sprachgebiet, eine starke ungarische Mehrheit auf. Diese ungarische Mehrheit konnten selbst die tendenziös zusammengestellten Angaben der rumänischen Volkszählung vom Jahre 1930 trotz aller Machenschaften nicht aus der Welt schaffen. Nachstehend führen wir als Beispiel die auf die Einwohnerschaft der siebenbürgischen Städte mit eigenem Munizipalrecht bezüglichen statistischen Daten an.

Verteilung nach Nationalitäten der Einwohnerschaft der siebenbürgischen Städte mit eigenem Munizipalrecht im Jahre 1910 und 1930.

<i>Temesvár</i>	1910	1930
Einwohnerzahl	72.555	91.580
davon: Ungarn	28.552	32.513
Deutsche	31.644	30.670
Rumänen	7.566	24.088
<i>Nagyvárad (Großwardein)</i>	1910	1930
Einwohnerzahl	64.169	82.687
davon: Ungarn	58.421	55.039
Deutsche	1.416	1.118
Rumänen	3.604	20.914
<i>Arad</i>	1910	1930
Einwohnerzahl	63.166	77.181
davon: Ungarn	46.085	41.161
Deutsche	4.365	4.617
Rumänen	10.279	28.537
<i>Kolozsvár (Klausenburg)</i>	1910	1930
Einwohnerzahl	60.808	100.844
davon: Ungarn	50.704	54.776
Deutsche	1.676	2.702
Rumänen	7.562	34.836
<i>Szatmárnémeti</i>	1910	1930
Einwohnerzahl	34.892	51.495
davon: Ungarn	33.094	30.308
Deutsche	629	669
Rumänen	986	13.941

<i>Marosvásárhely</i>	1910	1930
Einwohnerzahl	25.517	38.517
davon: Ungarn	22.790	25.359
Deutsche	606	735
Rumänen	1.717	9.493

Die zwischen den statistischen Daten der ungarischen Volkszählung vom Jahre 1910 und der rumänischen vom Jahre 1930 bestehende zahlenmäßige Verschiebung stammt daher, daß aus dem Regat die rumänischen Beamten massenhaft nach Siebenbürgen versetzt wurden. Doch hat selbst dieser mächtige Zustrom von rumänischen Beamten und Angestellten nicht vermocht dem ungarischen Charakter dieser Städte Abbruch zu tun. Im ganzen und großen war dies in allen Städten Siebenbürgens der Fall.

Verteilung der Stadtbevölkerung nach der Muttersprache in Groß-Siebenbürgen im Jahre 1910 und 1930.

Muttersprache	1910		1930	
	absolute Zahl	%	absolute Zahl	%
Ungarisch	480.000	62.0	431.000	44.9
Rumänisch	152.000	19.6	330.000	34.4
Deutsch	123.000	15.9	130.000	13.6
Sonstige	19.000	2.5	69.000	7.1
Insgesamt:	774.000	100.0	960.000	100.0

Das von Ungarn abgetrennte und Rumänien angegliederte Groß-Siebenbürgen gehört demnach auch vom Gesichtspunkte der geographischen Gegebenheiten zum Karpathenbecken, da die Gebirgskette der Karpathen Siebenbürgen ganz von Rumänien trennt und dieses natürliche Hindernis auch eine engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit Groß-Siebenbürgens mit Rumänien unmöglich macht. Zudem wird durch die auf die völkische Zugehörigkeit der Stadtbewohner bezüglichen statistischen Daten der Beweis erbracht, daß in Groß-Rumänien ein Jahrtausend hindurch die Überlegenheit der ungarischen Kultur bestand und noch immer unanfechtbar und unüberwindlich besteht.

III.

Die defensiv-strategische Bedeutung der Karpathen.

Die Karpathen waren tausend Jahre lang im Besitze Ungarns und während dieser tausend Jahre hat Ungarn in den Karpathen sämtliche Gefahren abgewehrt, die von Osten her Westeuropa bedrohten. So hat es ohne Zaudern der tatarischen, türkischen und panslawistischen Gefahr die Stirn geboten. Seitdem aber die Karpathen der festen Hand Ungarns entwunden wurden und in die Hände der Slowaken und Rumänen gelangten, bieten sie Westeuropa keinen Schutz mehr und gerade die neuen Herren der Karpathen sind es, die von Westeuropa fortwährend Schutz und Hilfe erwarten. Inzwischen droht von jenseits der Karpathen die Gefahr des Panslawismus und des Bolschewismus immer mehr, und die neuen Herren der Karpathen sind nicht nur außerstande, diese Gefahr zu bannen, sondern leisten ihr ganz im Gegenteil geflissentlich Vorschub.

Wenn Rußland im Weltkriege nicht nur vorübergehend in den Karpathen Fuß gefaßt, sondern sich dort festgesetzt hätte, dann würde der Panslawismus schon damals die Herrschaft im Donaugebiet, in den Dardanellen, im Küstengebiet der Adria und des Mittelmeeres an sich gerissen haben. Und wenn die Strategie Rußlands im Weltkriege auch versagt hat, so haben dennoch die mit Blindheit geschlagenen Urheber der Pariser Vorortsverträge durch das Trianoner Friedensdiktat dem Panslawismus den Weg ins Herz Mitteleuropas geebnet. Dieses Diktat ermöglicht es dem Panslawismus, seine vielhundertjährigen Ziele zu verwirklichen, und dann bricht in erster Reihe über Ungarn, wohl aber auch über ganz Europa abermals eine tragi-

sche Epoche herein, eine weit tragischere, als es der Zeitabschnitt des geschichtlichen Panslawismus gewesen war. Diese gefährvolle Entwicklung kann nur so verhindert werden, wenn die Bastei der Karpathen im Wege einer friedlichen Revision Ungarn wieder zurückgegeben wird.

Die Auslieferung der Karpathen, dieses Bollwerks des Donaubeckens an den Panslawismus war der allergrößte und in seinen Folgen verhängnisvollste wehrpolitische Mißgriff der Friedensdiktate. Die Überlassung dieses Bollwerks an die zahlenmäßig schwachen Tschechen und an die Rumänen war die größte Versündigung der Friedensdiktate gegen das durch diese Verträge in den Sattel gehobene Slawentum selbst. Die Karpathen, um deren Besitz im Weltkrieg 20 starke Armeen Jahre hindurch kämpften, bilden das natürliche und sicherste Bollwerk der Donau und des Donaubeckens. Nur eine fürchterliche wehrmachtpolitische Unwissenheit konnte es fertig bringen, diese Schutzwehr dem Panslawismus zu überlassen.

Die Donau, der einzige europäische Strom, der von Westen nach Osten fließt, bildet infolge ihrer ausgezeichneten Schifffbarkeit den natürlichen Wasserweg zwischen Westen und Osten, das Donautal aber ist der beste festländische Weg. Die Bedeutung der Donau als eines der mächtigsten Weltverkehrswege wird noch ganz gewaltig erhöht werden, sobald der Rhein—Donau Kanal zur Verfügung stehen wird, denn dadurch wird die Nordsee mit dem Mittelmeer über das Festland eine vorzügliche Verbindung erhalten. Bei dieser Lage der Dinge ist es überaus wichtig, in wessen Händen sich die Donau und das Donautal befinden: in den Händen Ungarns, das zum Westen gehört und dessen Lebensinteressen und Existenzbedingungen mit jenen des Westens übereinstimmen, oder aber im Besitze einer solchen Machtgruppe, die mit dem Panslawismus separatistische, eigennützige Ziele verfolgt?

Einmal war das Donautal als Weltverkehrsweg schon gesperrt, zur Zeit des Panislamismus, als die Türken in Mitteleuropa Fuß faßten, und von der Unterjochung Europas und der Weltherrschaft träumten. Diese Gefahr ging vorüber, dank in erster Reihe der

zählen Widerstandskraft der ungarischen Nation. Durch Trianon wurde jedoch abermals eine ebensolche Gefahr heraufbeschworen, indem das Trianoner Friedensdiktat die Karpathen und infolgedessen das Donautal den panslawistisch eingestellten Tschechen und den kraftlosen Rumänen ausgeliefert hat. Die Ziele des Panslawismus sind allgemein bekannt. Sie wurden im Weltkrieg offenkundig, als die russischen Millionenheere in Ungarn einfielen mit der Absicht, über die Donau hinweg ihren serbischen Brüdern die Hand zu reichen, um so das riesige Reich der Nordslawen mit den südslawischen Gebieten zu verbinden und dadurch das Testament Peters des Großen zu vollstrecken, d. h. die Herrschaft der Russen, bzw. der Allslawen im Südosten Europas, namentlich aber über die Dardanellen und die Adria zu errichten und für immer sicherzustellen. An der Tapferkeit und der Selbstaufopferung der heldenmütigen Verteidiger der Karpathen zerschellten zwar im Weltkriege die Massenangriffe der Russen, doch konnte dadurch nicht verhindert werden, daß die Friedensdikate gerade an der früher unüberwindlichen Karpathengrenze dem Panslawismus Tür und Tor geöffnet haben. Dadurch geriet der Panslawismus in eine dermaßen günstige Lage, daß er gegebenenfalls imstande sein wird, das Donautal zu sperren, weil die Donau als eine der Hauptstraßen des Weltverkehrs nur durch den Besitz der Schutzwehr der Karpathen gehalten werden kann. Wem die Karpathen gehören, der ist auch Herr der Donau!

Sich auf die Karpathen, dieses natürliche Bollwerk des Donaubeckens stützend, vermochte Ungarn zu verhindern, daß es die slawische Welle überflute und daß die Südslawen sich dem riesigen Reiche der Russen anschließen, was eine unermessliche Gefahr nicht nur für Ungarn, sondern auch für den ganzen Westen bedeuten würde. Wenn aber die Karpathen auch weiterhin in den Händen der Slowaken und Rumänen bleiben, so würde das gegebenenfalls die Schaffung eines Korridors zwischen den Nord- und Südslawen nach sich ziehen. Bekanntlich hat bereits die Friedenskonferenz versucht, einen solchen Korridor zu schaffen, indem sie Westungarn zwischen den Tschechen und den Südslawen aufteilen wollte. Das war übrigens die einzige

tschechische Forderung, die sogar von der einseitig informierten Friedenskonferenz für übertrieben befunden und abgelehnt, beziehungsweise bloß in der Form erfüllt wurde, daß sie Westungarn Österreich zuteilte, in der Hoffnung, daß es nachher den Slawen ein leichtes sein werde, dieses Gebiet dem schwachen Österreich zu entreißen. Der erste Plan zur Bildung eines Korridors ist zwar gescheitert, doch wurde durch die Zuteilung Pozsonys (Preßburgs) als Brückenkopfes an die Tschechen diesen der Übergang über die Donau gesichert und zugleich auch ermöglicht, daß die von Süden vordringenden Serben Pozsony als Brückenkopf und nordwärts als Aufmarschgebiet benutzen können, wodurch Ungarn förmlich in die slawische Zange eingekeilt wurde.

Die Karpathen sind indeß nicht nur zur Defensive, sondern auch zur Offensive vorzüglich geeignet. Im Weltkrieg wurden sie von Falkenhayn und Arz als strategische Mäusefalle gegen jene drei rumänischen Heeresgruppen benutzt, die über den Kamm der Karpathen in Ostungarn eingefallen waren.

Die Karpathen bilden für den Westen dem Osten gegenüber eine solche natürliche Schutzwehr, deren strategische Bedeutung auch den strategischen Wert der künstlichen Maginot-Linie übersteigt. Gegen Kampfwagen, Gas- und Luftangriffe bieten die Karpathen viel stärkeren Schutz, als jede noch so starke künstliche Befestigung. Gegen Fliegeraufklärung verbergen die waldbedeckten Karpathen viel besser die zum Angriff und Gegenangriff erforderlichen Truppenverschiebungen, als selbst die vollkommensten Befestigungsanlagen. Die Karpathen haben sich im Laufe des Weltkrieges gegenüber Rußland und Rumänien, demnach dem Osten gegenüber als die allerbeste Aufmarschlinie erwiesen. Der strategische Wert der Karpathen wurde vor dem Weltkrieg von niemandem so klar und bestimmt erkannt, wie vom General Czánt, dessen Werke über die Karpathen in der militärischen Literatur als wahre Standardwerke gelten. Seine einschlägigen Werke sind die folgenden: „Alpinismus und Weltkrieg“, „Hochgebirgsketten sind Friedensbastionen“, „Der Gebirgskrieg im Völkerringen“. Er hat u. a. auch die Auffassung widerlegt, laut der die Hochgebirge bloß als Durchmarsch-

gebiete von Bedeutung seien, und hat zugleich vorausgesetzt, daß die Hochgebirge im zukünftigen Krieg äußerst wichtige Kampfgebiete sein werden. Er verkündete auch, daß die Gebirgsketten von geopolitischem und strategischem Gesichtspunkt hochwichtige Friedensschanzen und den Frieden sichernde Faktoren seien, wie er auch behauptete, daß ohne den Kamm der Karpathen weder die Dardanellen, noch das Mittelmeer und der Suezkanal verteidigt werden können.

Jenseits der Karpathen gegen Osten zu ganz bis Kamtschatka, also in einer Entfernung von ungefähr 10.000 Kilometer, — ausgenommen das Ural Gebirge — gibt es kein Gebirge. Die in dieser unermeßlichen Ebene lebenden 150 Millionen Menschen haben daher keine Gelegenheit, alpine Erfahrungen zu sammeln. Im Weltkrieg hinwieder beherrschten die deutschen und österreich-ungarischen Truppen auf Grund ihrer alpinen Erfahrungen und militärisch ausgewerteten Kenntnisse die winterlichen Gebirgsgegenden. Auf diese Weise waren die Karpathen besonders zur Winterzeit förmlich die Bundesgenossen der Zentralmächte, während sie den gebirgsfremden und der alpinen Kenntnisse entbehrenden russischen Truppen nachgerade zum Verhängnis wurden. Auch diese Siegeschance ging jedoch verloren, seitdem die Karpathen in fremde Hände gelangten, womit die Vereinigung der Nord- und Südslawen neuerdings erheblich erleichtert wurde.

Wie wir wissen, bildet die Eroberung des Mittelmeeres und des Donaugebietes das offene Ziel des Panslawismus. Die Entwindung der Karpathen aus den Händen des Ungartums bedeutet für Rußland eine direkte Ermutigung, als Schirmherr aller Slawen den Faden seiner traditionellen Politik wieder aufzunehmen und sich die Herrschaft über das Donautal, den Balkan und die Meerengen zu verschaffen. Der Gebirgszug der Karpathen, dieses Bollwerk Europas, muß daher zur Gänze Ungarn zurückgegeben werden, dem es tausend Jahre lang gehörte und innerhalb dessen das Ungartum seine Mission restlos zu erfüllen vermochte. Wenn Ungarn und dadurch der Westen die Karpathenbastei wieder erhält, so wird damit auch dem Panslawismus ein Riegel vorgeschoben, weil dann nach den

Erfahrungen des Weltkrieges die russischen Armeen kaum mehr in der Lage wären, in dieses Bollwerk eine Bresche zu schlagen. Wenn das geographisch in geradezu idealer Weise einheitliche Karpathenbecken wieder ein einheitliches wirtschaftliches und politisches Gebiet wird, so bleibt Ungarn auch weiterhin ein getreuer Hüter des Westens gegenüber jeder von Osten drohenden Gefahr. So wie es seit einem Jahrtausend in Treue, Freundschaft, Zähigkeit und Tapferkeit gleichmäßig ein verlässlicher Hüter der westlichen Kultur und Zivilisation gegenüber den Tataren und Türken gewesen ist, so wird es auch in Zukunft eine furchtlose Schildwache der europäischen Zivilisation sein gegenüber dem roten und weißen Panslawismus.

Es ist daher nicht nur vom Gesichtspunkte Ungarns, sondern auch von dem Deutschlands, Italiens und ganz Westeuropas unumgänglich notwendig, daß Siebenbürgen an Ungarn rückgegliedert werde, da der Schutz Europas gegen die von Osten drohenden Gefahren nur dann sichergestellt werden kann, wenn auf dem Kamm der Karpathen wieder die ungarische Nation Wache steht, wie sie es tausend Jahre hindurch bis zur Selbstaufopferung getan hat.

IV.

Ungarn bildet eine unzerreißbare wirtschaftliche Einheit.

1. Die gewaltsame Herabsetzung des Lebensstandards der nationalen Minderheiten.

Vor dem Weltkrieg 1914—1918 bildete der Boden Ungarns, den tausend Jahre hindurch das Gebot der geographischen Kohäsion zusammengehalten hatte, auch wirtschaftlich ein einheitliches Gebiet. Das Getreideland der ungarischen Tiefebene und die kleineren Ebenen wurden in geradezu idealer Weise durch die Mineral-schätze und Holz reichlich liefernde Gebirgsgegend ergänzt. Der Reichtum des Landes an industriellen Rohstoffen ermöglichte es, daß Ungarn die Klippen der einseitigen landwirtschaftlichen Produktion umgehen und sich eine auch im Ausland beachtete Industrie schaffen konnte. Es ist allgemein bekannt, daß der ungarische Staat in den mit weniger fruchtbringendem Boden versehenen und von einer ärmeren Bevölkerung bewohnten Gebieten, also gerade in jenen, die das Trianoner Friedensdiktat fremden Staaten zuteilte, ganz außerordentliche Investitionen vorgenommen hatte. Für Straßenbauten, Fabriksgründungen, kulturelle und wirtschaftliche Anstalten und Einrichtungen wurden hier unverhältnismäßig größere Beträge aufgewandt, als in den anderen Landesteilen. Die Folge dieser Wirtschafts- und Kulturpolitik war, daß in Vorkriegsungarn die Nationalitäten an Zahl, Vermögen und Kultur stetig zunahmen. Dieser gesunden Entwicklung bereitete das Trianoner Friedensdiktat ein jähes Ende, das zugleich auch die im Laufe der Jahrhunderte entstandene wirtschaftliche Ordnung Mittel- und Südosteuropas zerstörte. Die neue Ordnung Mittel- und Südosteuropas lief in

manchen Belangen den natürlichen Interessen der betreffenden Völker zuwider, weil sie zahlreicher Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklung entbehren mußten. Die Friedensdiktate haben die Fabriken von ihren natürlichen Rohstoffen, die Produzenten von ihren Absatzgebieten, die Grundbesitzer von ihren Arbeitern getrennt, was ein wirtschaftliches Chaos zur Folge hatte. In den neuen Staaten war die Bevölkerung genötigt, ihr wirtschaftliches und kulturelles Niveau herabzusetzen, was immer wieder Unzufriedenheit hervorrief. Die Unzufriedenheit wurde noch dadurch gesteigert, daß in den Donaustaaten zwischen den herrschenden Klassen, beziehungsweise dem Mehrheitsvolk und den nationalen Minderheiten ein ständiger Kampf tobte. Die nationalen Minderheiten mußten und müssen einen Kampf auf Tod und Leben für den freien Gebrauch ihrer Sprache, ihre politischen Rechte und ihre wirtschaftlichen Interessen führen. Diese Kämpfe tobten am heftigsten in dem von Ungarn abgetrennten und Rumänien angeschlossenen Siebenbürgen, wo die auf einer höheren Kulturstufe stehenden Ungarn und Sachsen unter die Herrschaft des in kultureller Beziehung weniger entwickelten rumänischen Volkes gerieten. Großsiebenbürgen gehört vom Gesichtspunkt der geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, wie auch infolge der geographischen Gegebenheiten ausschließlich zum ungarischen Tiefland und diese tausendjährige Zusammengehörigkeit hat die Blüte und das Gedeihen dieses einheitlichen Landes bewirkt und hervorgezaubert. Dieses Gebiet stand sowohl in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Industrie und im Handel, als auch im kulturellen und religiösen Leben auf einer weit höheren Stufe, als das eigentliche rumänische Königreich. Die rumänischen Politiker fühlten diesen Niveauunterschied und eben deshalb leiteten sie eine Aktion ein, die nebst der wirtschaftlichen Nivellierung der einzelnen Provinzen die Rumänisierung des wirtschaftlichen Lebens bezweckt. Die Ausgleicheung des wirtschaftlichen Lebensniveaus wäre an sich ein richtiges Bestreben gewesen, wenn damit lediglich die gesteigerte Entwicklung der rückständigen Landesteile bezweckt worden wäre. Auf diese Art konnte jedoch kein rascher Erfolg erzielt werden, der gemäß der Ansicht der rumänischen Politiker in

der ehesten Rumänisiernug des gesamten wirtschaftlichen Lebens bestehen sollte. Sie mußten schnell handeln, da sie es fühlten, daß die Gebiete mit höherer Kultur der rumänischen Herrschaft entslüpfen. Sie prägten also das Losungswort, daß das Wirtschaftsleben rumänisch sein müsse: rumänische Landwirtschaft, rumänischer Handel, rumänische Industrie, rumänische Bankorganisation, rumänisches Kapital, in den Betrieben rumänische Arbeiter und mit alldem zusammen die endgültige Inbesitznahme der Rumänien angegliederten Gebiete und Enteignung der Städte: das war das rasch zu erreichende Ziel, das den rumänischen Gesetzgebern und Staatsmännern vorschwebte. Zur Erreichung dieses Zieles schreckten sie sogar vor der Benachteiligung und Rückentwicklung der neuen Provinzen nicht zurück. Besonders große Sorgfalt verwandten sie auf die Hebung des Lebensniveaus der zum Altkönigreich (Regat) gehörigen Provinzen, bei gleichzeitiger Vernachlässigung der wichtigsten Interessen der neu erworbenen Landesteile, deren Bevölkerung die Unterdrückung und die schweren Folgen einer feindlich eingestellten Wirtschaftspolitik über sich ergehen lassen mußte.

2. Die minderheitenfeindliche Bodenreform und Siedlungspolitik.

Die wirtschaftliche Nivellierung bezweckten auch die Bodenreform und die dadurch bedingten Ansiedlungen. Nach dem Weltkriege wurde die Durchführung einer radikalen Bodenreform in den neuen Gebieten Rumäniens unvermeidlich. Das Los der besitzlosen Bauernschaft war im Altkönigreich bereits lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges unerträglich, so daß gegen eine richtige und gerechte Bodenreform nichts einzuwenden gewesen wäre. Die rumänischen Politiker interessierte jedoch nicht so sehr das Los des Bauernstandes, als vielmehr die nationalistische Frage. Den Ungarn und den anderen Nationalitäten mußte ihr Grundbesitz weggenommen werden, weil die übertriebenen und eigennützigen nationalistischen Ziele nur auf diese Weise erreicht werden konnten. Diese Behauptung wird ganz und gar durch die Art und Weise der Durchführung der Bodenreform bestätigt. In Siebenbürgen z. B. wurde ein

weitaus größerer Teil des gesamten bebauten Bodens enteignet, als im Regat, wo zudem die Zahl und das Areal der Großgrundbesitze unverhältnismäßig größer waren, als in den neuerworbenen Landesteilen. In Siebenbürgen war insbesondere das Verhältnis der gesamten Mittelhüter ein günstiges; bezüglich des Verhältnisses der Großgrundbesitze ist zu beachten, daß 52.8 v. H. des Gesamtareals dieses Gebietes aus Weiden, Wiesen und Wäldern bestand, während demgegenüber im Altkönigreich die Verhältniszahl dieser zumeist großbetriebsartig bewirtschafteten Flächen bloß 27.1 v. H. ausmacht. Bei der Durchführung der Bodenreform wurde dennoch Siebenbürgen am stiefmütterlichsten behandelt. Das Verhältnis der Enteignung war nämlich in Bessarabien und Siebenbürgen am größten. Während im Regat ein Gebiet von 2.776.402 Hektar enteignet wurde, was 37.96 v. H. des bebauten Bodens ausmacht, wurden in Siebenbürgen 1.663.809 ha, also 44.53 v. H. des bebauten Bodens für die Zwecke der Bodenreform enteignet.

Dieser unterschiedlichen Behandlung entsprechend weist auch die nach der Bodenreform vorgenommene Verteilung des Grundbesitzes erhebliche Abweichungen im geschonten Regat und im nicht geschonten Siebenbürgen auf.

Das Verhältnis der Grundbesitze über 50 Hektar beträgt im Altkönigreich 23.7 v. H., in Siebenbürgen hingegen bloß 17.6 v. H. Diese Unterscheidung findet ihre Erklärung darin, daß in Siebenbürgen die Großgrundbesitze vornehmlich Eigentümern ungarischer Nationalität gehörten, die also mittels der Bodenreform zugrunde gerichtet werden mußten und deren Grundbesitz Rumänen zugeteilt werden sollte. Dieses Vorhaben wurde auch verwirklicht, denn in Siebenbürgen figuriert das 57.6 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachende Rumänentum (gemäß den Angaben der rumänischen Volkszählung vom Jahre 1930) bezüglich der mit Grund und Boden Beteiligten mit 73.4 v. H. Demgegenüber wurden bloß 16.26 v. H. des dort ansässigen Ungartums mit Boden bedacht, doch auch von diesen erhielten die meisten lediglich kleine Parzellen von weniger als 1 ha.

Den ungarfeindlichen Charakter der rumänischen Agrarreform bezeugt in noch höherem Maße, daß der effektive Wert der für die in Siebenbürgen enteigneten

Grundbesitze gezahlten Entschädigungssummen nicht einmal ein 0.015-stel des realen Vorkriegswertes des enteigneten Besitzes ausmacht.

Es ist bezeichnend für die unterschiedliche Behandlung der einzelnen Provinzen, daß laut einem Bericht der Bratianu-Regierung im Regat bis zum Jahre 1926 Schuldscheine im Betrage von 4.634.579.957 Lei als Ablösungspreis zur Verfügung der Eigentümer der enteigneten Grundbesitze gestellt wurden, in Siebenbürgen hingegen bis zu demselben Zeitpunkt solche im Nominalwert von bloß 38.840.535 Lei. Durchschnittlich berechnet bedeutet das, daß bis zu jenem Zeitpunkt nach den im Altkönigreich enteigneten Grundbesitzen die Eigentümer je Hektar im Durchschnitt Obligationen im Nominalwerte von 1670 Lei erhielten, in Siebenbürgen dagegen Schuldscheine im Betrage von bloß 23 je Hektar.

Nebst der Bodenreform war eine der bedeutsamsten wirtschaftspolitischen Aktionen Großrumäniens die Besiedlung. Mit Ausnahme der unteren Donaulinie hat Rumänien kein solches Grenzgebiet, wo nicht die andersnationalen Elemente beträchtliche Volksgruppen, vielerorts sogar die Mehrheit bilden würden. Unter dem gefälligen Losungswort des unerläßlichen Grenzschutzes trachtete man diese Volksgruppen zu zersetzen, was man durch die Wegnahme der im Besitz der Minderheitszugehörigen befindlichen Landgüter zu erreichen gedachte. Solchen Erwägungen entsprang das Siedlungsgesetz vom Jahre 1930, das ein autonomes Siedlungsamt zur Verrichtung der hierauf bezüglichen Arbeiten errichtete. Im Motivenbericht des rumänischen Etats für das Finanzjahr 1937/38 wird die Zahl der Siedlerfamilien mit 36—40.000 angegeben, während die Zahl der Kinder je Familie vom Ackerbauminister mit 2—6 bezeichnet wird. Dementsprechend zählt die Siedlerschar bis jetzt ungefähr 200.000 Seelen.

Durch die Bodenreform und das Siedlungsgesetz wurde das Ungartum Siebenbürgens um Grund und Boden gebracht und viele tausend ungarische Familien kamen an den Bettelstab und wurden heimatlos. Es fragt sich nur, ob diese Maßnahmen dem rumänischen Volk zum Nutzen gereichten? Von wirtschaftlichem Gesichtspunkt ist es leicht zu begreifen, daß sie nicht vorteil-

haft waren, da in der landwirtschaftlichen Kultur unbewanderte rumänische Familien in von nationalen Minderheiten mit hoher agrarischer Kultur bewohnten Gebieten angesiedelt wurden. Die rumänischen Behörden waren gewissenlos genug, um nur die nationalistischen Gesichtspunkte vor Augen zu halten und nicht zugleich auch dafür Sorge zu tragen, daß die mit Grund und Boden beteiligten rumänischen Siedler der zur Fundierung ihrer Wirtschaft notwendigen Unterstützung teilhaftig werden. Sehr viele rumänische Siedlerfamilien blieben ohne Heim, führten daher notgedrungen ein halb nomadisches Leben und veräußerten ihren Besitz, um sich erhalten zu können. Ohne Haus, Vieh und landwirtschaftliches Inventar gerieten sie in die erniedrigende Lage, daß sie sich bei minderheitszugehörigen Eingeborenen als Dienstboten und Hirten verdingten. Sehr viele Siedlerfamilien gerieten ins größte Elend. Die rumänische Bodenreform und das Siedlungsgesetz gereichten demnach keinem einzigen siebenbürgischen Volke zum Nutzen, weder den Ungarn, noch den Rumänen und Sachsen. Nur eins wurde dadurch erreicht: die vollständige Zerrüttung der Landwirtschaft in Siebenbürgen.

3. Kampf gegen die wirtschaftliche Selbstbehauptung der nationalen Minderheiten.

Die rumänische Herrschaft hat in Großsiebenbürgen auch die industrielle Entwicklung zum Stehen gebracht. Großsiebenbürgen war unter ungarischer Herrschaft ein auch industriell sehr entwickelter Landesteil. Die siebenbürgische Industrie nahm in der Zeit vor dem Weltkriege einen raschen Aufschwung und diese Entwicklung wurde noch durch die im siebenbürgischen Becken vor dem Ausbruch des Weltkrieges erschlossene Energiequelle: die Verwendung des Erdgases erheblich gefördert. Zudem ließ die ungarische Regierung auch zur industriellen Nutzenanwendung der Wasserkräfte großangelegte Pläne ausarbeiten. Diese gedeihliche Entwicklung wurde durch den Imperiumwechsel unterbrochen. Das größte Hindernis der weiteren industriellen Entwicklung Siebenbürgens bestand darin, daß kein aufnahmefähiger inländischer Markt mit gesteigerten An-

sprüchen zur Verfügung stand. Das Lebensniveau der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Provinzen des rumänischen Altkönigreichs stand tief unter dem Lebensniveau der Bevölkerung des ungarischen Tieflandes. Die Entwicklung der siebenbürgischen Industrie wurde auch dadurch behindert, daß sie nach der Abtrennung von Ungarn das erforderliche Kapital einbüßte. Außerdem wurde die Entwicklung des Handels und der Industrie Großsiebenbürgens auch durch den auf die Spitze getriebenen rumänischen Nationalismus gehemmt. Die Nationalisierung der Handelsunternehmen und Industriebetriebe wurde bereits im Jahre 1922 angeordnet. In diesem Jahre wurde im Rahmen des rumänischen Industrieministeriums ein wirtschaftlicher Sonderausschuß eingesetzt, dem die Kontrolle und Begutachtung der Gründung von Unternehmungen, der Kapitalerhöhungen und der Verlegung des Sitzes der einzelnen Betriebe oblag. Auf Grund dieser Begutachtung erteilte dann das Ministerium die Bewilligung zur Aufnahme des Betriebes. Der Ausschuß stellte u. a. folgende Anforderungen: Drei Viertel der Mitglieder des Verwaltungs- und Aufsichtsrates müssen Rumänen sein; zwei Drittel sämtlicher Aktien sind waschechten Rumänen zu überlassen. Die rumänische Regierung hat demnach, bald nach der Entstehung Großrumäniens, neben dem im Wirtschaftsleben des Landes eine große Rolle spielenden ausländischen Kapital bereits auch die Kapitalkraft der inländischen Minderheiten in Evidenz gehalten. Die Habgier und der übertriebene Nationalismus der Rumänen begnügten sich jedoch keineswegs mit der Kontrolle des Wirtschaftslebens der nationalen Minderheiten, sondern waren darauf bedacht, diese gänzlich zugrunde zu richten. Der einstige rumänische Volksführer in Ungarn und der frühere Vorkämpfer der Freiheit und Gleichberechtigung der Nationalitäten, Alexander Vajda-Vojvoda hat als rumänischer Ministerpräsident den offenen Kampf zur restlosen wirtschaftlichen Ruinierung der in Rumänien siedelnden nationalen Minderheiten eingeleitet. Anfangs August 1933 forderte er in einem vertraulichen Rundschreiben sämtliche Privatunternehmen auf, minderheitszugehörige Personen nur in einem ihrer Seelenzahl entsprechenden Verhältnis anzustellen. Bezüglich der Art und Weise, wie diese

Verhältniszahl festzustellen wäre, hatte er jedoch keinerlei Verfügung getroffen. Bei der Durchführung der Verordnung wandten die unteren Behörden die für das ganze Land errechnete Verhältniszahl an, ohne Rücksicht darauf, daß in einzelnen Komitaten das Ungartum 60—90 v. H. der Bevölkerung ausmacht. Die Aktion Vajdas wurde auch von der chauvinistischen rumänischen Presse bereitwilligst unterstützt. Das Ergebnis der von ihr betriebenen hemmungslosen Agitation war, daß am 16. Juli 1934 ein Gesetz in Kraft trat, demgemäß 80 v. H. der bei den Privatunternehmungen angestellten Beamten und Arbeiter, und 30 v. H. der Mitglieder des Verwaltungs- und des Aufsichtsrates Rumänen sein müssen. Das Gesetz wurde mit drakonischer Strenge durchgeführt, vergeblich legten die siebenbürgischen Nationalitäten, namentlich die Siebenbürger Sachsen dagegen Verwahrung ein und die in Hermannstadt, Schäßburg, Beszterce (Bistritz), Mühlbach und Broos veranstalteten mächtigen Kundgebungen, gegen die das deutsche Volk in Siebenbürgen mit materiellem Ruin bedrohenden Maßnahmen, verliefen im Sande.

Schwere Schäden wurden der Bevölkerung der neuerworbenen Gebiete auch durch die einseitige Geld- und Kreditpolitik zugefügt, die lediglich auf die Interessen des Altkönigreichs bedacht war. Die geflissentliche Herabsetzung des Niveaus der siebenbürgischen Landwirtschaft, die Behinderung der Entwicklung der Viehzucht und des Bergbaus, die Vernachlässigung der dortigen Industrie- und Handelsunternehmungen gingen Hand in Hand mit der ausschließlich zum Vorteil des Altkönigreichs geleiteten Handels- und Zollpolitik.

Die Geldanstalten und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen der neuen Provinzen, besonders aber die den Minderheitszugehörigen gehörigen Betriebe erhalten vom Staat und der Nationalbank fast gar keine Unterstützung. Diese Beihilfe wäre aber von größter Bedeutung, da in dem an Kapital armen neuen Rumänien, wo ein 25—30%-iger, nicht selten jedoch auch 40%-iger Zinsfuß im Privatverkehr üblich war, der sich um 6% bewegende amtliche Zinsfuß und der auf dieser Grundlage von der Nationalbank eingeräumte Reeskontkredit sozusagen ein unentgeltliches Geschenk bildeten.

Die Geldanstalten der Minderheiten der neuen Provinzen wurden indes dieser nationalen Geschenke nur in ganz geringem Maße teilhaftig.

Eine ebenso ungünstige und ungleiche Behandlung wurde bei der Verteilung der staatlichen Kredite auch den Genossenschaften in den neuen Provinzen zuteil. So erhielten z. B. die rumänischen Genossenschaften in Siebenbürgen im Jahre 1930 einen Staatskredit von 156 Millionen Lei, wogegen die ungarischen Genossenschaften vollkommen leer ausgingen.

Vom Gesichtspunkte der Minderheiten bedeutete die rumänische Besteuerungspolitik die schwerste Last. Die nationalen Minderheiten waren von Anbeginn an die wehrlosen Opfer der willkürlich und verantwortungslos arbeitenden Steuerbemessungs- und Steuerreklamationsausschüsse und der Steuerämter. Bereits im Jahre 1921 ließ der damalige Finanzminister Titulescu eine Gesetzesvorlage ausarbeiten und dann votieren, die die Vereinheitlichung der verschiedenen Steuersysteme bezweckte... Im Motivenbericht der Vorlage wies er darauf hin, daß gemäß dem damaligen Zustand beispielsweise ein Kaufmann im Altkönigreich nach einem Einkommen von 31.000 Lei 1.526 Lei an Steuern zu entrichten hatte, während nach einem ebensolchen Einkommen ein siebenbürgischer Kaufmann eine Steuer von 8.461 Lei bezahlen mußte. In Siebenbürgen wurden zu den alten Steuergattungen auch die Steuern des Altkönigreiches eingeführt, ohne daß zugleich im Regat auch die in den neuen Landesteilen systemisierten Steuergattungen eingeführt worden wären. In den neuen Provinzen war auch der Steuerschlüssel viel höher, so daß auch die Siebenbürger Rumänen sich dagegen verwahrten, daß ihr Land als Kolonie behandelt und förmlich ausgesogen werde, da laut ihrer Feststellung 70 v. H. der Staatsausgaben von den in Siebenbürgen eingehobenen direkten und indirekten Steuern bestritten werden.

Noch auffälliger ist die unterschiedliche Besteuerung der Minderheiten. So entfielen z. B. im Jahre 1928 auf jeden Dorfbewohner des fast reinungarischen Komitates Csik 179 Lei an landwirtschaftlicher Steuer und im ebenfalls beinahe reinungarischen Komitate Háromszék 176 Lei. Demgegenüber zahlte je ein Dorfbewohner im zumeist von Rumänen bewohnten Komitate Márama-

ros bloß 35 Lei an landwirtschaftlichen Steuern. Dieselbe Ungleichheit herrscht auch bei der Besteuerung der Industrieunternehmungen und der in freien Berufen Tätigen. In dem überwiegend von Ungarn bewohnten Komitate Csik entfielen von der Steuer, die die in freien Berufen Tätigen zu entrichten hatten, 1600 Lei auf je eine steuerpflichtige Person dieser Kategorie, im Regat hingegen, z. B. im Komitate Gorj bloß 675, und im Komitate Valcea gar nur 310 Lei.

Es gibt zudem noch einige Sondersteuern, die größtenteils oder ausschließlich nur die minderheitszugehörige Bevölkerung belasten. So können im Sinne des Steuergesetzes vom Jahre 1923, (Zahl 3.248), Punkt 24 die Komitate und Städte die Firmatafeln besteuern, u. z. diejenigen mit rumänischen Aufschriften bis zu 500 Lei, jene mit anderssprachigen Aufschriften aber bis zum Betrage von 8000 Lei. Die unter Zahl 291.889/1935 erlassene Ministerialverordnung belastet die nicht-rumänischen Unternehmungen und Betriebe, die ihre Geschäftsbücher nicht in rumänischer Sprache führen, mit einer 12%-igen Sondersteuer.

Die rumänischen Regierungen haben auch in der Handels- und Verkehrspolitik stets die Sonderinteressen des Altkönigreichs berücksichtigt. Die Handels- und Zollverträge bezweckten in erster Linie die vorteilhafte Verwertung oder den Schutz der Erzeugnisse des Regats und waren nur ganz wenig auf die Bedürfnisse der neuen Landesteile bedacht. Diese eigennützige Politik brachte die siebenbürgischen Kohlen- und Salzbergwerke in eine überaus schwierige Lage und hat überdies auch die Holzindustrie des Széklerlandes zugrunde gerichtet. Die Holzindustrie bildete vornehmlich für die Bevölkerung der Székler Komitate eine höchst wichtige Erwerbsquelle, weil sie in den bewaldeten und gebirgigen Gegenden der Karpathen vom Ackerbau und der Viehzucht allein nicht leben kann. Als Ergebnis der unrichtigen Außenhandelspolitik Rumäniens, insbesondere aber infolge der nichts weniger als gutnachbarlichen Zurückhaltung Ungarn gegenüber, schrumpfte die rumänische Holzausfuhr immer mehr zusammen. Die Abnahme der Ausfuhr legte hinwieder die Holzindustrie lahm, wodurch Zehntausende ungarischer Familien in eine äußerst schwierige Lage gerieten.

Der Aufschwung des Handels wurde auch dadurch behindert, daß Siebenbürgen durch hohe Gebirge vom Regat getrennt ist und diese hohen Gebirge erschweren auch die Entwicklung des Verkehrs.

Die auf die Nivellierung der Wirtschaft gerichtete Politik Großrumäniens war nur insofern erfolgreich, als sie die wirtschaftliche Entwicklung Großsiebenbürgens und der ihm angegliederten anderen Landesteile zum Stehen brachte, das Lebensniveau des rumänischen Bauernstandes hingegen hatte sie wegen der in Großrumänien herrschenden Korruption nicht zu heben vermocht. Die Völker Großsiebenbürgens: Rumänen, Ungarn und Deutsche, sie alle gerieten auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet in eine überaus schwere Krise, die sich im Laufe der zwanzigjährigen rumänischen Herrschaft von Jahr zu Jahr immer mehr verschärfte. Die Führer der Siebenbürger Rumänen haben selbst zu wiederholten Malen schärfste Verwahrung gegen die eigennützige und korrupte Politik des Altkönigreichs eingelegt, der Widerhall der Klagen der in Großsiebenbürgen ansässigen Ungarn und Deutschen über die wirtschaftliche, kulturelle und politische Unterdrückung und Verfolgung war aber beständig sozusagen in ganz Europa hörbar. Ungarn war auf die wirtschaftliche Erstarkung der Bevölkerung Großsiebenbürgens, Großrumänien dagegen auf deren Ausbeutung bedacht.

Ungarn baute Straßen, förderte die Entwicklung des Handels und der Industrie, schuf eine landwirtschaftliche Kultur und hat den stetig zunehmenden Wohlstand sämtlicher in Großsiebenbürgen lebenden Völker ermöglicht. Demgegenüber hat Großrumänien während seiner zwanzigjährigen Herrschaft die gesunde wirtschaftliche Entwicklung zum Stehen gebracht und die Bevölkerung dieses Gebietes namentlich aber die nationalen Minderheiten ins Elend gestürzt. Die zwanzigjährige rumänische Herrschaft hat also selbst den Beweis dafür erbracht, daß Großsiebenbürgen sowohl von geschichtlichem und geographischem, als auch von wirtschaftlichem Gesichtspunkt auf Ungarn angewiesen ist und daher zu ihm gehört.

V.

Ungarische Kultur — rumänische Kultur.

1. *Wie charakterisieren die Ausländer die Rumänen?*

Die nach dem Weltkrieg erfolgte Neuordnung Mittel- und Südosteuropas hat von kulturellem Gesichtspunkt eine solche Lage geschaffen, die zum traurigsten und tragischsten Abschnitt der Geschichte der Menschheit gehört. In Großsiebenbürgen wurden solche Minderheiten Rumänien angeschlossen, die bis dahin selbst staatserhaltende Elemente waren und auf einer hohen Kulturstufe standen. Siebenbürgen war das klassische Land der politischen und religiösen Freiheit, wo sich auch die rumänische Kultur mit der Unterstützung der ungarischen Fürsten ungehemmt entwickeln konnte. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß Ungarn die eigentliche Wiege der rumänischen Kultur gewesen war.

Den Regierungen des Fürstentums Siebenbürgen bereitete die Aufgabe, das moralisch zügellose Rumänentum an die gesetzliche und soziale Ordnung, an die Achtung der Rechtseinrichtungen zu gewöhnen, d. h. das halbnomadische Hirtenvolk zu einem kulturempfänglichen Arbeiter- und ackerbauenden Volk zu erziehen, sehr große Sorgen. Es war dies keine geringe Aufgabe, denn das rumänische Hirtenvolk war sehr unbändig und unsittlich. Es gibt viele beglaubigte Daten dafür, daß die siebenbürgischen Rumänen nur unter großen Schwierigkeiten in das Rechtssystem hineingezwängt werden konnten, wobei auch ihre kulturelle Erziehung den ungarischen Königen und den Fürsten Siebenbürgens fortwährendes Kopfzerbrechen verursachte.

Der größte ungarische Herrscher des XIV. Jahrhunderts, Ludwig der Große, erließ nach seinem zweiten Besuch in Siebenbürgen eine Verordnung über die

Regelung des Strafverfahrens in diesem Landesteil, in der ausgeführt wird, daß in Siebenbürgen die Verbrecher insbesondere unter den Rumänen infolge ihrer unregelmäßigen Verhältnisse sich sehr vermehrt haben. Deshalb ermächtigt der Erlaß den Adel, die Verbrecher im allgemeinen, ganz besonders aber die rumänischen Missetäter, auszurotten.

Daß die Rumänen seit ihrem ersten Erscheinen nicht nur in Ungarn, sondern überall als ordnungstörendes Element betrachtet wurden, das das private Eigentum, die soziale Ordnung und die Rechtseinrichtungen des Staates mißachtet bezeugt u. a. auch folgendes Beispiel. Der venezianische Gesandte Pietro Duodo schrieb, nach seiner Ungarnreise heimgekehrt, in seinem Bericht vom 21. Jänner 1599 über die Siebenbürger Rumänen folgendes: „Die Walachen sind der Auswurf der Völker; sie sind Hirten, die sich sehr dürrig kleiden und vor der Grausamkeit ihrer Wojwoden hierher nach Siebenbürgen geflüchtet sind.“ Pietro Duodo hat also in diesem Bericht nicht nur das tiefe Kulturniveau des rumänischen Volkes für die Nachwelt festgehalten, sondern auch die überaus wichtige Tatsache, daß die Walachen aus der Walachei nach Siebenbürgen geflüchtet sind und daher als Ureinwohner dieses Gebietes überhaupt nicht in Frage kommen. Pietro Duodo ist jedoch nicht der einzige Ausländer, der ein so trauriges Bild von der Unkultiviertheit und der Zurückgebliebenheit der Rumänen entwirft.

Während der Regierung des Moldauer Wojwoden Wasilie Lupu besuchte den Hof dieses Fürsten der Aleppoer Diakon Paul, der der Reisegefährte des Patriarchen von Antiochia, Macarius, auf dessen europäischer Rundfahrt war. Diese Reise beschrieb er in arabischer Sprache. Seine arabische Handschrift wurde von Belfour ins Englische übersetzt und unter dem Titel „The travels of Macarius patriarch of Antioch“ im Jahre 1836 in London herausgegeben. In dieser Reisebeschreibung ist über das rumänische Volk folgendes zu lesen: „Der allmächtige Gott hat auf diesem Erdenrund kein anderes Volk geschaffen, das so verderbt wäre, wie das walachische, das aus lauter Mördern und Dieben besteht. Aus den Straflisten läßt sich feststellen, daß unter der Regierung des Begs Wasilie über 40.000 Räu-

ber und Diebe zum Tode verurteilt wurden, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als die ersten Verbrechen der Übeltäter nicht mit der Todesstrafe geahndet werden. Bei den Frauen und Mädchen ist keine Spur von Anstand und Ehrgefühl zu entdecken. Diese Menschen sind nur dem Namen nach Christen und mit schlechtem Beispiel gehen die Priester voran, die ganze Nächte hindurch der Trunkheit und allerlei Ausschweifungen fröhnen." Aus der Reisebeschreibung des Aleppoer Diakons Paul kann man den Charakter des ganzen walachischen Volkes erkennen. Das nach Siebenbürgen eingesickerte Rumänentum hat das niedrige Kulturniveau und sämtliche Charakterfehler der in der Moldau und der Walachei siedelnden Walachen mit sich gebracht. Nicht vergeblich haben die sich mit den Fragen Südosteuropas befassenden Geschichtschreiber festgestellt, daß die westliche Kultur an den Ostgrenzen Siebenbürgens aufhört.

Aus diesem Grunde heißt es in der „*Approbata et Compilata*“ benannten Sammlung der siebenbürgischen Gesetze aus dem XVI. und XVII. Jahrhundert, daß die Walachen in Siebenbürgen vielerorts den anderen Nationen gegenüber fast offene Gewalt anwenden und dabei auch deren Grenzen nicht verschonen. Der Schriftsteller Georg Reicherstorfer schilderte die Walachen im Jahre 1550 folgendermaßen: „Unter diesen (d. i. den Ungarn und Sachsen) wohnen auf manchen verlassenen Grundbesitzen und in einigen Dörfern auch Walachen. Es ist dies eine abgehärtete Rasse, die nur von ihrer Herde, zumeist aber von gestohlenem Vieh und geraubten Pferden lebt. Die Walachen kleiden sich in aus Ziegenhaar eigenhändig gewebte rauhe Gewänder und halten sich in ihrer Lebensweise an keinerlei menschliche Gesetze.“

Von 1722 bis 1726 war General Graf Königsegg kaiserlicher Gouverneur der jetzigen Kleinen Walachei (Oltenien). Im Jahre 1725 unterbreitete er dem ungarischen König Karl III. eine Denkschrift, in der er den König ersuchte, die in Siebenbürgen sesshaften Walachen nach Oltenien zu übersiedeln, „weil die Walachen, die von den Sachsen als Dienstleute aufgenommen worden waren, sich dermaßen vermehrten, daß ihre Seelenzahl nunmehr diejenige der Sachsen beinahe übersteigt. Außerdem richten sie die Sachsen durch Ruch-



losigkeit, Dieberei, Zaubereien und geheime Brandlegung noch mehr zugrunde. Es wäre daher äußerst zweckdienlich, diese Nation, die den Sachsen zwar untätig, dabei jedoch für sie weit eher schädlich als nützlich ist, in ihre frühere Heimat zu übersiedeln."

Zweiundvierzig Jahre später, im Jahre 1767, schlug der damalige Gouverneur des Temescher Banats, Graf Rialph Perlas der Kaiserin und Königin Maria Theresia vor, die Rumänen aus der Nachbarschaft der neu gegründeten deutschen Dörfer zu entfernen, weil „die deutschen Siedler nur mit Zittern und Schauer daran denken, daß man sie auf dem von Walachen bewohnten Heideland ansiedeln möchte. Im vorigen Türkenkrieg machte man die Erfahrung, daß die deutsche Einwohnerschaft des Banats viel mehr von den herumziehenden walachischen Horden zu leiden hatten, als von den Türken. Zahlreiche deutsche Gemeinden wurden von ihnen ausgeplündert, eingeäschert, viele Deutsche ermordet oder gefangen genommen und den Türken verkauft. Zu bedenken sei auch, ob es im Kriegsfall der Temesvárer und der Arader Festung nicht mehr Sicherheit böte, wenn den dazwischenliegenden Raum getreue Untertanen besetzt hielten und nicht solche Elemente, denen es vollkommen gleichgültig ist, ob sie unter christlicher oder türkischer Oberhoheit leben, und die bei jedem Anlaß je nach den Wechselfällen des Geschickes den Mantel wenden."

Wir könnten noch zahllose ähnliche Äußerungen über die moralische Minderwertigkeit und die Charakterschwäche des rumänischen Volkes anführen, begnügen uns jedoch damit, daß wir hier noch einen Bericht des Kaisers Josef II. erwähnen. Kaiser Josef II. wird von den dakorumänisch gesinnten rumänischen Geschichtschreibern und Politikern für einen Freund und Gönner des rumänischen Volkes gehalten, im Gegensatz zum unterdrückenden und tyrannischen ungarischen Adel. Und doch hat auch dieser rumänenfreundliche Kaiser das rumänische Volk des XVIII. Jahrhunderts in sehr düsteren Farben geschildert. Im Jahre 1768 bereiste er das Temescher Banat und berichtete seiner Mutter der Kaiserin und Königin Maria Theresia über seine Beobachtungen und Erfahrungen folgendes: „Die Serben und Rumänen gehorchen blindlings ihren Prie-

stern, unterscheiden sich jedoch darin voneinander, daß der Gehorsam der Rumänen infolge der unbeschreiblichen Unwissenheit und Dummheit dieses Volkes ein förmlich sklawischer Gehorsam ist, während die Serben der Glaubenseifer leitet, — obwohl auch sie ziemlich unwissend sind. Die Kuratgeistlichkeit, die sich aus ungebildeten Bauern rekrutiert und des Lesens und Schreibens zumeist unkundig ist, eignet sich nicht zur Erklärung der Evangelien oder zur Auslegung der heiligen Bücher. Es ist ganz unmöglich, daß eine solche Geistlichkeit die Erziehung und die Bildung des Volkes fördern könne. Übrigens kennen weder die Serben, noch die Walachen die Volksschulen und die Erziehung der Jugend. Unter tausend Menschen kann man nicht einen einzigen finden, der in seiner Muttersprache lesen und schreiben könnte. Die Gemeinden lassen ihre Gesuche und Beschwerden von einzelnen geschickteren Popen schriftlich abfassen und sind bemüsst, diesen ihre Angelegenheiten vorbehaltlos anzuvertrauen, ohne daß sie sich davon überzeugen könnten, ob der von den Popen aufgesetzte Text ihrer eigenen Ansicht entspricht. Die Katechese und die Predigten sind ihnen völlig unbekannt. Auch das Bestreben der Bischöfe geht nur dahin, ihren Gläubigen je mehr Geld abzupressen und es dann in widerlichen Schwelgereien zu verprassen. Auch mit dem Kirchenbann wird sehr viel Unfug getrieben und die meisten Exkommunikationen erfolgen zu Erpressungszwecken."

2. Was haben die Ungarn den Rumänen gegeben?

Die Fürsten Siebenbürgens haben alles aufgeboten, um dieses nomadische und ungebildete Hirtenvolk in die menschliche Kulturgemeinschaft einzuführen. Ein Mittel dieser Vorsorge und Bemühung war auch der Versuch der siebenbürgischen Fürsten Gabriel Bethlen, Georg Rákóczi I. und Michael Apafy, die Rumänen im Interesse der Kultur zum Protestantismus zu bekehren. Obzwar dieser Versuch für das Rumänentum das unschätzbare Ergebnis mit sich brachte, daß dadurch in ihrer Kirche die Herrschaft der slawischen liturgischen Sprache gebrochen und statt dieser die Volkssprache eingeführt wurde, trachtet dennoch die für den Dakoroma-

nismus schwärmende Geschichtschreibung diese Tatsache so hinstellen, als hätte es sich dabei um einen gewalt-samen Versuch gehandelt, die Rumänen ihrer Sprache und ihres uralten Glaubens zu berauben und zu madjarisieren. Dieses Bestreben der dakorumänischen Geschichtschreibung ist um so weniger begründet, da die siebenbürgischen Fürsten nicht die ungarische, sondern die rumänische Sprache als liturgische Sprache bestimmten und damit auch die Entwicklung der rumänischen Schriftsprache ermöglichten.

Die Gesinnung des ungarischen Volkes spiegelt sich am schärfsten in der Entwicklung der rumänischen Kultur wieder und offenbarte sich nicht in der Unterdrückung, sondern in der Emporhebung und Gewinnung des Volkes. Die kulturelle Entwicklung des rumänischen Volkes haben in erster Reihe die ungarischen Fürsten Siebenbürgens gefördert. Kaum hatte sich in Siebenbürgen die ungarische reformierte Kirche konstituiert, bestellten Fürst Johann Siegmund und der siebenbürgische Reichstag unverzüglich auch für die Rumänen einen Bischof, der durch die Synode vom Jahre 1559 beschließen ließ, daß von nun an Stelle der slawischen die rumänische Sprache beim rumänischen Gottesdienst zu gebrauchen sei. Bereits im Jahre 1544 erschien in Hermannstadt ein rumänischer Katechismus. Im Jahre 1559 führt der Brassóer (Kronstädter) Richter Johann Benkner den Katechismus Luthers in die dortige orthodoxe rumänische Kirche ein und bald darauf errichtete er eine rumänische Druckerei, wo unter der Leitung des Diakons von Tergovistje, namens Coresi, die eigentliche rumänische Literatur beginnt. Im Verlag Coresi's, teils mit lutherisch-sächsischer Beihilfe, teils mit Unterstützung der ungarischen Kalviner, insbesondere im Auftrage des ungarischen Edelmannes Nikolaus Forró, erscheinen im Jahre 1561 die Evangelien, im Jahre 1562 die Werke der Apostel und im Jahre 1571, die Psalmen. Im Auftrage des Brassóer (Kronstädter) Richters Lukas Hirscher ließ er die Evangelien drucken. Im Jahre 1581 und 1582 gibt der kalvinische rumänische Bischof Michael Tordai in Broos die „Palia“ genannte große rumänische Bibelübersetzung auf Kosten des Dévaer Generalkapitäns Franz Geszti heraus, die lange Zeit allein dastand. Die Übersetzung wurde von Tordai und eini-

ger rumänischen Geistlichen, den Protopopen von Karánsebes, Lugos und Hunyad gemeinsam verfertigt, und zwar aus der Bibelübersetzung Kaspar Heltais derart, daß die Übersetzer auf der Suche nach geeigneten Ausdrücken oft die ungarischen Worte und Ausdrücke Heltais übernahmen.

Das Erscheinen der „Palia“ ist von epochaler Bedeutung in der Geschichte der rumänischen Bildung. Auch bei diesem ausschlaggebenden Schritt boten Siebenbürger Ungarn dem rückständigen Rumänentum hilfreiche Hand. Sie führten es in die europäische Kultur ein und verschafften ihm die Möglichkeit, die heilige Schrift in der Muttersprache lesen zu können. Denselben Weg gingen auch die großen siebenbürgischen Fürsten des XVII. Jahrhunderts: Gabriel Bethlen ließ an einer neuen Übersetzung der Bibel ins Rumänische arbeiten, Georg Rákóczi gründet in Gyulafehérvár (Karlsburg) eine Druckerei, läßt einen in rumänischer Sprache abgefaßten kalvinischen Katechismus herausgeben und als diesen der orthodoxe Metropolit von Jászvásár mißbilligte, erteilt ihm der orthodoxe Bischof von Siebenbürgen in rumänischer Sprache die gebührende Antwort. Hieraus ist ersichtlich, daß auch bei den Anfängen der polemischen und wissenschaftlichen rumänischen Literatur das Siebenbürger Ungartum hilfsbereit Pate gestanden ist.

In diesem Zeitabschnitt war infolge des Systems der rezipierten Religionen nicht nur jede rezipierte Religion dem Fürsten unterworfen, sondern ganz besonders die geduldete Orthodoxie, deren Bischöfe anläßlich ihrer Bestätigung durch den Fürsten auch die fürstlichen Bedingungen annehmen mußten, die beim Gottesdienst den Gebrauch der rumänischen Sprache und die Abschaffung der slawischen Kirchensprache vorschrieben. Georg Rákóczi I. ordnete im Jahre 1661 dem von ihm ernannten Biharer Wladika an, „den armen Walachen nur in ihrer Muttersprache zu predigen, damit sie sich dadurch an der heilsamen Wissenschaft und Religion alltäglich erbauen können und so aus dem Dunkel der abergläubischen Irrungen von Tag zu Tag dem Licht zugeführt werden.“ Später, im Jahre 1643, enthob Fürst Georg Rákóczi einen von ihm ernannten rumänischen Bischof, der den Gottesdienst nach griechischem und

raizischem (serbischem) Ritus abhielt, seines Amtes und machte es dem neuen Bischof zur Pflicht, an Sonn- und Feiertagen den Gottesdienst und überhaupt die Liturgie in rumänischer Sprache zu versehen und von den ihm untergeordneten Geistlichen abhalten zu lassen. Zugleich verfügte er auch, daß der Bischof die abergläubischen Bräuche der Popen abzustellen habe. Diese Bedingungen sind in allen späteren Ernennungsurkunden der siebenbürgischen Fürsten enthalten und in allen wird von den rumänischen Bischöfen und Priestern die Abhaltung des Gottesdienstes in rumänischer Sprache und der Unterricht der Gläubigen in der Muttersprache gefordert. Insbesondere hat Fürst Michael Apafy ein großes rumänisches Kulturprogramm entworfen und auch verwirklicht. Im Jahre 1686 ernannte er Wasilie Warlam zum Wladika der Rumänen, Griechen und Ruthenen und befahl ihm, in seiner Residenz, dem Karlsburger Kloster, ferner in den Komitaten Hunyad und Máramaros Schulen zu errichten, in welchen das Lesen und Schreiben in der rumänischen Muttersprache der Schüler zu unterrichten sei. Die fortgeschrittenen Schüler mußten auch in der lateinischen Sprache unterrichtet werden, wogegen vom Unterricht der ungarischen Sprache überhaupt kein Wort fiel.

Die objektiven rumänischen Geschichtschreiber bestreiten es selbst nicht, daß in Siebenbürgen mit Unterstützung der großen ungarischen Fürsten, jene kulturelle und literarische Bewegung begonnen hat, die die slawische Sprache aus der Liturgie verdrängte und das Rumänische zur Glaubens- und Schriftsprache machte und damit der geistigen Entwicklung in den beiden walachischen Fürstentümern zuvorkam.

Der Versuch der siebenbürgischen Fürsten, die Reformation unter den Rumänen zu verbreiten, ist erfolglos geblieben; die Rumänen waren eben nicht empfänglich für jene Elemente der Freiheit und der Selbstverwaltung, die den charakteristischen Inhalt des Protestantismus bilden. Das Bestreben der österreichischen Kaiser, sie zum Katholizismus zu bekehren, war scheinbar erfolgreicher. Am Ende des XVII. Jahrhunderts entstand die rumänische griechisch-katholische Kirche. Diese griechisch-katholischen Gläubigen waren die ersten Wegbereiter der rumänischen Kultur.

Im Jahre 1754 errichtete der rumänische Bischof Péter Áron in Balázsfalva ein Priesterseminar und ein hochschulartiges Kollegium. Die hier gebrauchten Lehrbücher wurden auch in der Moldau und der Walachei als solche verwendet. Balázsfalva, diese ursprünglich ungarische Stadt Siebenbürgens, wurde infolge der Opferwilligkeit der ungarischen Fürsten und der brüderlichen Unterstützung durch die Ungarn zur wissenschaftlichen Wiege der gesamten rumänischen Kultur, zur selben Zeit, da in den Wojwodschaften der Moldau und der Walachei die rumänische Bevölkerung sogar in den Kirchen die griechische und slawische Sprache gebrauchte.

Zur Zeit des Kaisers und Königs Josef II. erschienen bereits in Balázsfalva und Hermannstadt zahlreiche Bücher in rumänischer Sprache, und in Buda (Ofen), der Krönungsstadt der ungarischen Könige, wurden in der Universitätsdruckerei sogar die rumänischen Schul- und Kirchenbücher ganz unentgeltlich im Interesse der kulturellen Erziehung der ungebildeten rumänischen Bevölkerung gedruckt. Nichts ist bezeichnender für dieses Entgegenkommen, als die Tatsache, daß es in Rumänien auch jetzt noch kein umfangreicheres und besseres liturgisches Buch gibt, als das aus zwölf Bänden bestehende Werk in rumänischer Sprache, das die Ungarn in Ofen unentgeltlich für das rumänische Volk herstellen ließen.

Das System der latinisierenden rumänischen Sprache wurde von Samuel Klein geschaffen („*Elemente linguae Daco-Romanæ sive Valachicæ*“. Wien, 1780.), Georg Sinkai schuf die Grundlage der dako-rumänischen geschichtlichen Theorie („*Cronica Romanilor*.“ Erste Auflage in Jassy 1853, II. Auflage 1886), und Peter Maior deren Synthese, die Geschichte der Rumänen („*Istoria pentru inceputul Romanilor in Dacia*.“ 1912), die in Buda (Ofen) erschien. Auch die erste rumänische Zeitschrift wurde am Anfang des vorigen Jahrhunderts in Budapest herausgegeben. Ebenso erschien auf ungarischem Gebiet, in Hermannstadt, die erste und bis auf den heutigen Tag einzige rumänische Enzyklopädie.

In Balázsfalva wurde die große rumänische Kathedrale erbaut, deren mächtige innere Säulen mit Bändern in den rumänischen Nationalfarben geschmückt

unter ungarischer Herrschaft unangefochten prangten.

Der ungarische Freiheitskampf vom Jahre 1848/49 hat nicht nur die ungarischen Leibeigenen befreit, sondern auch den in Ungarn ansässigen sämtlichen Nationalitäten die volle politische, kulturelle und Glaubensfreiheit gesichert. Das kulturelle Leben der Siebenbürger Rumänen nahm dadurch einen großen Aufschwung, da ihnen nunmehr sämtliche Mittel der Entwicklung zur Verfügung standen. Dies wird von den Rumänen selbst anerkannt, wie es u. a. auch die vom jetzigen Universitätsprofessor in Kolozsvár (Klausenburg), Ghibu Onisifor verfaßten Bücher: „Viata si organizatia bisericeasca din Transilvania si Ungaria.“ „Scoala romaneasca din Transilvani si Ungheria“ bezeigen. Ihn kann wohl niemand der Voreingenommenheit zugunsten des Ungartums bezichtigen, da er während des Weltkriegs seine Amtsstelle als Schulinspektor in Siebenbürgen in Stich ließ und nach Rumänien flüchtete, von wo er eine heftige propagandistische Tätigkeit gegen Ungarn entfaltete. Seitdem er zum Professor an der Kolozsvärer Universität ernannt wurde, ist sein ganzes Bestreben darauf gerichtet, den ungarischen minderheitlichen Kirchen, die ihnen noch verbliebenen kulturellen Mittel zu entwenden, und in dieser Hinsicht ging er so weit, daß er auf seine eigene Initiative und Verantwortung das gesamte Vermögen des Nagyvárad (Großwardeiner) römisch-katholischen Prämonstratenserordens mit Beschlag belegen, beziehungsweise grundbücherlich auf den Staat übertragen ließ. Dieser Ghibu schrieb über die Lage der ungarländischen Rumänen folgendes: „Die ungarländische und siebenbürgische rumänische griechisch-orientalische Kirche, als autonome Kirche, verwaltet und führt gemäß ihren in dem Gesetzartikel IX:1868 zugesicherten Recht ihre kirchlichen, Schul- und Stiftungsangelegenheiten in allen ihren wesentlichen Teilen und Organen bei voller Wahrung des allerhöchsten Aufsichtsrechtes Seiner Majestät, selbst und unabhängig, dem Repräsentationssystem entsprechend.“ „Dem Schulinspektor steht kein unmittelbares Verfügungsrecht über unsere Schulen zu.“

„Was die Anstellung der Lehrkräfte betrifft, so wählt diese bei den Brassóer (Kronstädter) und Brader rumänischen griechisch-orientalischen Gymnasien die

Ephorie und das Konsistorium bestätigt sie; bei dem griechisch-katholischen Lyzeum wählen die Konsistorien die Lehrkräfte und beim Naszóder Lyzeum ernennt sie der Unterrichtsminister auf Vorschlag des Ausschusses des Militärgrenzfonds. Bei den übrigen konfessionellen Schulen werden die Lehrkräfte von den Konsistorien gewählt, während die Lehrkräfte der Staatsschulen der Unterrichtsminister ernennt."

"Die Konfessionen melden die Errichtung von Schulen einfach an und sind nicht verhalten um vorherige Bewilligung einzukommen."

"Laut Gesetzartikel XXXVIII:1868 können die Eltern ihre Kinder in jeder beliebigen Schule unterrichten lassen."

"Die Unterrichtssprache und den Lehrplan bestimmt der Schulerhalter."

"Die Seelenzahl der Gläubigen der orthodoxen rumänischen Kirche betrug im Jahre 1913 rund 1.875.000. Die Kirche erhielt zur Erhaltung der Konsistorien und Priesterseminarien eine jährliche Staatssubvention von 179.000 Kronen. Die Kongrua (die vom Staat den orthodoxen rumänischen Geistlichen gewährte Gehaltzulage) macht alljährlich 3.000.000 Kronen aus, und die den Elementarschulen bewilligte jährliche Staatssubvention 1.500.000 Kronen. Die rumänischen Mittelschullehrer genießen eine jährliche Gehaltzulage von 21.000 Kronen. Diese Kirche erhält 1536 Elementarschulen mit 1780 Lehrern, bzw. Lehrerinnen, ferner 6 Mittelschulen und ein Internat."

"Die rumänische griechisch-katholische Kirche hat insgesamt 1475 Parochien und 1600 Filialkirchen, 1146 Elementarschulen mit 1120 Lehrkräften und 9 Mittelschulen. Kongrua (Gehaltzulage) und sonstige Staatsbeiträge erhalten die griechisch-katholischen Rumänen in demselben Ausmaß, wie die griechisch-orientalischen."

"In den rumänischen konfessionellen Schulen wird der Unterricht ausnahmslos in rumänischer Sprache erteilt."

"Durch Gesetzartikel XVIII.:1879 wurde der verpflichtende Unterricht der ungarischen Sprache auch in den rumänischen konfessionellen Schulen eingeführt. (Vorher war die ungarische Sprache aus diesen Schulen verbannt.)"

„Durch Gesetzartikel XXVII.:1907 (lex Apponyi) wurden Lehrer der konfessionellen Schulen öffentliche und zur Ablegung des ungarischen Amtseides verpflichtete Beamte. In den ungeteilten Schulen war der Unterricht der ungarischen Sprache in wöchentlich 13 Stunden, in den sechsklassigen Volksschulen hingegen in wöchentlich 39 *Stunden* obligatorisch. Der Staat unterstützt auch die konfessionellen Schulen, wenn sie den von ihm gestellten Bedingungen entsprechen (entsprechende Schulräume, befähigte Lehrkräfte, Fortschritt in der ungarischen Sprache und patriotische Erziehung), in diesem Fall stellt jedoch der Staat den Lehrplan von 5 Lehrgegenständen (ungarische Sprache, Geschichte, Geographie, Verfassungslehre und Rechnen) fest.“

Bezüglich der Auslegung der lex Apponyi führt die am 30. Sept. 1910 unter Zahl 11.410 erlassene Verordnung der siebenbürgischen rumänischen erzbischöflichen Oberdiözese folgendes aus: „Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit auf §. 20 des Gesetzartikels XXVII.:1907, den manche falsch so auslegen, als müßten in den vom Staate subventionierten Schulen auch die Lehrgegenstände: Rechnen, Geschichte, Geographie und Verfassungslehre in ungarischer Sprache unterrichtet und beim Unterricht dieser Lehrgegenstände ungarische Schulbücher gebraucht werden. Diese Auslegung ist grundfalsch. In den griechisch-katholischen rumänischen konfessionellen Schulen ist die Unterrichtssprache im Sinne des §. 18 des Gesetzartikels XXVII.:1907 die Amtssprache der Kirche, also das Rumänische. *Sämtliche Lehrgegenstände sind daher in allen konfessionellen Schulen, ganz gleich, ob sie vom Staat subventioniert werden oder nicht, in rumänischer Sprache zu unterrichten*, mit Ausnahme der ungarischen Sprache, bei deren Unterricht gewisse Teile der Geschichte, der Bürgerkunde und des Rechnens zu unterrichten sind. All das, was aus diesen Lehrgegenständen ungarisch unterrichtet wird, darf so nur dann gelehrt werden, wenn es vorher, während der betreffenden Lehrstunden bereits in rumänischer Sprache unterrichtet wurde. Alldies kann daher nicht in den Lehrstunden für Rechnen, Geschichte, Geographie und Verfassungslehre unterrichtet werden, da in diesen Schulstunden

nur rumänisch gelehrt werden darf; sondern ausschließlich nur während der zahlreichen Lehrstunden für ungarische Sprache. Sämtliche Lehrbücher sind in rumänischer Sprache abgefaßt und doppelsprachige Lehrbücher, die den Unterricht sozusagen mechanisieren, sind völlig ausgeschlossen. Unsere Schulen sind nicht zweisprachige, sondern im Sinne des Gesetzes „Schulen mit rumänischer Unterrichtssprache“ und rein rumänisch müssen auch die in diesen Schulen gebrauchten Lehrbücher sein. Das Gesetz fordert nicht, daß sämtliche in unseren Schulen gebrauchten Lehrbücher vom Unterrichtsministerium genehmigt werden müssen; es verlangt lediglich, daß die Handbücher für Mathematik, Geographie, Geschichte und Verfassungslehre, die in den vom Staate subventionierten Schulen gebraucht werden, vom Ministerium zu approbieren sind. In den vom Staate nicht subventionierten Schulen ist die ministerielle Genehmigung nur für das Lehrbuch der ungarischen Sprache vorgeschrieben.“

Aus diesen den Büchern Ghibu Onisifors entnommenen Zitaten und aus der erwähnten Verordnung der siebenbürgischen griechisch-orientalischen rumänischen erzbischöflichen Oberdiözese läßt sich folgendes feststellen:

1. Die Unterrichtssprache der rumänischen Schulen war das Rumänische; Rechnen, Geschichte, Geographie und Bürgerkunde wurden in den für den Unterricht der ungarischen Sprache bestimmten Lehrstunden nicht als selbständige Lehrgegenstände, sondern bloß als Sprachübungsstoff vorgetragen und auch das wurde in der Praxis so durchgeführt, daß diese Lehrgegenstände in den für sie bestimmten Lehrstunden zuerst rumänisch unterrichtet wurden, worauf der so erlernte Lehrstoff gleichsam als Übersetzungs- und Konversationsübung in den für die ungarische Sprache vorgeschriebenen Lehrstunden wiederholt wurde.

2. Schulen konnten ungehindert errichtet und eröffnet werden. Die Kirchen besaßen eine weitgehende Selbstverwaltung.

3. Die konfessionellen Schulen und die Geistlichen der Kirchen erhielten vom Staate erhebliche Subventionen, beziehungsweise Gehaltzulagen.

4. Die Kirchen wurden vom Staate in ihrem Wir-

ken nicht gestört und konnten ihre Tätigkeit frei ausüben.

5. Die Grundbesitze der Kirchen wurden vom Staat nicht angetastet.

6. Die Bischöfe der einzelnen Kirchen, bzw. Konfessionen waren von Amts wegen Mitglieder des ungarischen Oberhauses.

Das historische Ungarn hat demnach stets getreulich seine Berufung erfüllt durch seinen Dienst an der Zivilisation und dem Fortschritt, wie auch dadurch, daß es die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Nationalitäten ermöglichte. Die Einrichtungen des ungarischen Staates und das ungarische Regime, wie auch die Institutionen Siebenbürgens haben das siebenbürgische Rumänentum auf eine solche Stufe der Zivilisation emporgehoben, die jener der Siebenbürger Ungarn und Sachsen zwar nicht ebenbürtig ist, jedoch das Kultur-niveau der im Altkönigreich (Regat) ansässigen Rumänen weit übertrifft. Diese unsere Feststellung wird ebenfalls von Ghibu Onisifor bestätigt, der in seinen Schriften (= „Viata si organizatia bisericeasca si scolare in Transilvania si Ungheria“, Bucuresti, 1915, pag. 164, und „Scola romaneasca“, 1915, pag. 37) sich mit dem Schulwesen der Siebenbürger Rumänen befaßte. Aus diesen Schriften läßt sich nachweisen daß im Jahre 1914 unter ungarischer Herrschaft auf je 1016 Seelen je eine Schule mit rumänischer Unterrichtssprache entfiel. Auf je 945 Einwohner griechisch-orientalischer Konfession entfiel je ein griechisch-orientalischer Lehrer, wobei zu bemerken ist, daß das Gehalt dieser Lehrkräfte zum großen Teil, für sämtliche griechisch-orientalischen rumänischen Lehrkräfte bis über ein Drittel vom ungarischen Staate bezahlt wurde. Im selben Jahre entfiel in Altrumänien auf je 1418 Einwohner je eine Schule. („Anuarul Statistic al Romaniei“, 1924, pag. 10 und 234.)

3. Was haben die Rumänen den Ungarn gegeben?

Das sich im Laufe der Jahrhunderte schön entwickelnde Kulturleben Siebenbürgens wurde infolge des Trianoner Friedensdiktates durch die Abtrennung dieses Gebietes von Ungarn und seine Angliederung an das

auf einer tieferen Kulturstufe stehende Rumänien zugrunde gerichtet. Die Regierungen Großrumäniens stellten sich auch in der Kulturpolitik auf die Grundlage des Nivellierens und boten alles auf, um das höhere Kulturniveau Siebenbürgens auf das niedrigere des Regats herabzusetzen. Die in Gyulafehérvár (Karlsburg) abgehaltene „Nationalversammlung“, in der das siebenbürgische Rumänentum den Anschluß an Rumänien beschloß, hat sämtlichen Völkern Siebenbürgens volle nationale Freiheit, außerdem demokratische Einrichtungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, namentlich das allgemeine, gleiche, unmittelbare, geheime und sich auch auf die Frauen erstreckende Wahlrecht und die freie Propagierung aller menschlichen Ideen versprochen und zugesichert. Überdies haben auch die Minderheitenschutzverträge die Rechte der an Rumänien angeschlossenen nationalen Minderheiten gewährleistet. Trotz dieser Zusicherungen haben die rumänischen Regierungen sowohl den Gyulafehérvärer Beschluß, als auch die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages mißachtet und die fast zweiundzwanzigjährige rumänische Herrschaft hat das kulturelle und religiöse Leben der siebenbürgischen nationalen Minderheiten vollkommen zugrunde gerichtet.

Schon das im Jahre 1923 publizierte Verfassungsgesetz enthält bezüglich der Ausübung der Religion folgende Bestimmungen:

Die Gewissensfreiheit ist unbeschränkt (§. 22).

Der Staat sichert sämtlichen Konfessionen die gleiche Freiheit und den gleichen Schutz, wofern ihre Ausübung nicht gegen die öffentliche Ordnung, die guten Sitten und das Verfassungsgesetz verstößt.

Die griechisch-orientalische (orthodoxe) und die griechisch-katholische Kirche sind rumänische Kirchen.

Da die griechisch-orientalische Kirche die Religion der großen Mehrheit der Rumänen vertritt ist sie die Staatskirche im rumänischen Staat. Der griechisch-katholischen Kirche aber steht der Vorrang vor allen anderen Konfessionen zu.

Dieser Gesetzartikel enthält einen inneren Widerspruch, indem er einerseits die gleiche Freiheit und den gleichen Schutz sämtlicher Konfessionen hervorhebt, andererseits aber einen überaus wichtigen Unterschied

zwischen den einzelnen Konfessionen macht — der orthodoxen rumänischen Kirche den Rang und die Vorrechte einer Staatskirche verleiht und der griechisch-katholischen Kirche allen anderen Konfessionen gegenüber das Prioritätsrecht erteilt.

Das rumänische Verfassungsgesetz hat also für die einzelnen Konfessionen in staatsrechtlicher Beziehung eine gewisse Rangstufe festgesetzt, an deren Spitze, alle anderen Konfessionen weit überflügelnd, die als Staatskirche anerkannte orthodoxe rumänische Kirche steht, der im Range die rumänische griechisch-katholische Kirche folgt, deren wichtigstes Vorrecht in der sich auf ihre sämtlichen Bischöfe erstreckenden parlamentarischen Vertretung besteht, während die übrigen Konfessionen der den beiden rumänischen Kirchen gewährten Vorrechte nicht teilhaftig wurden, rechtlich daher in eine wesentlich inferiore Lage gerieten. Die katholischen und protestantischen Bischöfe sind nicht von Rechts wegen Mitglieder des Senats, wie sämtliche Bischöfe der griechisch-orientalischen und der griechisch-katholischen rumänischen Kirche, die auch in Ungarn ohne Ausnahme Mitglieder des Oberhauses waren.

Die rumänische Regierung und die rumänische griechisch-orientalische Kirche gingen in ihrer Unduldsamkeit so weit, daß sie sogar gegen die griechisch-katholische Kirche Übergriffe verübten. Die Wegnahme griechisch-katholischer Kirchen und deren Übergabe an die griechisch-orientalische Kirche, zuweilen mit Hilfe der Behörden, mitunter aber im Wege des gewalttätigen Vorgehens der rumänischen griechisch-orientalischen Geistlichkeit war sozusagen an der Tagesordnung. In der im Komitate Hunyad gelegenen Gemeinde Pojana vertrieb der orthodoxe Priester mit Beihilfe seiner Gläubigen den griechisch-katholischen Geistlichen und ließ die griechisch-katholische Kirche niederreißen. Die Kirche der griechisch-katholischen Ruthenen der Gemeinde Suceava wurde den Gläubigen auf Grund einer Verordnung des Ministerrates weggenommen und der griechisch-orientalischen rumänischen Kirche zur Verfügung gestellt. Der Maramaroscher griechisch-katholische Bischof Russu stellte deswegen in der Senatssitzung vom 30. Jänner 1937 eine Anfrage an die Regierung, der Interpellant wurde jedoch niedergeschrien und

russischer Irredenta beschuldigt. Nach alledem kann man sich wohl leicht vorstellen, wie die anderen Konfessionen behandelt wurden!

Das Gesetz über Kultusangelegenheiten vom Jahre 1928 enthält solche Bestimmungen den nicht rumänischen Kirchen gegenüber, durch welche diese alten freien Kirchen auf das Niveau der geduldeten Kirchen herabgesetzt wurden. Dieses Gesetz berechtigt den Staat, sich in die Verwaltung der einzelnen Konfessionen, in ihre wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten einzumischen, die Liebesgaben der ausländischen Glaubensgenossen zu erschweren, ja sogar, wie es in der Begründung des Gesetzes prahlerisch betont wird, zu verbieten, die Opferwilligkeit der Gläubigen einzuschränken, die Urteile der geistlichen Gerichte abzuschwächen, das ausschließliche Recht der Kirchen auf Religionsunterricht in Frage zu stellen und in den Kirchensteuerangelegenheiten das Ansehen der Kirchen zu erschüttern.

Der rumänische Staat hat mit dem Heiligen Stuhl am 10. Mai 1927 ein Konkordat abgeschlossen. Dieses Abkommen bedeutete indes eine neue Reihe von Entrechtungen für die siebenbürgische römisch-katholische Kirche. Durch dasselbe wurde das von König Ladislaus dem Heiligen gegründete Nagyvárad (Großwardeiner) Bistum aufgehoben und in das Szatmárer Bistum einverleibt. Die von Stefan dem Heiligen gegründeten neunhundertjährigen Csanáder und Siebenbürger Bistümer mit ihren 450.000, beziehungsweise 350.000 Gläubigen wurden dem kaum 10.000 Gläubige zählenden, der Seele und der Sprache nach fremden, neu errichteten Bukarester Erzbistum untergeordnet. Es führte außerdem eine gemeinsame Vermögensverwaltung mit der griechisch-katholischen Kirche ein, die vor dem Imperiumwechsel von einer solchen Lösung überhaupt nichts wissen wollte. In den Ordensschulen mit seit uralten Zeiten ungarischer Unterrichtssprache wurde auf Grund dieses Konkordats die rumänische Unterrichtssprache eingeführt.

In eine ebenso schwierige Lage gerieten auch die siebenbürgischen protestantischen Kirchen. Die uralte Autonomie der siebenbürgischen protestantischen Kirchen hat sich im Laufe von Jahrhunderten ausgestaltet

und der Staat hatte die freie Tätigkeit dieser Kirchen in keiner Weise behindert. Nach dem Umbruch hat jedoch Rumänien im Wege der Gesetzgebung und im autonomiefeindlichen Geiste des Altkönigreiches das Wirken der drei protestantischen Kirchen in Siebenbürgen gestört und gehemmt. Der Staat kontrollierte die Versammlungen der Kirchengemeinden, ja sogar auch die Gottesdienste. Eine äußerst wichtige Aufgabe der protestantischen Kirchen und der katholischen Kirche bestand in der Errichtung und Erhaltung von Schulen. In der Erfüllung dieser Aufgabe wurden und werden jedoch die minderheitlichen Kirchen von den rumänischen Behörden fortwährend dermaßen behindert, daß sie ihrer diesbezüglichen Verpflichtung fast gar nicht nachkommen können.

Das rumänische Regime hat sich die materielle Ruinierung der minderheitlichen Kirchen zum Ziel gesetzt, damit sie nicht mehr in der Lage seien, Schulen zu errichten. Dieses Ziel hat es namentlich durch die berüchtigte rumänische Bodenreform erreicht. Von den 290.649 Katastraljoch betragenden Liegenschaften der vier römisch-katholischen Bistümer wurden nicht weniger als 277.645 Katastraljoch, also 95,5 v. H. enteignet. Von dem 81.106 Katastraljoch ausmachenden Grundbesitz der protestantischen Kirchen wurden 36.686 Katastraljoch, mithin 45,23 v. H., für die Zwecke der Bodenreform in Anspruch genommen. Die katholische Kirche und die protestantischen Kirchen haben demnach einen Verlust von 84,5 v. H. erlitten.

Die rumänischen Regierungen haben jedoch nicht nur mittels der Vermögensentziehung die Erhaltung und die Tätigkeit der konfessionellen Schulen unmöglich gemacht, sondern auch durch gesetzliche Maßnahmen, ohne Rücksicht darauf, daß Rumänien am 19. Dezember 1919 in Paris den Minderheitenschutzvertrag unterzeichnet hat, dessen 9. Artikel eindeutig und entschieden bestimmt, „daß den Minderheiten das Recht zusteht, auf ihre eigenen Kosten Wohltätigkeits-, religiöse und soziale Institutionen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu leiten und zu beaufsichtigen, mit dem Recht, daß sie in diesen ihre Sprache frei gebrauchen und ihre Religion frei ausüben können.“ In schärfstem Gegensatz zu diesen Bestimmungen stehen die im

Jahre 1923 unter Zahl 100.088 und 100.090 vom damaligen Unterrichtsminister Anghelescu erlassenen Verordnungen, durch die nebst der rumänischen Sprache auch der verbindliche rumänische Unterricht der Geschichte und der Geographie in die konfessionellen Schulen eingeführt wurde. Der Geist dieser Verordnungen gelangt auch im Elementarschulgesetz vom Jahre 1924 zur Geltung, indem die Vollzugsverordnung zu diesem Gesetz bestimmt, daß in den vier unteren Klassen der siebenklassigen Volksschulen außer der rumänischen Sprache auch die Geographie, die Geschichte und die Verfassungslehre, in den drei oberen Klassen aber sämtliche Lehrgegenstände in rumänischer Sprache zu unterrichten sind. Dadurch wurde gerade im wichtigsten Teil des Volksschulunterrichtes auch in den konfessionellen Schulen der Unterricht in rumänischer Sprache systemisiert.

Noch größeren Abbruch tat dem minderheitlichen Schulunterricht die in §. 7. des Gesetzes enthaltene Bestimmung, daß jene Staatsbürger rumänischer Abstammung, die ihre Muttersprache „eingebüßt“ (vergessen) haben, ihre Kinder nur in rumänische Schulen schicken dürfen. Aus diesem Paragraphen entstand die berühmte Namensanalyse. Rumänische Verwaltungsbeamte entschieden, daß gewisse Schüler die ungarische Schule nicht besuchen dürfen, weil ihr Name keinen ungarischen Klang habe. Auf diese Weise wurden also jene Schüler ungarischer Abstammung, deren Eltern sich zum Ungartum bekannten, gegen ihren und ihrer Eltern Willen am Besuch der ungarischen Schulen verhindert. Bezüglich des konfessionellen Schulunterrichts enthält das Gesetz vom Jahre 1925 über den Privatunterricht eine weitere rechtswidrige Bestimmung, durch welche sämtliche nicht staatlichen, also die konfessionellen Gemeindeschulen usw. in die Kategorie der Privatschulen eingereiht, die Errichtung solcher Lehranstalten von der Genehmigung des Unterrichtsministers abhängig gemacht und ihre Tätigkeit unter dessen Kontrolle gestellt wurden. Die Lehrerbildungsanstalten und Hochschulen wurden aus der Gruppe der Privatschulen herausgenommen mit der gleichzeitigen Bestimmung, daß künftighin nur der Staat solche Lehranstalten errichten darf. In den Privatschulen dürfen nur ministeriell ge-

nehmigte Lehrbücher gebraucht werden, wie auch im Verkehr mit den Behörden nur die rumänische Sprache zulässig ist. Diese Schulen konnten überdies keine staatsgültigen Zeugnisse ausstellen. Den Schulen, die sämtlichen Bedingungen des Gesetzes entsprechen, konnte der Minister besonders das Öffentlichkeitsrecht erteilen. Dieses Gesetz hat also die konfessionellen Schulen in jeder Beziehung dem willkürlichen Eingriff des rumänischen Staates ausgeliefert, das Recht auf Gebrauch der Muttersprache auf ein Mindestmaß beschränkt und in vielen Fällen sogar zunichte gemacht. Die Schüler wurden durch die rücksichtslose Anwendung der Namensanalyse von den Minderheitsschulen fern gehalten und der Fortbestand dieser Schulen von der Laune und dem Gutdünken des Ministers und der Behörden abhängig gemacht. Es ist daher nicht zu verwundern, daß dieses drakonische Gesetz sogar von Rumänen verurteilt wurde. In der Folge des Adeverul vom 27. Mai 1925 äußerte sich ein rumänischer Oberlehrer über das auf die Privatschulen bezügliche Gesetz folgendermaßen: „Dieses Gesetz enthält Bestimmungen, die während der ungarischen Herrschaft die rumänischen Schulen in Siebenbürgen nicht gekannt haben. Es sieht Maßnahmen vor, die keine Rücksicht auf pädagogische Grundsätze nehmen und deren Anwendung für die minderheitszugehörigen Kinder eine wahre Seelenpein bedeutet. Die Einschränkungen und Verbote sind so zahlreich, daß man stellenweise den Eindruck hat, die Vorschriften eines Gefängnisses zu lesen.“

Die Organisation und die Prüfungsordnung der rumänischen Mittelschulen wurden im Laufe der Jahre 1925—34 mehrmals abgeändert. Von diesen Abänderungen sei hier das berüchtigte Baccalaureatsgesetz vom Jahre 1925 erwähnt, durch das an Stelle der früheren Reifeprüfungen das sogenannte Baccalaureat eingeführt wurde. Diese Prüfung mußte nicht vor einem aus den Oberlehrern der betreffenden Mittelschule zusammengesetzten, sondern vor einem vom Unterrichtsminister ad hoc eingesetzten Prüfungsausschuß im Amtssitz der Oberstudiendirektors abgelegt werden. Ein jeder dieser Ausschüsse bestand aus sieben Mitgliedern, von denen sechs aus der Reihe der an den staatlichen Lyzeen wirkenden Oberlehrern ernannt wurden. Das siebente Mit-

glied wurde aus der Reihe der Universitätsprofessoren oder ehemaliger Oberstudiendirektoren ernannt. Das letztere Mitglied war zugleich Vorsitzender des Prüfungsausschusses. Sowohl die schriftliche, als auch die mündliche Prüfung kann aus rumänischer Sprache und Literatur, aus rumänischer Geschichte, aus der Geographie und Verfassungslehre Rumäniens, also auch den sogenannten nationalen Lehrgegenständen nur in rumänischer Sprache abgelegt werden. Dazu kommen noch nebst einer modernen Sprache zwei andere Lehrgegenstände, die der von Schüler absolvierten Abteilung der Mittelschule entsprechen. Jene Schüler, die ein Lyzeum mit nicht rumänischer Unterrichtssprache absolvierten, können die Prüfung aus den beiden letzteren Lehrgegenständen in ihrer Muttersprache ablegen. Gleich im ersten Jahr meldeten sich in Siebenbürgen vor 8 Prüfungsausschüssen 516 rumänische Schüler zur Prüfung, von denen 188, also 34.4 v. H. durchfielen. Von den ungarischen Schülern meldeten sich 431, von denen nicht weniger als 316, demnach 73.3 v. H. durchfielen. Dieses Ergebnis deckt das eigentliche Ziel des Gesetzes auf, das die Schüler ungarischer Volkszugehörigkeit vor fast unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt hat.

Die sonstigen Bestimmungen beiseite lassend, erwähnen wir noch das eine, daß Anghelescu im Jahre 1934 das Mittelschulgesetz abermals abgeändert hat. Die am 27. Juli 1934 erlassene Vollzugsverordnung zu diesem neuen Gesetz hat den Gebrauch der Muttersprache durch die Verfügung restlos eingestellt, daß die ungarische Sprache bei den Baccalaureatsprüfungen fortan nicht einmal als Aushilfssprache zulässig sei.

Den Gebrauch der Minderheitssprachen haben die rumänischen Regierungen nicht nur in den Schulen, sondern auch in der Verwaltung, im öffentlichen Leben und sogar auch im Privatleben eingeschränkt, u. z. nicht nur den Ungarn, sondern auch den anderen nationalen Minderheiten gegenüber. Dr. Hans Otto Roth, der Führer der Parlamentsgruppe der Deutschen in Rumänien, gab am 29. Feber 1936 im rumänischen Abgeordnetenhaus folgende Erklärung ab: „Die Siebenbürger Sachsen leben seit 800 Jahren in Siebenbürgen und während die-

ser Zeit wurden sie niemals am freien Gebrauch ihrer Muttersprache behindert."

Auch der Hochschulunterricht wird nur in rumänischer Sprache erteilt, da die rumänische Regierung sogleich nach dem Umsturz die ungarische Universität zu Kolozsvár (Klausenburg) in Besitz nahm. Hierzu ist noch zu bemerken, daß die an ungarischen Universitäten erworbenen Diplome in Rumänien nicht nostrifiziert werden.

Die Ausrottung der ungarischen Sprache und die Rumänisierung bezweckt die Errichtung der sogenannten Kulturzone. Durch die im Jahre 1924 unter Zahl 40.771 erlassene Verordnung wurden die an der Westgrenze gelegenen Gebiete und die fast reinungarischen Komitate Csik, Háromszék, Udvarhely und Marostorda als Kulturzone bezeichnet, in der die rumänischen Lehrer eine weitaus größere Tätigkeit entfalten müssen, wofür sie dann auch besser entlohnt werden. Diese Verordnung wurde auch in das Gesetz über die staatlichen Elementarschulen als §. 159 aufgenommen. Das Ziel der Errichtung der Kulturzone ist folgendes: Die bevorzugten Lehrer sind nicht in den von Rumänen, sondern in den von Minderheiten bewohnten Gebieten errichteten und von ungarischen Schülern besuchten staatlichen Schulen tätig. Diese Schulen sind durchwegs rumänische Lehranstalten und die Pflicht der dort angestellten Lehrer besteht in der Rumänisierung der zum Besuch dieser Schulen gezwungenen ungarischen Schüler. Da in Siebenbürgen die anständigen rumänischen Lehrer sich nicht allzu sehr für die ihnen zugedachte Rolle der rücksichtslosen Rumänisierung begeisterten, wurden Lehrer aus dem Regat mittels allerlei Begünstigungen in die Gebiete der Kulturzone hereingelockt. Die Regierung stellt also in den Schulen rein ungarischer Gegenden rumänische Lehrer aus dem Altkönigreich an, die kein Wort ungarisch verstehen. Die Unhaltbarkeit dieser Lage haben zuweilen auch rumänische Fachmänner eingesehen. Der Revisor für Schulangelegenheiten des Komitats Marostorda schreibt in seinem Bericht über das Schuljahr 1924—25, daß die Zahl der Lehrer im Komitate innerhalb eines Jahres um beinahe 50 v. H. zugenommen habe, was darin seine Erklärung findet, daß die Lehrer aus dem Altkönigreich — wenn sie nach

Siebenbürgen versetzt werden —, mit Vorliebe die Kulturzone wählen. „Die Erfahrungen des vergangenen Jahres bezeugen jedoch, daß diese Ernennungen durchaus verfehlt sind, da in Gemeinden, wo außer dem Notar und vielleicht auch den Gendarmen kein Mensch rumänisch kann, der ungarischen Sprache völlig unkundige Lehrer entsendet werden, die zudem weder die Sitten, noch die Gesinnung und die Seele des Volkes kennen, in dessen Kreis sie ihre Tätigkeit ausüben sollen. Wenn daher ein solcher Lehrer gewissenhaft war, so zappelte er, wie ein aufs Land geworfener Fisch, um sich mit den Kindern irgendwie zu verständigen, letzten Endes mußte er dennoch melden, daß hier alles vergeblich sei, denn die Kinder können einfach nicht rumänisch... Diese Lehrer, die in Vertretung der allgemeinen nationalen Interessen an der Spitze jeder Aktion stehen sollten, fühlen sich also in ihren Dörfern verlassen und sind ganz auf sich selbst angewiesen.“

„Nur zur Zeit der Zaren gab es solche Maßnahmen — sagte der bessarabische Abgeordnete Policar Bețianu — da die nach Sibirien entsandten Lehrkräfte verschiedene Vorteile genossen. Bessarabien liegt aber nicht in Sibirien.“

Das galt bis zur rumänischen Herrschaft auch für Siebenbürgen.

Diese Vergewaltigungen auf dem Gebiete des Schulwesens wurden durch den Vandalismus ergänzt, mit dem die Denkmäler, Standbilder usw. zahlreicher großen Gestalten und Schöpfungen der ungarischen Geschichte zertrümmert und vernichtet wurden. Bereits am 13. Mai 1919 wurde die Marosvásárhelyer Petőfi-Statue entfernt. Am 18. August 1920 wurde in Nagyszalonta die Statue des großen ungarischen Freiheitshelden Ludwig Kossuth zerstört. Am 1. März 1921 wurde in Kolozsvár vom Elternhaus des großen Königs Matthias die ungarische Gedenktafel entfernt. Am 25. März desselben Jahres wurde in Nagyvárad das Standbild Ludwig Kossuths zertrümmert, am 7. Mai in Kolozsvár die Büste Stefan Széchenyis vom Brunnen auf dem Széchenyi-Platz entfernt und am 19. Oktober in Máramarossziget das Honvéddenkmal der Helden des Freiheitskampfes 1848/49 zerstört. Am 21. April 1923 ließ der Arader Stadtrat die geschichtlichen Gedenktafeln vom Kulturpalast ent-

fernen. Am 1. Jänner 1924 wurde in Nyárádszereda die Statue des siebenbürgischen Fürsten Bocskai zerstört. Am 2. Juli 1925 wurde auf Ministerialverordnung das Denkmal der Arader 13 Blutzeugen und das Standbild Kossuths abgetragen. Am 26. September 1936 wurden die in der Mauer der Szatmárer Domkirche aufgestellten Standbilder Ladislaus des Heiligen und St. Stefans gestürzt und zertrümmert. Hier haben wir nur einige Beispiele für das barbarische Vorgehen der Rumänen angeführt. Man ist förmlich ratlos angesichts dieser vandalischen Zerstörungen. Das gilt jedoch nicht für das rumänische Volk, daß sehr wohl wußte, warum diese Untaten verübt wurden. Alle geschichtlichen Denkmäler, sämtliche Kirchen, Steine und Bäume Siebenbürgens erzählen von der ungarischen Kultur und der tausendjährigen ungarischen Geschichte. Selbst die Grabmäler in den Friedhöfen verkünden es, daß Siebenbürgen in seinen tausendjährigen sozialen Einrichtungen, in allen Belangen des Wirtschaftslebens und in der freien Entwicklung der Kultur ein ungarisches Land war.

Wir forschen in Siebenbürgen vergeblich nach rumänischen geschichtlichen Denkmälern, solche sind einfach nicht vorhanden. Gerade deshalb mußte aber ohne Nachsicht und Gnade alles vernichtet werden, was irgendwie an die tausendjährige ungarische Vergangenheit erinnerte. Das ungarische Theater mußte zugrunde gerichtet, und die ungarische Presse geknebelt werden, um zu verhindern, daß der Schmerz des ungarischen Volkes in Wort und Schrift zum Ausdruck gelange. Nur eines konnten die Rumänen nicht vernichten: die ungarische Literatur. Auf dem zwanzigjährigen ungarischen Leidensweg bildet das Aufblühen der ungarischen Belletristik die einzige erfreuliche Erscheinung. Die ungarischen literarischen Gesellschaften in Siebenbürgen: Helikon und Szépmíves Céh können ihren Aufschwung und das ungestörte Erscheinen ihrer Verlagswerke dem Umstand verdanken, daß sie behutsam all jene Themen und Ausdrücke vermieden, in welche man politische Tendenzen hineindeuten könnte, und lediglich künstlerischen Zielen huldigten.

Außer der Belletristik gibt es in dem unter rumänische Herrschaft gestellten Siebenbürgen kein einziges Arbeitsfeld der ungarischen Volksgruppe, das von den

Rumänen nicht bedroht und schwer geschädigt worden wäre. Wir sahen bereits, wie die Kirchen, Schulen und das Wirtschaftsleben der Minderheiten behandelt wurden. Dasselbe traurige Los wurde aber den Ungarn auch in der Verwaltung, der Rechtspflege, in ihren kulturellen und wirtschaftlichen Bewegungen, wie auch in der Ausübung ihrer politischen Rechte zuteil. Über die den Minderheiten auf diesen Gebieten zugefügten unermeßlichen Schäden haben unvoreingenommene ausländische Schriftsteller und Gelehrte bereits Bände geschrieben und von den Klagen und Beschwerden der unablässig bedrückten nationalen Minderheiten widerhallte über zwanzig Jahre hindurch ganz Europa. Es erübrigt sich daher, diese Fragen auch hier eingehend zu erörtern! Dies halten wir auch darum für unnötig, weil man von einem Volke, welches das Glaubensleben der unter seine Herrschaft geratenen Minderheiten mit Füßen tritt, das sich in ihre Kirchen drängt, den Gebrauch ihrer Muttersprache verhindert, ihre Schulen zugrunde richtet, ihre Kunstwerke vernichtet und sie ihrer wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten beraubt, gar nicht voraussetzen darf, daß es in anderen Belangen die Rechte der nationalen Minderheiten achten könnte. Großrumänien hat dies im Laufe der verflossenen 21 Jahre keiner einzigen Minderheit gegenüber getan. Es hat in den unter seine Herrschaft gelangten Gebieten durch die rücksichtslose Verfolgung der Minderheiten die Revolution gleichsam stabilisiert und damit seine Lebensunfähigkeit bezeugt. Es hat keinerlei Kultur in die ihm zugeteilten Gebiete hineingetragen; es hat — ganz im Gegenteil — die dort vorgefundene hohe Kultur zerstört; es hat weiters den Minderheiten keinen wirtschaftlichen Wohlstand gebracht, sondern ihnen den Bettelstab in die Hand gedrückt. Das rumänische politische Leben, die rumänische Verwaltung und die rumänische Rechtspflege haben die Minderheiten für den Staat nicht gewonnen, sondern der großrumänischen Staatsidee entfremdet. Die 21-jährige Geschichte Großrumäniens hat den Beweis erbracht, daß das rumänische Volk kein staatsbildendes und staats-erhaltendes Volk ist und daher keinen Rechtstitel dazu besitzt, Völker von höherer Kultur zu beherrschen.

4. Die rumänische Korruption.

Das rumänische Volk hat den unter seine Herrschaft gelangten Völkerschaften dennoch etwas gegeben: es hat sie mit der grenzenlosen rumänischen Korruption bekannt gemacht. Die Wurzeln dieser Korruption sind in der rumänischen Staatsverfassung selbst zu finden. Die ganze Einrichtung des rumänischen Staates beruht auf der Verfolgung der Minderheiten, die Verwaltung, die Justiz bedrückt überall die nationalen Minderheiten und die minderheitszugehörigen rumänischen Staatsbürger können selbst ihre geringfügigsten Angelegenheiten bei den rumänischen Behörden nur dann erledigen, wenn sie die rumänischen Beamten „für ihre Mühe“ entsprechend bezahlen. Das rumänische Bakschisch-System hat also der Staat selbst eingeführt und sozusagen institutionell ausgestaltet. Davon abgesehen, wurzelt die Korruption und deren Duldung tief in der rumänischen Volksseele. Die meisten bestochenen und defraudierenden öffentlichen Beamten und Politiker werden fast nie vor Gericht gestellt, wenn aber doch, so fällt die Vergeltung zumeist äußerst mild aus. Das haben nicht wir, sondern einzelne rumänische Politiker und Journalisten festgestellt, was auch aus nachstehenden Beispielen hervorgeht:

In einer im Oktober 1924 stattgefundenen Sitzung des rumänischen Abgeordnetenhauses führte Abgeordneter Stefanescu in seiner Interpellation u. a. folgendes aus: „Wegen des unzulänglichen Gehaltes sind die Beamten allerlei Versuchungen ausgesetzt. Manche nehmen sich an ihren Vorgesetzten ein Beispiel, entledigen sich jedes Schamgefühls und sogar der Angst vor der Strafe und machen aus ihrem Amt ein schmutziges Geschäft; sie nehmen jeden Betrag an, wickeln allerlei Geschäfte ab, um so größere je höher ihre Amtsstelle ist und je besser ihre politischen Verbindungen sind.“

Ein ansehnlicher rumänischer Journalist namens Konstantin Bacalbasa schrieb in der Folge des Blattes „Dimineata“ vom 9. September 1922 folgendes: „Seit Großrumänien entstand, vergeht kein Tag, keine Stunde, ja sogar keine Minute, ohne daß öffentliche Beamte, ganz gleich, ob subalterne Zivil- oder Militärbeamte, oder aber leitende Oberbeamte stehlen, unterschlagen,

einbrechen oder sonst eine Schurkerei begehen. Das ganze Land ist eine große Lasterhöhle, in der der Mensch niemals weiß, wem er die Hand reichen kann, ohne sich zu beschmutzen, eine Höhle, in der Zehntausende von verbrecherischen Umtrieben leben, von denen aber nur höchst selten einige bestraft werden."

Dr. Ludovic Ciato schreibt in seinem unter dem Titel „Die Minderheitenfrage in Rumanien" im Jahre 1924 erschienen Buch u. a. folgendes: „Meines Erachtens kennzeichnen den Begriff: Balkanismus namentlich zwei große Sünden, die auch das Gewissen unseres rumänischen Vaterlandes belasten: das Prügeln und der Bakschisch. Diese Laster fesseln gleichsam unsere Füße auf dem Wege nach dem Westen, nach dem Reich der Kultur, sie entfremden uns unsere Freunde und verschaffen uns Feinde sowohl im Inneren, als auch im Ausland."

In einer Märzfolge 1934 des Bukarester Tageblattes „Universul" befaßt sich ein Aufsatz unter dem Titel: „Das sündhafte System" mit dem Bericht, den die ausländischen Sachverständigen über die finanzielle Lage Rumäniens ausgearbeitet hatten. Das Blatt führt aus dem Bericht an, daß im rumänischen Budget für das Jahr 1932 die von den einzelnen Ministerien geschuldeten 21 Milliarden Lei unbeachtet gelassen wurden, von welchem Betrag 18 Milliarden Lei jene Defraudanten hätten ersetzen sollen, gegen die das gerichtliche Verfahren eingeleitet wurde. Das Blatt stellt noch fest, daß die ausländischen Sachverständigen sich riesig täuschen, wenn sie glauben, daß die unterschlagenen 18 Milliarden Lei jemals zurückgezahlt werden.

Aus dem Bericht des Universitätsprofessors Dr. Leon, der bei der Unterbreitung des rumänischen Etats für das Finanzjahr 1934/35 als Berichterstatter fungierte, führen wir nachstehendes an: „Die Unordnung und die Desorganisation unseres Staates haben bereits einen solchen Grad erreicht, daß aus der Staatskasse innerhalb einiger Wochen über $3\frac{1}{2}$ Milliarden Lei unterschlagen werden konnten."

Sapienti sat! Und zwar um so mehr, als die rumänische Korruption bereits in der ganzen Welt zur Genüge bekannt ist.

Schlußwort.

Die Liquidierung Großrumäniens hat nunmehr begonnen. Rußland hat Bessarabien zurückgenommen und zugleich auch die Nordbukowina besetzt. Noch zwei Gebiete sind unter rumänischer Herrschaft: die von Bulgarien abgetrennte Süddobrudscha und das von Ungarn losgerissene Großsiebenbürgen. Im Weltkrieg waren Ungarn und Bulgarien die Verbündeten Deutschlands und die Pariser Vorortsverträge haben diese beiden Staaten wie auch Deutschland sehr hart getroffen. Am schwersten wurde jedoch von den auf Irreführung, Verblendung und Rachsucht gebauten Friedensdiktaten Ungarn betroffen, dem 71.4 v. H. seines Gebietes entrissen wurden.

Von den von Ungarn abgetrennten Gebiete hat Rumänien den größten und wertvollsten Teil erhalten. Jenes Rumänien, das auch vor dem Weltkrieg und während desselben eine durch und durch heuchlerische Politik betrieb, das den Zentralmächten, seinen Verbündeten, aus Beutegier den Krieg erklärte, dann von diesen besiegt wurde und mit seinen früheren großmütigen Bundesgenossen Frieden schließen mußte. Die westlichen Großmächte haben also in den Pariser Vorortverträgen die Treulosigkeit und die Feigheit belohnt, da Rumänien sonst keinen Rechtstitel auf die ihm zuge teilten ungarischen Gebiete hatte.

Vom Gesichtspunkte des historischen Rechtes gehörte Siebenbürgen tausend Jahre hindurch Ungarn und die Geschichte des Fürstentums Siebenbürgen gehört zu den glänzendsten Abschnitten der ungarischen Geschichte. Auch von geographischem Gesichtspunkte

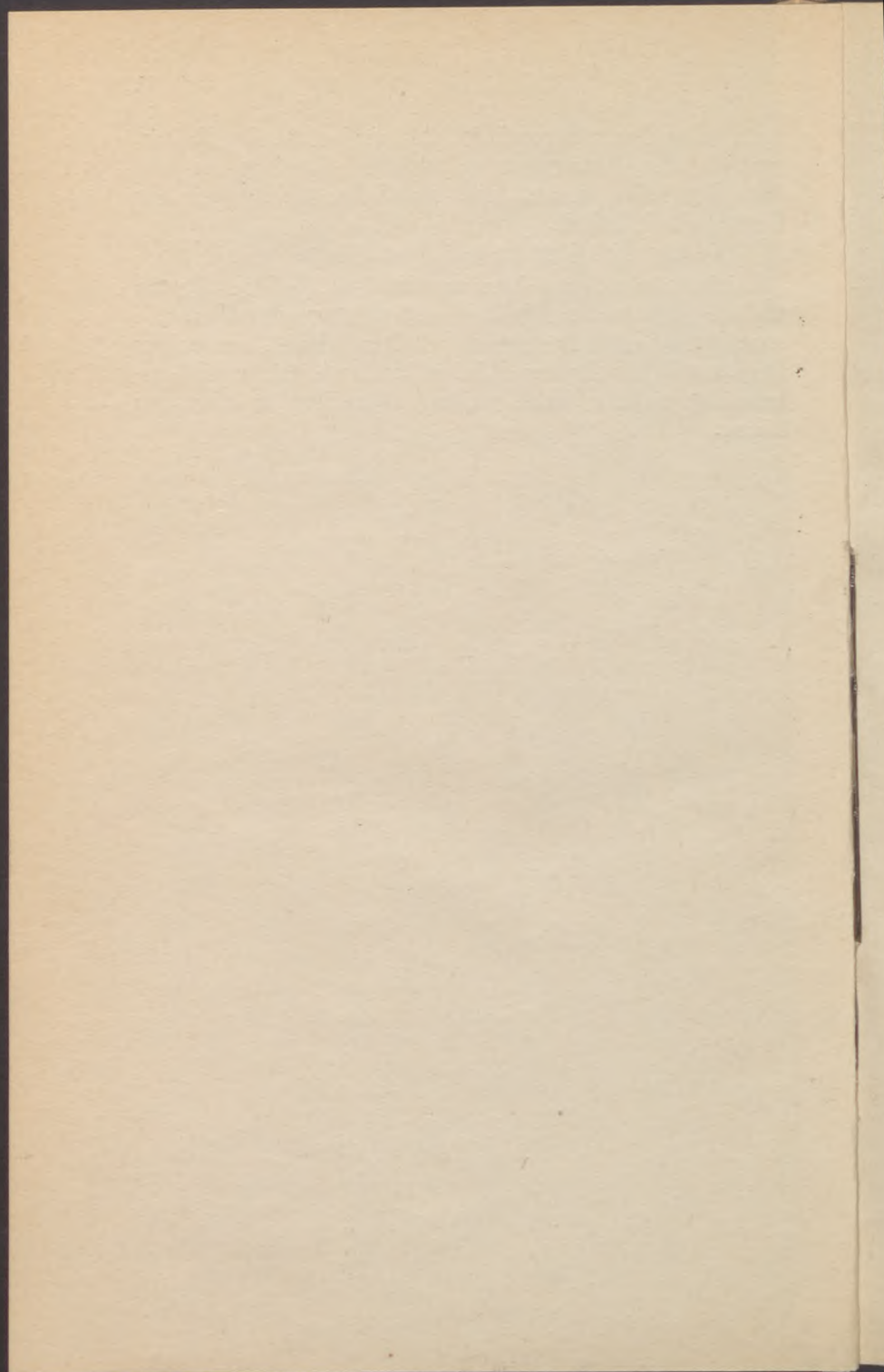
gehört Siebenbürgen zum Karpathenbecken und die hervorragendsten Geographen haben festgestellt, daß das Karpathenbecken die vollkommenste geographische Einheit Europas bildet. Durch wirtschaftliche Interessen ist Siebenbürgen ebenfalls auf das ungarische Tiefland angewiesen; sämtliche Straßen und Flüsse führen nach Ungarn. Die Naturschätze Siebenbürgens und die landwirtschaftliche Erzeugung des ungarischen Tieflandes ergänzen sich gegenseitig. Die ungarische Tiefebene versah Siebenbürgen mit Getreide, während Siebenbürgen dem ungarischen Tiefland Holz, Salz und Erze lieferte. Die ungarischen Regierungen haben zudem in Siebenbürgen eine blühende Industrie und einen hochentwickelten Handel geschaffen. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß es in erster Reihe ein Interesse Deutschlands und Italiens sei, daß die Verteidigung der Karpathenlinie Ungarn anvertraut werde. Ungarn hat tausend Jahre hindurch Westeuropa gegen die von Osten hereinbrechenden Gefahren verteidigt und will auch fürderhin seiner Berufung treu bleiben, es kann jedoch dieser Aufgabe nur dann gerecht werden, wenn es durch den mächtigen Wall der Karpathen geschützt wird. Ungarn hat jederzeit seine Pflicht der Kultur und der Menschheit gegenüber erfüllt und gerade Siebenbürgen war stets ein Hort und das klassische Land der Glaubensfreiheit und der Menschenrechte gewesen.

Alles, was die tausendjährige ungarische Herrschaft in Siebenbürgen auf wirtschaftlichem, kulturellem und religiösem Gebiet geschaffen, erbaut und entwickelt hat, wurde von der einundzwanzigjährigen rumänischen Herrschaft zerstört. Die tausendjährige geschichtliche Vergangenheit der ungarischen Nation bezeugt die staatsbildende und staaterhaltende Fähigkeit des Ungartums. Das ungarische Volk hat tausend Jahre hindurch seine Freiheit und Unabhängigkeit bewahrt und der ungarische Staat hat in diesem Raume Europas Jahrhunderte lang eine führende Rolle gespielt. Demgegenüber wurde das rumänische Volk, das

stets unter Fremdherrschaft lebte und nicht der Kultur, sondern der Korruption, nicht dem Frieden, sondern dem Unfrieden diente, erst im Jahre 1878 von der Knechtschaft befreit.

Die Gerechtigkeit ist auf dem Wege!

Die Neuordnung Europas wird in Bälde erfolgen und bei dieser Neuregelung muß Ungarn das ihm entrissene Siebenbürgen wiedererhalten, damit es seiner Berufung, die es tausend Jahre hindurch getreu und opfermütig erfüllte, auch weiterhin restlos entsprechen könne.



Bibliographie.

Alföldi A.: Magyarország népei és a római birodalom. Budapest, 1934.

Balla Ignác: Vecchia e nuova cultura di Transylvania. Federazione Italiana biblioteche Popolari. Milano.

Barabás Endre: Das erste Dezennium des Ungarischen Unterrichtswesens in Rumänien von 1918—1928. Husvéth & Hoffer. Lugoj, 1929.

Giacomo Bascapé: Le relazioni fra l'Italia e la Transylvania nel secolo XVI. Anonima Romana, Editoriale. Roma, 1931.

Luciano Berra: Vinti e vincitori nell'Europa Danubiana. L'Eroica. Milano.

Bethlen Elek gróf: Geschichtliche Darstellung des Deutschen Ordens in Siebenbürgen. Wien, 1831.

Bethlen I. gróf: A Mezőség és az erdélyi magyarság. Marosvásárhely, 1907.

Bethlen István gróf: L'Ungheria e l'Europa. Martucci, Milano.

Biró V.: Erdély követei a Portán. Kolozsvár, 1921.

Borbély Andor és Dr. Fall Endre: Román uralom Erdélyben. Magyar Revíziós Liga. Budapest, 1936.

Buday Árpád: Erdély földjének római kora. A történeti Erdély. Budapest, 1936.

Sergio de Cesare: Il problema Magiario. Anacreonte Chiurazzi & Figlio. Napoli.

Gino Cucchetti: L'Ungheria „La grande Mutilata.” Trimarchi, Palermo.

Aldo Dami: Les nouveaux martyrs. Destin des Minorités. Fernand Sorlot. Paris.

Darkó Jenő: Népeségi mozgalmak Erdélyben és környékén a középkorban. Városi nyomda, Debrecen, 1938.

Deér J.: A középkori Erdély. Magyar Szemle. XXII. Budapest, 1934.

Georges Desbons: Les Erreurs de la Paix. La Hongrie apres le Traité de Trianon. Marcel Riviere. Paris, 1933.

Georges-Philippe Dhas: Actualités Danubiennes. II. La Sphere. Paris.

Sir Robert Donald: *The Tragedy of Trianon*. Thornton Butterworth Limited, London, 1928.

Eckhart F.: *Storia della Nazione Ungherese*. Corbaccio, Milano.

Z. Egei I.: *La genesi dell'ordinamento delle minoranze in Romania*. Sárkány-nyomda, Budapest, 1938.

Endes M.: *Erdély három nemzete és négy vallása autonómiájának története*. Budapest, 1935.

Gen. Carlo Antonio Ferrario: *Vicende e problemi della penisola Balcanica*. Ispi. Milano.

Eraldo Fossati: *L'Ungheria economica. Studi e ricerche sulle condizioni demografiche, economiche e finanziarie dell'Ungheria attuale*. Cedam. Padova, 1929.

Fritz László: *La situazione degli ungheresi sotto il regime Tatarescu*. Sárkány-nyomda, Budapest, 1937.

C. Konstantin Giurescu: *Istoria Romanilor*. I—II. kötet több kiadásban. Bukarest, 1935—1937.

Sir Robert Gower: *Treaty Revision and the Hungarian Frontiers*. Grayson & Grayson. London.

Carlos E. Grez Perez: *Justicia a Hungria*. El Imparcial, Santiago/Chile, 1938.

Halász Albert: *Europe*. Budapest, 1936.

Halász Albert: *The Distribution of the Austro-Hungarian Monarchy and the New Austria*. Budapest, 1937.

Michael Haltenberger: *Rumpfungarn. Tisza Testvérek*. Budapest.

Horváth Jenő: *The Banat. A forgotten Chapter of European History*. Sárkány-nyomda, Budapest, 1931.

Horváth Jenő: *Transylvania and the History of the Rumanians*. Sárkány-nyomda, Budapest, 1935.

Horváth Jenő: *Erdély és a románság kialakulása. Történelmi tanulmányok*. Budapest, 1935.

Horváth Jenő: *Die Geschichte Ungarns*. Budapest, 1938.

Horváth Jenő: *Felelősség a világháborúért és a békeszerződésekért*. A Magyar Tudományos Akadémia kiadása. Budapest, 1939.

Etelka Hory: *Eroi Transilvani con Garibaldi*. Coll. Ass. Amici dell'Ungheria. Milano.

E. Hurmuzaki: *Fragmente zur Geschichte der Rumänen*. Bukarest, 1878.

E. Hurmuzaki: *Documente privitoare la istoria Romanilor, 1199—1849*. Bukarest, 1880.

Italus Viator: *La questione Transilvana*. La Grafica Sociale. Milano, 1934.

Jancsó Benedek: *A román nemzetiségi törekvések története*. 2. kötet. Budapest, 1898—1899.

Jancsó Benedek: *Defensio nationis Hungaricae*. Budapest, 1920.

Karácsonyi J.: A honfoglalás és Erdély. Budapest, 1896.
S. Klein: Elementa linguae Daco-Romanae sive Valachicae. Wien, 1780.

Kuun Géza gróf: Étude sur l'origine des nationalités de Transylvanie.

Lukinich I.: Erdély területi változásai, 1541—1711. Budapest, 1918.

Carlo Magnino: Il complesso etnico dei Carpazi. Istituto per l'Europa Orientale. Roma.

Magyar Revíziós Liga: Le minoranze ungheresi negli stati successori. Hornyánszky Viktor. Budapest, 1928.

Magyar Revíziós Liga: Dati statistici sugli abitanti magiari e tedeschi negli stati successori, che vivono in territori linguistici compati. Hornyánszky Viktor. Budapest, 1928.

Magyar Revíziós Liga: La questione ungherese. Arti Grafiche G. Navarrini. Milano.

Magyar Revíziós Liga: L'Ungheria prima e dopo Trianon. Athenaeum. Budapest, 1934.

P. Maior: Istoria pentru inceputul Romanilor in Dacia. Buda, 1812.

V. A. Martini: Pace coatta e disarmo armato. La verita'sul travaglio della ricostruzione d'Europa. „La Lanterna”. Milano.

Mester Miklós: Az autonóm Erdély és a román nemzetiségi követelések az 1863—64. évi nagyszebeni országgyűlésen. Budapest, 1936.

Dr. Mester Miklós: Erdély a Habsburg-fennhatóság alatt. (1690—1867) Kéziratban. Budapest.

Dr. Mester Miklós: Az önálló erdélyi fejedelemség kora. (1541—1690) Kéziratban. Budapest.

Rodolfo Mosca: Problemi Politici l'Ungheria Contemporanea. Nicola Zanichelli. Bologna, 1928.

B. Mutaftchiev: Bulgares et Roumains dans l'histoire des pays danubiens. Szófia, 1932.

Henri Pozzi: La Guerre revient... Paul Berger. Paris.

Henri Pozzi: La Bataille contre la Paix. Victor Attinger. Paris, 1939.

Friedrich Reinard: Das ist Rumänien. 1939.

Dr. Rónai András: Románia és Erdély gazdasági helyzete. Kéziratban. Budapest.

Dr. Rónai András: Nagy-Románia földrajzi és statisztikai áttekintése. Kéziratban. Budapest.

Roska M.: Erdély és a népvándorlás kora. A történeti Erdély. Budapest, 1936.

Georges Roux: Réviser les Traités. Éditions de la Revue Plans. Paris.

Georges Roux: Révolution. Nouvelles Éditions Latines. Paris, 1934.

R. W. Seton-Watson: A history of the Rumanians. Cambridge, 1934.

Siculus: A romániai magyar kisebbség kulturális helyzete. Városi-nyomda, Debrecen, 1938.

G. Sinkai: Cronica Romanilor. Jassy, 1886.

Szádeczky L.: Erdély visszacsatolásának története, 1683—1686. Kolozsvár, 1901.

Szádeczky Lajos: A székely nemzet történelme és alkotmánya. Budapest, 1927.

Szász Károly: Sylloge tractatum aliorumque actorum publicorum historiam et argumenta Diplomatis Leopoldini illustratum. Kolozsvár, 1833.

Szász Zsombor: Erdély Romániában. Grill-féle udv. könyvkereskedés. Budapest, 1927.

Szilágyi Sándor: Erdély Országgyűlési Emlékei. I—XXI. kötet, 1540—1699. Budapest, 1875—1898.

Tamás András: L'Invasion des Roumains en Transylvanie. Geneve, 1938.

Tamás Lajos: Rómaiak, románok és oláhok Dacia Trajánában. Budapest, 1935.

H. W. Temperley: History of the Peace Conference. IV. kötet.

F. Teutsch: Die Union der drei ständischen Nationen in Siebenbürgen bis 1542. Nagyszeben, 1877.

P. J. Thomas: Les Roumains nos alliés? Fernand Sorlot. Paris.

Mario Toscano: Le minoranze dei razza, dei lingua, di religione del diritto internazionale.

Vass József: Erdély a rómaiak alatt. Kolozsvár: 1863.

Franco Vellani-Dionisi: Il problema territoriale Transilvano. Nicola Zanichelli. Bologna, 1932.

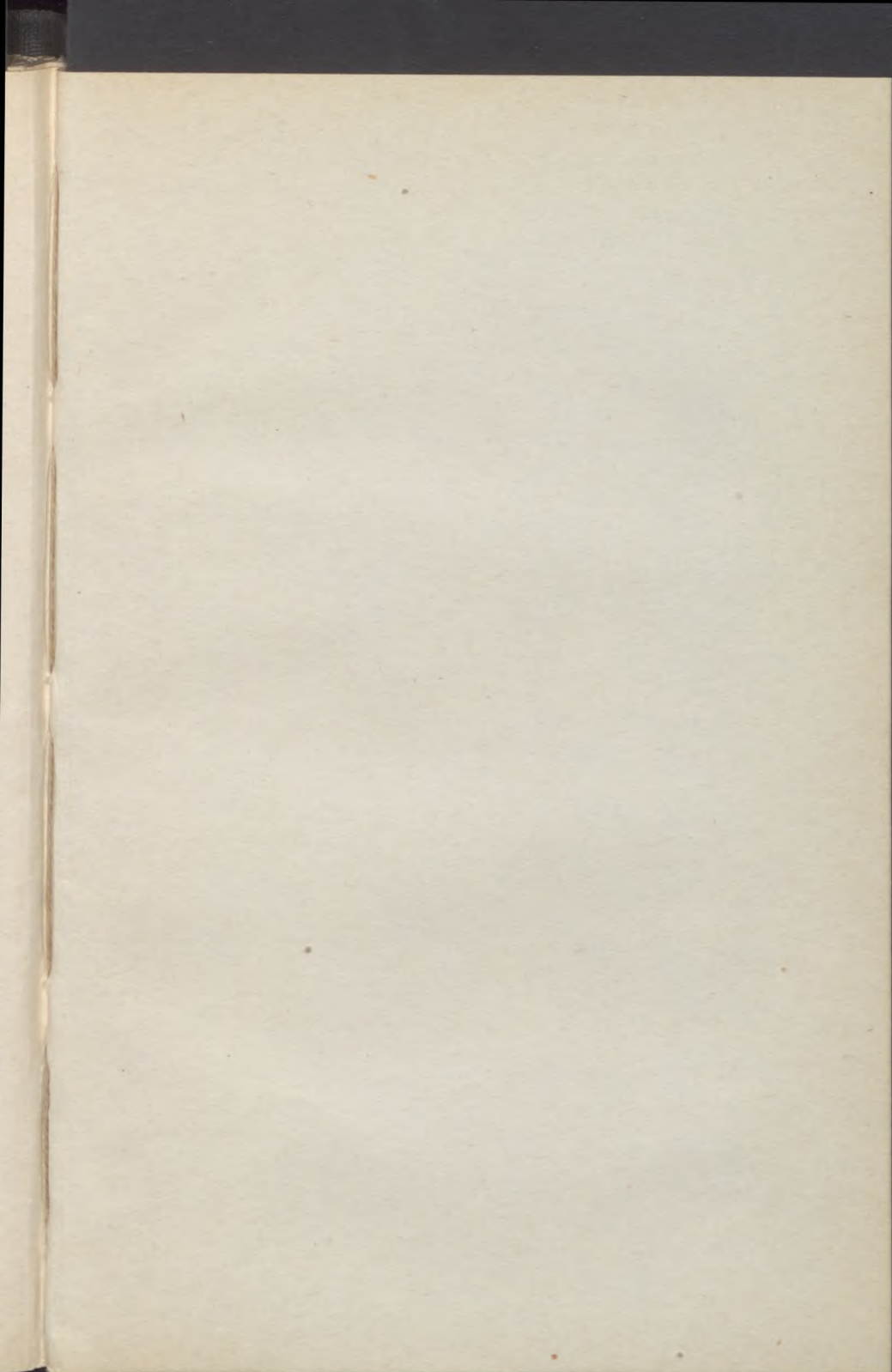
Veress E.: Erdély fejedelmi interregnuma, 1554—1556. Budapest, 1899.

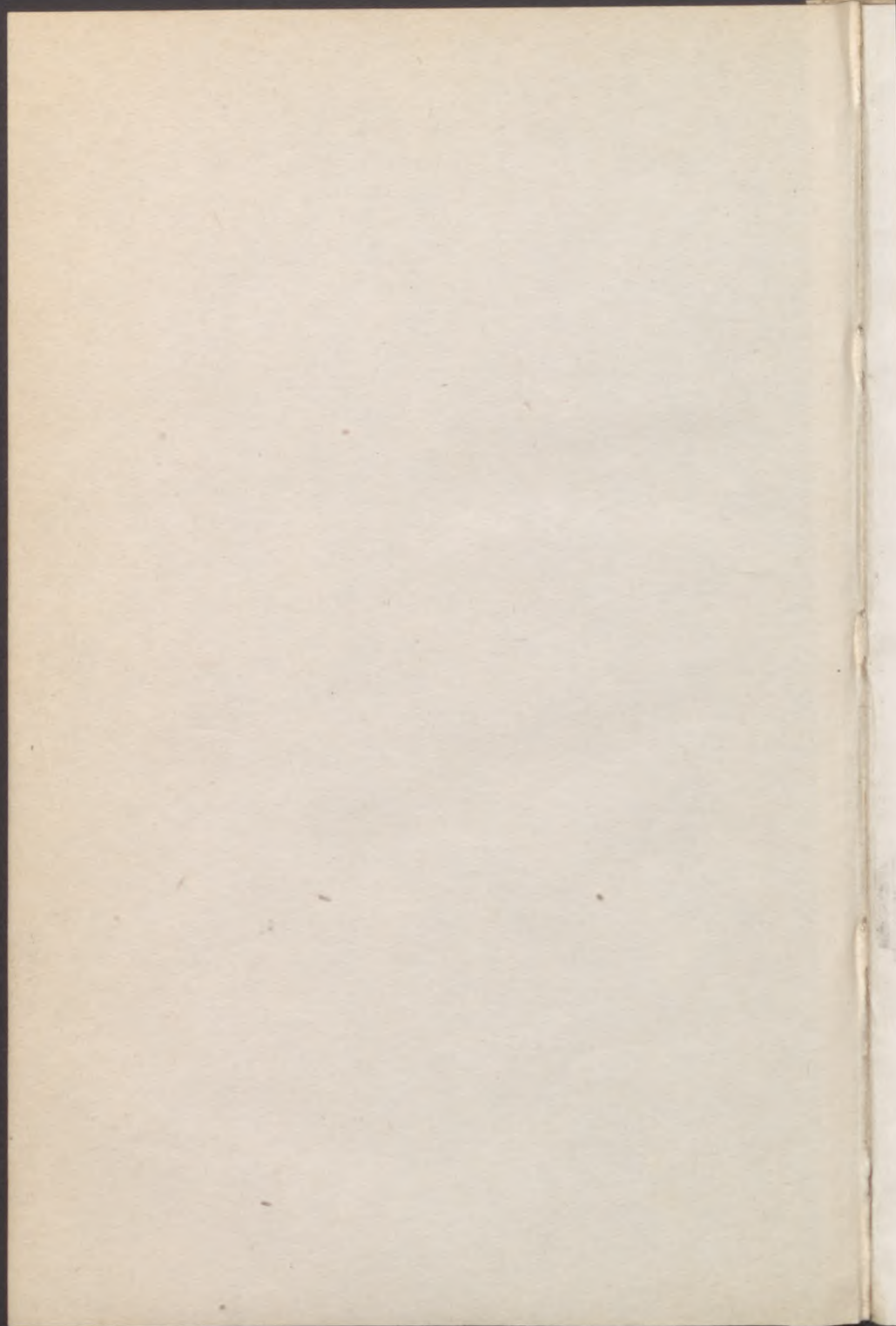
A. D. Xenopol: Une énigme historique. Les Roumains au moyen âge. Paris, 1885.

A. D. Xenopol: Histoire des Roumains de la Dacie Trajane. 2. kötet. Paris.

Italo Zingarelli: La grande Balcania. Fratelli Treves. Milano, 1927.







LANDKARTE Nr. 1.

GROSSUNGARN: EIN GEOGRAPHISCHES GANZES

Flächeninhalt vor dem Weltkrieg: 325.411 Geviertkilometer. Einwohnerzahl im Jahre 1910: 20,886.487

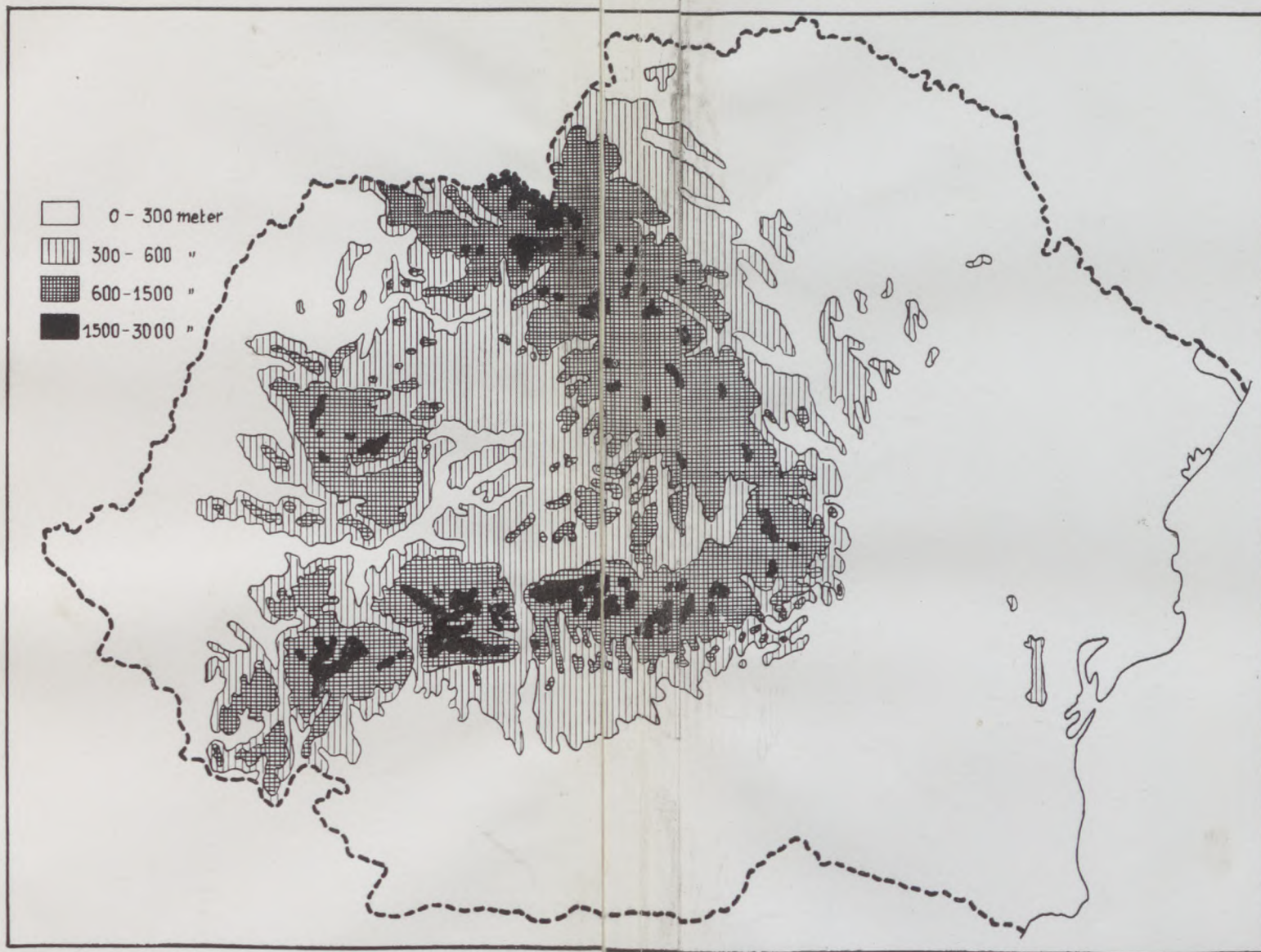




DIE DURCH DIE PARISER VORORTEVERTRÄGE
AN RUMÄNIEN ANGEGLIEDERTEN GEBIETE



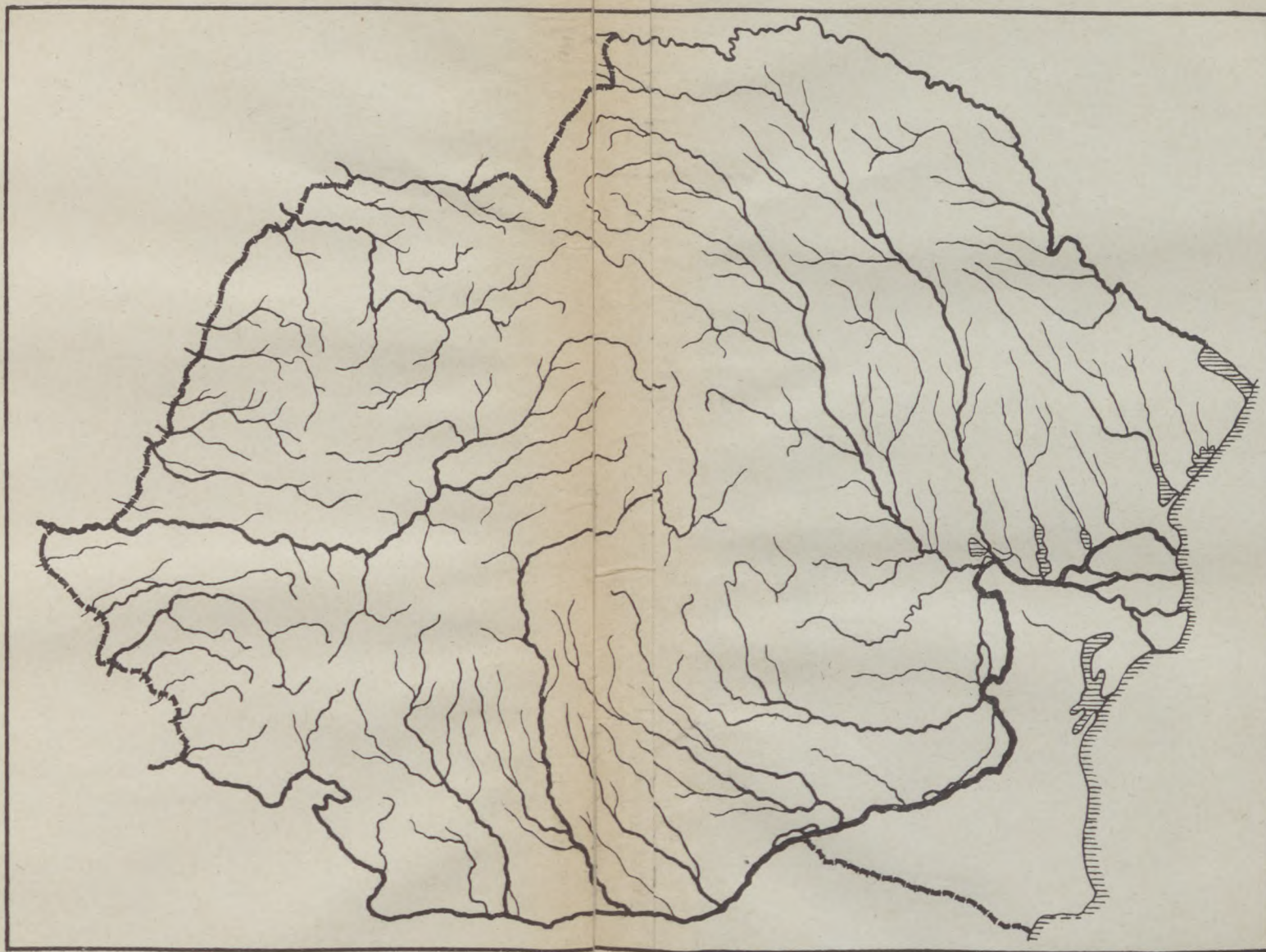






LANDKARTE Nr. 4.

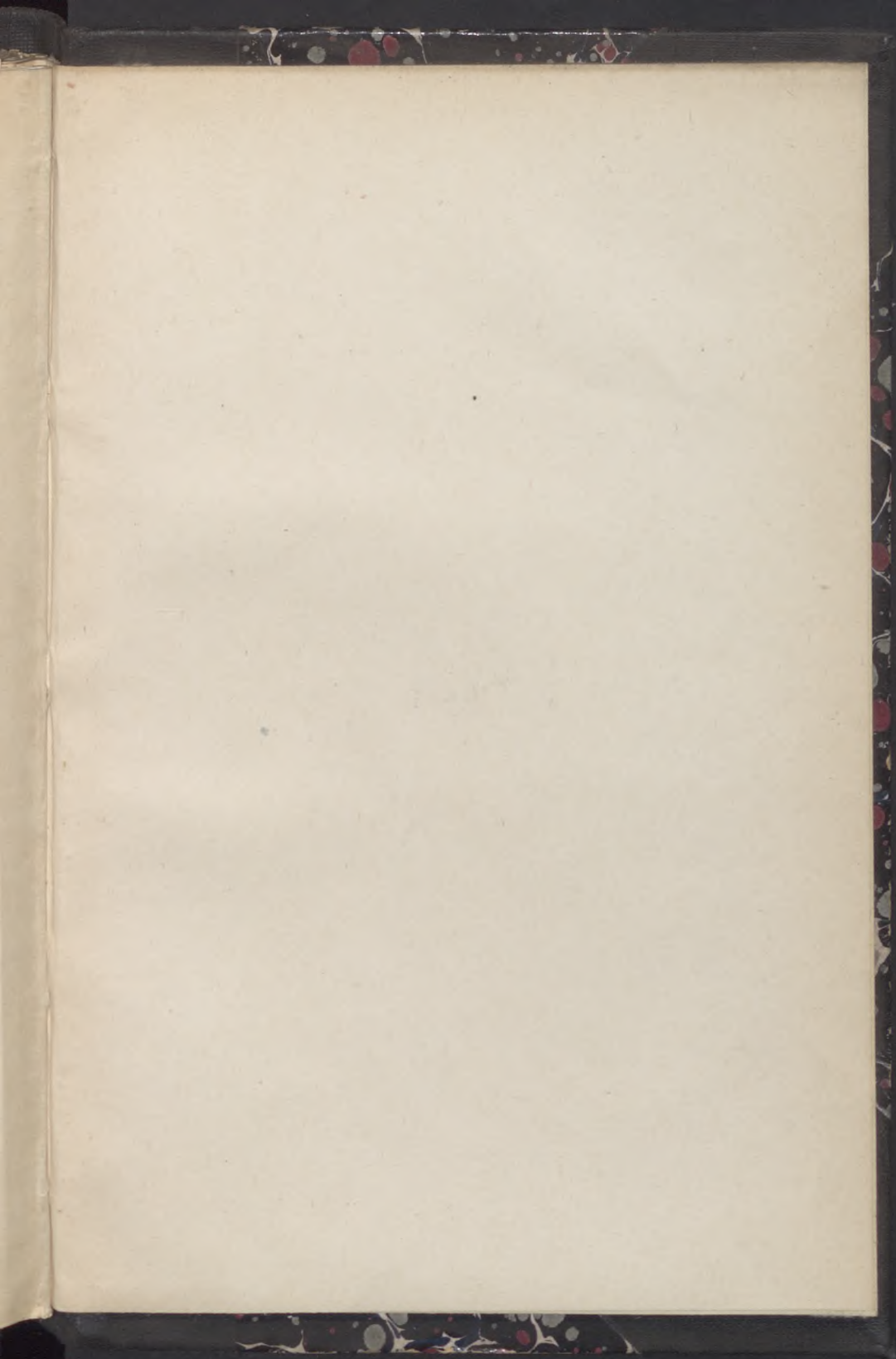
HYDROGRAPHISCHE SKIZZE RUMÄNIENS

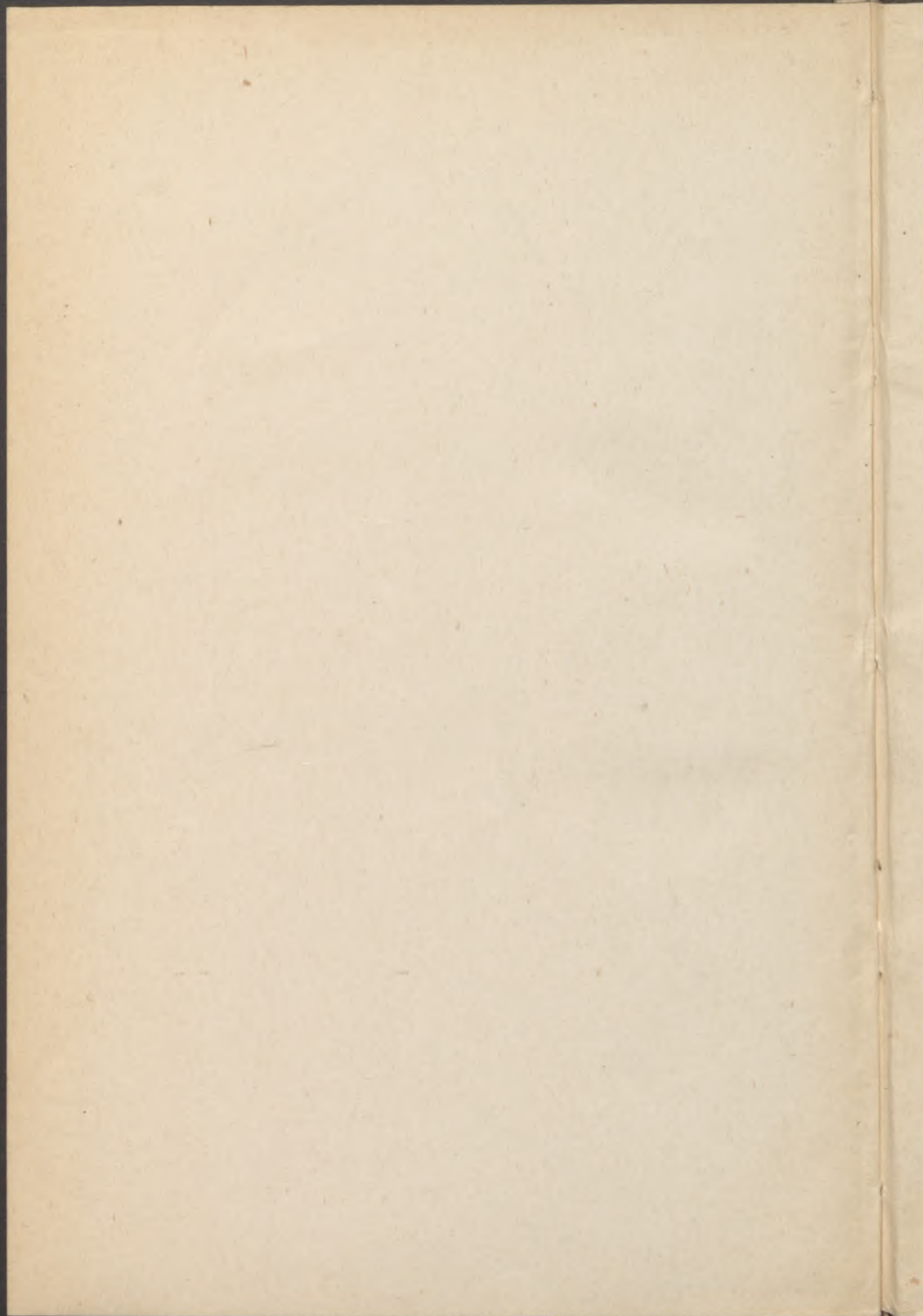












1941 FEB. -2



FALL

Ungarns
Recht auf
Sieben-
bürgen

N. M.